

SAMSUNG

Mil... un
ein TikTo
ein You
Missionar
nd sprechen
t: antipluralis
chtend, autoritär
ist jung, er ist c
reich.
Akteure bieten
en der Unsiche
gehöre ich hin
de? Während Pä
den debattieren,
encer direkt: Di
der Gemeinscha
er Elite. Der W
erstehen, Deutsc
lamfeindlich und
rolliert. Deine
Rückkehr zur w
Scharia, zum K
Identität. Es gel
t um Pflicht und
nicht, hat nicht
n - es ist ein ic
Gewinn. Unter
ratie wächst
für Tag, i
Oktober
name und
üder, Ment
zinieren ur
tionalen V
den liberal
aum Reich
? Weil Deu
italen Rau
tfeld nich
n weiter s
Präventio
nerschafte
n. Kritisch
n eher ign
t. Sie störe
buffet. Ra
Das liegt
Europa un
! So die b
Realität v
olitischen
selt, riskie
ht nur auf
ostbewusst
rn auch i
Raum, im
Pausenho
nd TikTok.
Feinde nich
verliert di
ligen.
h kam abe
sammelte
und versch
enau, wie
Vortbruch
er sollte jetz
nutzen, di
n, bevor e

Dieses schlanke Design entfaltet Welten.

Galaxy Z Fold7



SAMSUNG

Das neue Galaxy Z Fold7 Galaxy AI ✨



 Bestimmte AI-Funktionen setzen eine Internetverbindung, einen Samsung Account oder einen Google Konto Login voraus.
Galaxy AI ist in Deutschland ab 16 Jahren verfügbar. Verfügbarkeit bzw. Funktionsumfang kann je nach Sprache variieren.
Ggf. ist ein Download des Sprachpakets erforderlich. Die Genauigkeit der Ergebnisse ist nicht garantiert.

[samsung.de](https://www.samsung.de)

KOMMENTAR

Sie propagieren Unterwerfung

Wieder sind Islamisten durch Berlin marschiert. Wieder warben Radikale mit Schildern für ein Kalifat, die Herrschaft des Islam. All das geschah ganz legal: Die Demo, zwar zunächst von der Polizei verboten, war vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg genehmigt worden. Die 1500 Leute, die sich am Samstag, dem 5. Juli, in der Nähe von Ägyptens Botschaft versammelt hatten, machten klar: Wir nutzen die Freiheiten der Demokratie nur, um sie abzuschaffen.

Denn Islamisten wollen keinen Wandel durch Reformen – sie propagieren Unterwerfung.

Ägypten weckt ihren Missmut, weil es sich nicht hinter den Terror der Hamas stellt. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner will jetzt prüfen lassen, wie solche Aufmärsche künftig verhindert werden können. Weder ein Kalifat noch die dazugehörige Ideologie hätten in Deutschland etwas verloren, betonte der Politiker das Selbstverständliche. Bei Worten darf es da nicht bleiben. Kopf der islamistischen Demo war ein Influencer der Gruppe „Generation Islam“. Voriges Jahr betete er öffentlich auf dem Berliner Alexanderplatz, Allah möge „jeden Ungerechten vernichten, wo immer er auch sein möge auf dieser Welt, der Israel zur Seite steht“.

Demos wie jene am Samstag in Berlin mehren sich. Sie werden strategisch inszeniert und medienwirksam aufgeladen, Videos davon werden

AHMAD MANSOUR

ten. Sie muss vielmehr gehalten. Und die Augen öffnen.

Der politische Islam hat sich neu erfunden. Er hat digitale Kalifate geschaffen und kann Tausende auf die Straßen locken. Er hat nur das Gewand gewechselt. Das ist jetzt mit Bits und Bytes bestückt. Nach dem Kollaps des Islamischen Staats (IS) und erfolgreichen Maßnahmen gegen salafistische Organisationen schien der Islamismus zunächst paralytisch. Orientierungslos. Seine Renaissance kam dann nicht über Minarette, sondern über Algorithmen. Heute sitzt der radikale Imam vor Mikro und Kamera, seine Kanzel ist ein TikTok-Account, seine Moschee ein YouTube-Channel. Seine coolen Missionare tragen Streetwear und sprechen Slang. Der Inhalt bleibt: antipluralistisch, demokratieverachtend, autoritär. Der Islamismus 2.0 ist jung, er ist digital und er ist erfolgreich.

Diese neuen Akteure bieten Antworten in Zeiten der Unsicherheit. Wer bin ich? Wo gehöre ich hin? Was ist meine Aufgabe? Während Pädagogen über Methoden debattieren, sprechen diese Influencer direkt: Du bist Teil der Umma, der Gemeinschaft der Gläubigen, einer Elite. Der Westen wird dich nie verstehen, Deutschland ist rassistisch, islamfeindlich und wird von Zionisten kontrolliert. Deine Würde liegt in der Rückkehr zur wahren Ordnung – zur Scharia, zum Kalifat, zur islamischen Identität. Es geht um Märtyrer, es geht um Pflicht und Ehre.

Was da geschieht, hat nichts mit Diversität zu tun – es ist ein ideologischer Territorialgewinn. Unter dem Radar der Demokratie wächst diese neue Bewegung Tag für Tag, insbesondere seit dem 7. Oktober 2023. Im Netz sprechen Imame und ihre Botschafter, große Brüder, Mentoren, Sozialarbeiter. Sie faszinieren und sie geben Halt. Ihre emotionalen Videos gehen viral. Indes finden liberal-muslimische Stimmen kaum Reichweite und Rückhalt. Warum? Weil Deutschlands Politik den digitalen Raum als ideologisches Schlachtfeld nicht erkennt.

Hierzulande werden weiter schlafelige Broschüren zur Prävention gedruckt und nette Partnerschaften mit Moscheen geschlossen. Kritische, liberale Muslime wurden eher ignoriert oder sogar ausgegrenzt. Sie stören das versöhnliche Kuchenbuffet. Radikalismus bei Muslimen? Das liegt doch nur am rassistischen Europa und am schlimmen Staat Israel! So die beliebte Erzählung, an der Realität vorbei. Wo Demokratie den politischen Islam mit Folklore verwechselt, riskiert sie ihre Fundamente. Nicht nur auf dem Papier muss sie selbstbewusst und wehrhaft sein, sondern auch in der Praxis, im öffentlichen Raum, im Klassenzimmer, auf dem Pausenhof, auf YouTube, Instagram und TikTok. Eine Demokratie, die ihre Feinde nicht erkennt, erkennen will, verliert die Fähigkeit, sich zu verteidigen.

„
DER POLITISCHE ISLAM HAT SICH NEU ERFUNDEN. ER HAT DIGITALE KALIFATE GESCHAFFEN UND KANN TAUSENDE AUF DIE STRASSEN LOCKEN

jugendgerecht auf Social Media verbreitet. Der öffentliche Raum wird damit zur Gratis-Bühne für demokratiefeindliche Ideologie. Erschreckend ist dabei auch: Zunehmend werden Feinde der Demokratie öffentlich einfach hingeworfen. Erhebliche Teile der Gesellschaft haben sich angepasst, sie nehmen das hin als neue Realität. So wie völkische Hetzer für manche einfach dazugehören, sollen auch islamistische Terrorfreunde legitimer Teil der Vielfalt sein.

Dass müsse die Demokratie aushalten, ist öfter zu hören. Falsch! Sie muss, sie darf das nicht aushal-

Nur 35 Prozent der Bürger sind mit der Arbeit von Friedrich Merz zufrieden. Ein absoluter Tiefstwert. Was hat der Kanzler falsch gemacht? Experten sind sicher: Es gab zu wenig Wortbrüche. Es reicht eben nicht, mal eben die Stromsteuer nicht für alle Bürger zu senken, die Menschen da draußen an den Portemonnaies erwarten mehr von Merz. Natürlich hatte der Kanzler die Latte sehr hoch gehängt. Gigantische Schulden mithilfe von bereits abgewählten Abgeordneten, Aussetzen der Schuldenbremse, Einknicke vor den Grünen, Zusammenarbeit

ZIPPERT ZAPPT

mit der Linken. Danach kam aber erst mal nichts, stattdessen sammelte Merz außenpolitisch Punkte und verschärfte die Grenzkontrollen, genau, wie er das versprochen hatte. Wortbruch sieht anders aus. Der Kanzler sollte jetzt alle Chancen nutzen, die sich ihm bieten, bevor er unliebtlicher als Jens Spahn wird. Mehrausgaben beim Bürgergeld, die Wahl einer umstrittenen VerfassungsrichterIn mithilfe der Grünen und Heidi Reichhainek sowie die Aufkündigung des Ehevorsprechens zwischen ihm und seiner Frau könnten die Beliebtheitswerte von Merz stark verbessern.



„Üble Nachrede muss niemand unwidersprochen hinnehmen“: Kanzler Friedrich Merz (CDU) am Mittwoch im Bundestag

Harter Schlagabtausch zwischen Merz und der AfD

Generaldebatte: Erstmals geht ein Kanzler konkret auf Attacken der Rechtsaußen-Partei ein

Ein „Papierkanzler“ sei Friedrich Merz (CDU) also. Einer, der „im Ausland groß auftritt und sich im Inland von der SPD vorführen lässt“. Ein Regierungschef, von dem die Bürger „nichts zu erwarten haben, dessen Wort nichts wert ist“. AfD-Chefin Alice Weidel sagt jedes dieser Sätze im Bundestag an diesem Mittwochvormittag mit schneidender Härte.

VON NIKOLAUS DOLL

Es ist die erste Generaldebatte und Befragung des Regierungschefs, der sich Merz seit seinem Amtsantritt vor zwei Monaten stellen muss. Fünf Stunden lang knöpfen sich die Abgeordneten der Opposition die Regierung im Allgemeinen vor und den Kanzler ganz besonders – und die Vertreter von Union und SPD halten dagegen. Und an Merz kann man an diesem Parlamentstag ein paar neue Seiten erkennen. Die Generaldebatte im Bundestag ist traditionell die große Bühne der Opposition. Sie fragt, hakt nach, kritisiert. Die Regierungsvertreter stehen in der Verteidigung. Von der angelegentlichsten Zurückhaltung, die sich die AfD im Parlamentsbetrieb nach eigenen Angaben selbst auferlegen wollte, ist an diesem Tag nichts zu spüren. Sie ist die größte Oppositionspartei, sie darf die Debatte eröffnen.

Während die Linke harmlos bleibt und die Grünen zur erwartbaren Kritik an der Klimapolitik der Regierung Merz und der Maskenbeschaffung von Jens Spahn (CDU) ansetzt, dreht die AfD voll auf. Weidel nutzt die ganz große Bühne für besonders harten Attacken wie dem Vorwurf, Merz sei ein „Lügenkanzler“. So sehr, dass Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) der AfD-Vorsitzenden später wegen ständiger Zwischenrufe mit einem Saalverweis droht. Und Merz? Der bleibt gelassen. Es ist eine Premiere bei dieser Generaldebatte, dass ein Kanzler so unmittelbar und ausführlich auf die Attacken der AfD eingeht. Das hatte Angela Merkel (CDU) in ihrer Amtszeit vermieden und ihr Nachfolger Olaf Scholz (SPD) so in dieser Form auch nicht gemacht. Aber bei Merkel und Scholz hatte die AfD auch keine 151 Sitze im Parlament und war nicht wie jetzt zweitstärkste Fraktion, deutlich vor der SPD.

Merz hat erkannt, dass es den Aufstieg der AfD nicht bremst, wenn man

sie ignoriert. Also hört der Kanzler zunächst reglos zu, als Weidel vom Wortbruch bei Schuldenbremse und Stromsteuerentlastung spricht – übrigens ein Vorwurf, der weit über die AfD hinaus erhoben wird. Und auch, als Weidel den „monströsen Schuldenberg“ anspricht. Als der Kanzler dann antwortet, tut er das kühl und überlegt. Er lässt sich nicht provozieren. Wer den Kanzler kennt, weiß, dass der schnell auch mal aus der

Haut fahren kann. Aber nicht an diesem Tag. Die Zeit des Raubeins als Oppositionspolitiker ist offenbar vorbei, Merz gibt, dem Amt angemessen, trotz prasselnder Fragen und manch unfeiner Attacke bei der Generaldebatte den Staatsmann. Und, noch überraschender, den Versöhner.

In einer Demokratie müsse sich die Regierung „auch überzogene und selbst maßlose Kritik anhören“, so Merz.

KOMMENTAR

Wer so spricht, will sich nicht mäßigen

HANNAH BETHKE

Die AfD bleibt sich treu. Wer auf ihre Wandlungsfähigkeit gesetzt hat, sah sich in der Generaldebatte des Deutschen Bundestages eines Besseren belehrt. Mit dem Gestus der moralischen Überlegenheit hatten die Parteivorsitzenden Alice Weidel und Tino Chrupalla noch vor wenigen Tagen angekündigt, sie wollten von nun an moderater auftreten und im Parlament gemäßigter sprechen.

Wenig überraschend war davon im Plenum nichts mehr zu sehen. In gewohnter Manier sprach Weidel zunächst zwar langsam und ruhig, inhaltlich aber war ihre Rede von Beleidigungen, Schimpftiraden, Herabsetzungen und extremem Vokabular geprägt. Sie bezeichnete Bundeskanzler Friedrich Merz als „Lügenkanzler“, sie sprach von „linker Staatsdeformation“ und verstieg sich zu der Aussage, die „massenhafte Einbürgerung“ transformiere das Staatsvolk. Sie warf der SPD vor, mit ihrer Diskussion über ein AfD-Vorbotsverfahren einer „antidemokratischen Wahndee“ anheimgefallen zu sein, die den Beginn einer Diktatur markiere.

Wer so spricht, will sich nicht mäßigen. Im Gegenteil: Mit Re-

den dieser Art zeigt die AfD, was Geistes Kind sie ist. Kanzler Merz hat Weidels Herabwürdigungen zu Recht zurückgewiesen. Denn hier geht es nicht bloß um einen Streit in der Sache, von dem jede Demokratie lebt. Was die AfD demonstriert, ist eine Missachtung der politischen Kultur, des Respekts, der Achtung von demokratischen Institutionen. Der Gegensatz zur sachorientierten Rede des Kanzlers hätte nicht größer sein können. Sein Bemühen, mit Zuversicht und Mut auf das Land zu schauen, wird den Vertrauensverlust vieler Bürger nicht sofort beheben – aber in einer medialen Gesellschaft, die ständig zur Schwarzmalerei neigt, sind solche Töne des Aufbruchs aller Ehren wert.

Auch außenpolitisch hat Merz – anders als die größte Oppositionspartei im Parlament – die Zeichen der Zeit erkannt. Als er auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu sprechen kam, raunte es in den Reihen der AfD-Fraktion verächtlich. Das ist alles, was der in Teilen rechtsextremen Partei zur Verteidigung Europas, ja, des Westens einfällt. Die AfD demonstriert damit, dass sie eines gerade nicht ist: eine wirkliche politische Alternative für dieses Land.

„Halbwahrheiten, üble Nachrede und persönliche Herabsetzungen aber muss auch in einer Demokratie niemand unwidersprochen hinnehmen. Und deswegen, Frau Weidel, ich weise Ihre pauschale und undifferenzierte Herabwürdigung der Arbeit der neuen Bundesregierung mit aller Entschiedenheit zurück.“

Ansonsten tut er im Verlauf der Generaldebatte, was Kanzler tun, wenn sie die Attacken der Opposition zurückweisen wollen: Er zählt das Geplante, Fast-Erreichte und Bald-Erreichte der Regierung auf. Die Generaldebatte ist auch Standortbestimmung und Show. Dabei lässt sich dennoch so manches Signal aufschnappen – oder auch die eine oder andere Neuausrichtung erkennen. Zum Beispiel beim Klimaschutz. Die Grünen-Abgeordnete Julia Verlinden will wissen, wie die Regierung ihre selbst gesteckten Klimaschutz-Ziele einhalten möchte. Merz antwortet, dass Deutschland „ungefähr ein Prozent der Weltbevölkerung hat, wir stellen ungefähr zwei Prozent des Problems dar, was CO₂-Emissionen betrifft. Manchmal ist an anderer Stelle in der Welt mit geringeren Grenzkosten sehr viel mehr zu erreichen als, wenn wir hier mit hohen Beträgen das letzte Kilo CO₂ vermeiden.“ Das ist eine Abkehr von der Vorreiterrolle beim Klimaschutz, die Merkel und die Ampel-Koalition für sich beansprucht hatten.

Und dann sind die vielen versöhnlichen Worte des Kanzlers. Der SPD dankt Merz dafür, dass sie die neue Härte in der Asylpolitik mitträgt. Die osteuropäischen Staaten bekommen Lob dafür, früher als die Länder in Zentraleuropa die Gefahr durch Russland erkannt zu haben. Sogar für Merkel hat Friedrich Merz versöhnliche Worte. Es habe „damals eine humanitäre Katastrophe gegeben, auf die Deutschland eine Antwort gegeben hat“, sagt er mit Blick auf die Menschen, die 2015 aus dem Bürgerkriegsland Syrien nach Europa kamen. „Ich bekenne mich ausdrücklich dazu, dass wir diese humanitären Verpflichtungen wahrgenommen haben und sie auch in Zukunft wahrnehmen werden“, betont der Kanzler. Allerdings sei inzwischen auch klar, dass es 2015 Entscheidungen gegeben habe, „die wir heute vermutlich in der ganz großen Mehrheit hier in diesem Haus noch nicht mehr treffen würden“.

MEINE WELT, MEINE MEINUNG

AMARDEO SARMA



Kernkraft ist sozialdemokratisch, liebe Genossen

Die Sozialdemokratie war einst stolz darauf, Technologie in den Dienst der Menschen zu stellen. Das Godesberger Programm markierte den Aufbruch in eine moderne, fortschrittsorientierte Gesellschaft – mit dem Ziel, technischen Wandel sozial zu gestalten. In dieser Tradition standen auch die sozial-liberalen Koalitionen der 70er-Jahre, die den Ausbau der Kernenergie entschieden vorantrieben. Unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt wurde der Grundstein für viele der Kernkraftwerke gelegt, die später jahrzehntlang zuverlässig Strom lieferten. Es ging um Versorgungssicherheit, bezahlbare Energie und technologische Souveränität.

Heute stehen wir erneut an einem Wendepunkt – und es ist an der Zeit, unsere Haltung zur Kernkraft neu zu bewerten. Drei Gründe sprechen für einen Kurswechsel. Erstens: Klimaschutz. Keine andere Technologie hat in so kurzer Zeit so viele CO₂-Emissionen eingespart wie die Kernkraft. Länder wie Frankreich, Schweden und Kanada zeigen, wie eine stabile, klimafreundliche Grundlastversorgung funktioniert. Studien wie zuletzt ein Bericht der Klima-NGO WePlanet belegen: Kernkraft ist nicht nur sicher, sondern auch wirtschaftlich konkurrenzfähig – insbesondere, wenn man Emissionen und Versorgungssicherheit in die Betrachtung einbezieht. Zweitens: Energiepreise und soziale Gerechtigkeit. Die bisherige Energiewende hat zu einer massiven Umverteilung geführt – von unten nach oben. Subventionen für Solar- und Windenergie kamen vor allem Besserverdienenden und großen Projektentwicklern zugute. Gleichzeitig tragen Haushalte mit geringem Einkommen besonders schwer an der Last der höchsten Strompreise Europas. Das widerspricht dem sozialdemokratischen Anspruch, Politik für die breite Bevölkerung zu machen. Drittens: Technologieoffenheit und industrielle Zukunft. Deutschland war einst führend in der Reaktortechnologie. Heute importieren wir Atomstrom aus Frankreich und verlieren den Anschluss an neue Entwicklungen wie Small Modular Reactors (SMRs). Während Länder wie die USA, Kanada, Großbritannien und Polen massiv investieren, droht uns der technologische Rückstand. Wenn wir als Industriestandort bestehen wollen, müssen wir technologieoffen bleiben – auch bei der Kernenergie.

Was ist schiefgelaufen? Eine ideologisch geprägte Angstkampagne hat die rationale Debatte über Kernkraft verdrängt. Der Widerstand kam oft aus Milieus, die nicht zur klassischen SPD-Klientel gehören. Die Folge: Wir haben unsere eigenen energiepolitischen Erfolge preisgegeben – und stehen heute mit steigenden Emissionen, explodierenden Preisen und schwindender Akzeptanz für Klimaschutz da. Mein Appell an die SPD-Entscheidungsträger: Es ist Zeit, die Scheuklappen abzulegen! Die Kernkraft trug einst die Handschrift der Sozialdemokratie – bevor Angst und Ideologie uns vom Kurs abbrachten. Wir brauchen eine neue Energiepolitik, die auf drei Säulen ruht: Kernkraft, Wind und Solar. Nur so lassen sich Versorgungssicherheit, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit miteinander verbinden. Die SPD muss wieder zur Partei des technischen Fortschritts werden – für alle, nicht nur für wenige.

Andere Länder haben es längst erkannt. Wir müssen bald handeln, sonst verlieren wir nicht nur unsere industrielle Basis, sondern auch das Vertrauen der Menschen. Die SPD war immer stark, wenn sie mutig war. Jetzt ist wieder so ein Moment.

Amardeo Sarma ist seit mehr als 40 Jahren SPD-Mitglied, Elektroingenieur und Funktionär der Skeptikerbewegung.



Polizeibeamte nehmen einen jungen Mann im Freiburger Hauptbahnhof fest

Es war ein Kind, das mehrere Hamburger Behörden monatelang in Alarmstimmung versetzte. Ein Junge aus Marokko tauchte 2023 in der Hansestadt als unbegleiteter Minderjähriger auf und schloss sich schnell einer Jugendbande an, so haben Ermittler seinen Weg später rekonstruiert. In manchen Nächten griffen ihn Einsatzkräfte drei- bis viermal auf.

VON PHILIPP WOLDIN

Er zog mit oft älteren Jugendlichen durch die Stadt und stieg in Wohnungen ein, stahl Schmuck und Bargeld. Das ging über Monate so. Die Bilanz nach rund einem Jahr: rund 180 Straftaten – begangen von einem elfjährigen Kind, das nicht strafmündig war. Der Marokkaner war ein Systemsprenger, der die staatlichen Stellen überforderte, und zugleich ein Junge ohne familiäre Unterstützung. Weder der Kinder- und Jugendnotdienst noch die Ärzte in der Jugendpsychiatrie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) konnten ihn einhegen. Immer wieder riss er aus und beging Straftaten. In der Stadt selbst gibt es kein geschlossenes Heim für solche Jugendlichen.

Als die Behörden im Herbst 2024 kurz davor waren, einen Platz in einer geschlossenen Einrichtung zu finden, türmte der Junge aus der Obhut des Kinder- und Jugendnotdienstes und verschwand spurlos. Dieser Fall wirft ein Schlaglicht auf eine Entwicklung, die Sicherheitsbehörden große Sorgen bereitet: Jugendliche und Heranwachsende aus den Maghreb-Staaten sind deutlich überrepräsentiert im Kriminalgeschehen in Deutschland. In einigen Städten wie Bremen, Hannover und Regensburg ermitteln inzwischen Sonderkommissionen zu diesem Phänomen.

Die Politik versucht schon seit Jahren, insbesondere Straftäter aus den Maghreb-Staaten leichter in ihre Heimatländer zurückzuführen. Helfen würde dabei, die Länder als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Doch dieses Vorhaben scheiterte mehrfach im Bundesrat. Nun möchte die neue Bundesregierung die Länderkammer umgehen. Denn das Problem mit Jugendlichen aus dem Maghreb hat sich zuletzt verschärft, das zeigen neue Daten. Seit diesem Jahr benutzt das Bundeskriminalamt (BKA), das jährlich die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) veröffentlicht, eine zusätzliche Größe, die genauer Auskunft gibt, wer kriminell wird. Dazu wird die sogenannte Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) gebildet. Sie ergibt sich aus der Zahl der ermittelten Tatverdächtigen im Alter ab acht Jahren insgesamt, errechnet auf 100.000 Einwohner des entsprechenden Bevölkerungsanteils. Die Behörde setzt also die Zahl der Tatverdächtigen einer Nationalität mit allen Menschen in Relation, die in Deutschland leben und diesen Pass besitzen.

Hier stechen Kinder und Jugendliche aus Algerien, Marokko und Tunesien besonders hervor, etwa im Bereich der Straßekriminalität. Algerische Teenager liegen mit ihrem TVBZ-Wert 56-mal höher als ihre deutschen Altersgenossen, bei Marokkanern zwischen 14 und 18 liegt die Kriminalitätsbelastung rund 19-mal höher. Kinder aus Marokko im Alter von acht bis 14 Jahren weisen einen etwa viermal so häufigen Wert

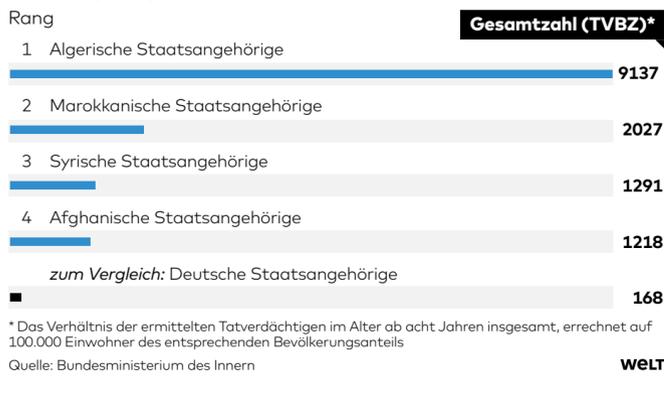
THEMA DES TAGES

So kriminell, dass Sonderermittler tätig werden

Jugendliche aus den Maghreb-Staaten sind in der Kriminalstatistik stark überrepräsentiert, die Zahl der Intensivtäter ist auffällig hoch. Politisch kommt jetzt Bewegung in die Debatte über sichere Herkunftsländer

Straßenkriminalität unter Jugendlichen

Staatsangehörigkeiten mit den höchsten Fallzahlen



wie deutsche Kinder auf, bei algerischen Staatsangehörigen liegt dieser etwa siebenmal so hoch. Auch erwachsene Tatverdächtige aus den Maghreb-Staaten sind auffällig überrepräsentiert in der Polizeilichen Kriminalstatistik. Die Erhebung hat ihre bekannten Schwächen; Kriminologen weisen zudem darauf hin, dass gerade Zuwanderer im Schnitt jünger sowie häufiger männlich sind und aus ökonomisch ärmeren Gebieten stammen – alles Faktoren, die es über alle Bevölkerungsgruppen hinweg wahrscheinlicher machen, eine Straftat zu begehen. Dazu kommen eine andere Sozialisation mit Gewalt sowie traumatische Gewalterfahrungen auf der Flucht – die gerade für alleinreisende Kinder und Teenager gelten dürften.

Viele Städte müssen mit diesem Kriminalitätsphänomen umgehen – einige haben darauf entsprechend reagiert. Die Staatsanwaltschaft Regensburg etwa verfolgt seit 2024 mit einem eigenen Spezialreferat Intensivtäter. „Von den 154 im Referat behan-

delteten Fällen stammen 134 Intensivtäter aus den Maghreb-Staaten. Darunter sind 130 tunesische Staatsangehörige“, sagt Thomas Rauscher, Pressesprecher der Behörde. Die ungewöhnliche Ballung ist nicht zufällig: Die Staatsregierung weist alle tunesischen Asylbewerber bayernweit Regensburg zu, diese werden im Anker-Zentrum der Stadt untergebracht.

127 Verfahren sind gerichtlich abgeschlossen, meist ging es um Straftaten wie etwa Diebstahl und Raub, vorsätzliche und gefährliche Körperverletzung oder Betäubungsmittelkriminalität. „Freisprüche gab es keine“, sagt der Gerichtssprecher. Allerdings tauchten 14 Personen unter, bevor ihr Urteil rechtskräftig wurde. In Bremen ermittelt seit 2019 eine Ermittlungsgruppe zu dem Phänomen. Als die Fallzahlen 2023 nochmals stiegen, gründete die Polizei die Sonderkommission „Junge Räuber“. Etwa 1500 Raubdelikte verzeichnete die Hansestadt allein in den vergangenen beiden Jah-

ren. Die Methode war meist die gleiche: Täter stahlen Goldketten, Armbanduhren und Schmuck. Etwa 40 Prozent der Tatverdächtigen stammen aus den Maghreb-Staaten.

„Eine wichtige Erkenntnis der Soko lautet: Dieselben Täter sind in verschiedenen Städten im Norden aktiv“, sagte Bremens Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) WELT. Man tausche sich deshalb eng mit der Ermittlungsgruppe „Rich“ (Roheitsdelikte in der City Hannover) der Polizei Hannover und Ermittlern der Hamburger Polizei aus. Die Ermittlungen zeigten Wirkung, so Mäurer. „Wir sehen einen positiven Trend.“ Im ersten Halbjahr 2025 sank die Zahl der Straßensraube im Vergleich zum Vorjahr.

Warum werden Staatsangehörige aus Algerien, Marokko und Tunesien in Deutschland so überproportional häufig straffällig? Klar ist: Wer aus den Maghreb-Staaten nach Deutschland migriert, den erwartet rechtlich gesehen ein Aufenthalt auf Zeit. Die Anerkennungsquote für Asylbewerber liegt unter der Fünf-Prozent-Marke, es bekommen also weniger als fünf Prozent der Antragsteller einen Asyl- oder Flüchtlingsstatus. Die Gesamtschutzquote, die zudem einen eingeschränkten Schutzstatus sowie Abschiebeschutz umfasst, liegt ebenfalls auf niedrigem Niveau. Auch die Möglichkeit, zu arbeiten, ist für diese Migranten sehr eingeschränkt.

Eine WELT-Anfrage an die Botschaften Tunesiens, Marokkos und Algeriens zu den möglichen Hintergründen der auffällig hohen Kriminalitätszahlen ihrer Staatsangehörigen blieb ohne Antwort. Mehrere deutsche Regierungen versuchten bereits, die Maghreb-Staaten als sogenannte sichere Herkunftsländer einzustufen. Damit verbunden ist die Annahme, dass Menschen dort keine politische Verfolgung droht. Eine solche Einstufung führt dazu, dass Migranten aus diesen Staaten mit Verschärfungen rechnen müssen, meist können sie schneller abgeschoben werden. Zwei große Koalitionen unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) brachten ihre Pläne zwar durch den Bundestag – scheiterten aber im Bundesrat am Widerstand einiger Länder, insbesondere mit grüner Regierungsbeteiligung.

Um diese Blockade zu überwinden, wendet die neue Koalition einen Kniff an: Künftig soll eine einfache Rechtsverordnung genügen, um Staaten ohne Zustimmung des Bundestages und Bundesrates als sichere Herkunftsländer einzustufen. Eigentlich regelt das Grundgesetz die Bestimmung von sicheren Herkunftsländern in Artikel 16a. Für eine neue Einstufung brauche es ein Gesetz, das der „Zustimmung des Bundesrates“ bedarf. Deshalb plant das Innenministerium, sich auf eine EU-Asylverfahrensrichtlinie zu berufen, die ebenfalls das Konzept solcher Staaten kennt. Damit könnte die Bundesregierung Länder per Rechtsverordnung als sicher einstufen – ohne Zustimmung des Bundesrates.

Über diese „Bestimmung sicherer Herkunftsländer durch Rechtsverordnung“ berät der Bundestag am Donnerstag. Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) verteidigt sein Vorhaben. „Wir müssen zu schnellen und schlanken Asylverfahren kommen. Wir können uns nicht dauernd blockieren lassen von Parteien, die diese Überforderung durch illegale Migration gar nicht beenden wollen.“

IMPRESSUM

Verleger: AXEL SPRINGER (1985f)

Herausgeber: Dr. Ulf Poschardt
 Chefredakteur: Dr. Jan Philipp Burgard
 Stellvertreter des Chefredakteurs: Oliver Michalsky
 Chefredakteur in der Welt-Gruppe: Dr. Jacques Schuster
 Stv. Chefredakteur: Robin Alexander
 Stv. Chefredakteur: Kl. Olaf Gersemann
 Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner
 Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann
 Leitung Editionsteam: Christian Gaertner
 Creative Director: Cornelius Tittel
 Politik: Gordon Repinski, Claudia Kade
 Meinungsfreiheit: Andreas Rosenfelder (Ltg. und Chefkomentator) Investigation/Reportage: Tim Röhn Außenpolitik: Caroline Turzer Wirtschaft und Geld: Moritz Seyffarth, Nando Sommerfeld, Thomas Exner (Senior Editor) Feuilleton: Dr. Mara Delius Stil/Reise/Leben: Heiko Zwirner Sport: Matthias Brügelmann
 Wissen: Clara Ott, Rouven Chlebna
 Nachrichten/Gesellschaft: Leonhard Landes, Robert-Christian Tannenberg
 Social: Julian Strobel Cvd/Produktion: Patricia Plate Foto: Stefan A. Runne
 Infografik: Karin Sturm
 Chefoökonomin: Dr. Dorothea Siems
 Auslandskorrespondenten: Brüssel: Dr. Christoph Siltz Istanbul: Carolina Dritten Kapstadt: Christian Putsch London: Mandoline Rutkowski Marrakesch: Alfred Hackensberger Moskau: Pavel Lokshin New York: Hannes Stein Paris: Martina Meister Warschau: Philipp Fritz
 Washington: Stefanie Bolzen
 Autoren: Henryk M. Broder, Alan Posner, Hans Zippert
 WELT kooperiert mit „El País“ (Spanien), „Gazeta Wyborcza“ (Polen), „La Repubblica“ (Italien), „Le Figaro“ (Frankreich), „Le Soir“ (Belgien), „Tagess-Anzeiger“ und „Tribune de Genève“ (beide Schweiz)
 Verlag: Axel Springer Deutschland GmbH
 Geschäftsführung: Carolin Hülshoff Pol, Claudius Senst, Peter Würtenberger
 Stv. Verlagsleiter: Print WELT: Heiko Ruda

Anzeigen: Judith Umlauf
 Vertriebsleitung: Ludger Seggewies
 WELT Editorial Studio: Matthias Leonhard
 Druck: Axel Springer SE, Berlin.
 Axel Springer Druckhaus Spandau GmbH & Co. KG, Brunsbütteler Damm 156-172, 13581 Berlin; Axel Springer Offsetdruckerei Kettwig GmbH & Co. KG, Im Teelbruch 100, 45219 Essen/Kettwig; Süddeutscher Verlag GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München
 Vertrieb: Sales Impact GmbH; alle 10888 Berlin, Axel-Springer-Str. 65. Tel.: 030 / 25910. DIE WELT wird als Zeitung und digital vertrieben. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.welt.de/datenschutz. Sie können diese auch schriftlich unter Axel Springer Deutschland GmbH, Datenschutz, Axel-Springer-Straße 65, 10969 Berlin anfordern. Alle Rechte vorbehalten (einschließlich Text und Data Mining gem. §44b UrhG). Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Medien werden Sie über PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG, www.pressemonitor.de, E-Mail: info@pressemonitor.de, für Syndikationsrechte wenden Sie sich an nachdruck@welt.de.
 © 2023 Axel Springer Deutschland GmbH
 Abonnementpreis: www.welt.de/produktinfo. Abo-Bestellmöglichkeit auf www.leserservice24.de/die-welt oder unter Kundenservice Tel. 0800 9 358537 (Mo-Sa 7-19 Uhr, kostenfrei), E-Mail: kundenservice@welt.de, ISSN 0173-8437. DIE WELT, USPS No. 0603-590.
 Sie erreichen die Redaktion unter: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin Tel. 030/25 910 E-Mail kontakt@welt.de

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes für diese Ausgabe: Oliver Michalsky
 Axel Springer Deutschland GmbH, Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin.
 Anzeigen: Judith Umlauf, Media Impact GmbH & Co. KG, 10888 Berlin

Neue Atomtransporte stürzen Grüne in eine Glaubwürdigkeitskrise

Bald könnte viel radioaktiver Müll durch Nordrhein-Westfalen gefahren werden. Und das, obwohl die Landesregierung versprochen hatte, solche Touren zu vermeiden

Anti-Atom-Gegner warnen seit Längerem vor einem Szenario, das bald Realität werden könnte: Zahlreiche neue Lkw-Transporte mit Atommüll sollen quer durch Nordrhein-Westfalen rollen. Wie solche Lieferungen konkret aussehen könnten, zeigt die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) beispielhaft in Videos einer Probefahrt aus dem Jahr 2023: Ein Sattelschlepper zieht einen langen Anhänger mit einem Schutzbehälter, eskortiert von zahlreichen Polizeiwagen.

VON KRISTIAN FRIGELJ

152 Castor-Behälter mit fast 300.000 abgebrannten Kugelementen lagern am ehemaligen Versuchsreaktor in Jülich und sollen ins rund 170 Kilometer entfernte Zwischenlager in Ahaus gebracht werden. Dazwischen liegt einer der größten Ballungsräume Europas. Die JEN hat dafür 152 Einzeltransporte beantragt. Diese könnten nach Ermessen der Polizei auch gebündelt erfolgen. Insgesamt könnten bis zu zwei Jahre vergehen, bis alle Kugeln nach Ahaus gebracht sind. Zuständig für die Genehmigung ist das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Auf WELT-Anfrage teilt das Amt mit, dass ein Abstimmungsprozess mit dem übergeordneten Bundesumweltministerium laufe und die Genehmigung „im Sommer 2025“ erteilt werden könnte.

Das Lagerproblem in Jülich ist seit Jahren ungelöst. Zwischen Bund und Land hakt es immer wieder bei der Abstimmung – auch wegen unterschiedlicher Auffassungen, was mit dem radioaktiven Material geschehen soll. 2013 lief die Genehmigung für das bestehende Zwischenlager aus, weil es neueren Sicherheitsstandards nicht mehr genügte. 2014 ordnete die damalige rot-grüne NRW-Landesregierung die Räumung an. Ein Transport ins Zwischenlager Ahaus war zunächst nicht möglich, da die Stadt und ein Anwohner Klage einreichten.

Bis zum Abschluss des Verfahrens stellte der Bund eine Transportgenehmigung zurück. Ende 2024 entschied das Oberverwaltungsgericht NRW letztinstanzlich, dass ein Transport zulässig sei. Seither ist auf Bundesebene eine neue Dynamik zu beobachten.

Die Transporte nach Ahaus wären politisch heikel für Nordrhein-Westfalens Landesregierung von Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) und seiner Stellvertreterin Mona Neubaur (Grüne). Für die Polizei bedeuten sie eine enorme logistische und

sicherheitspolitische Belastung, denn auch Sabotageakte und Proteste müssen einkalkuliert werden. Die Probefahrt Ende 2023 hat gezeigt, dass im Ernstfall mit mehreren Dutzend Mannschaftswagen pro Transport zu rechnen ist. Zugleich bringt das Vorhaben die Wüst-Regierung – insbesondere die Grünen – in eine Glaubwürdigkeitskrise. 2027 steht die nächste Landtagswahl an. Atomtransporte mitten im Wahlkampf könnten die Ausgangslage für die Grünen erheblich erschweren. Proteste sind zu erwarten, insbesondere in Ahaus, aber möglicherweise auch entlang der geheim gehaltenen Transportrouten.

Dabei hatte sich das schwarz-grüne Bündnis 2022 im Koalitionsvertrag auf eine andere Priorität verständigt: „Wir setzen uns für eine Minimierung von Atomtransporten ein. Das gilt auch für Transporte aus anderen Bundesländern. Im Fall der in Jülich lagernden Brennelemente bedeutet dies,



Spezial-Lkw für Atommülltransporte

JÜLICHER ENTSORGUNGSGESELLSCHAFT FÜR NUKLEARANLAGEN

„dass wir die Option eines Neubaus eines Zwischenlagers in Jülich vorantreiben.“ Dieser Anspruch wurde zumindest zeitweise erfüllt: Die Zahl der Transporte von Kernbrennstoffen und sonstigem radioaktivem Abfall durch NRW halbierte sich von 919 im Jahr 2022 auf 458 im Jahr 2023. Doch im Jahr 2024 wurde ein Anstieg auf insgesamt 650 Fahrten registriert.

Die Idee eines neuen Zwischenlagers in Jülich für die 152 Castor-Behälter ist bislang jedoch kaum konkretisiert worden. Das Land betont zwar, einige Vorarbeit geleistet zu haben. Auf WELT-Anfrage heißt es aus dem Haus von Wirtschaftsministerin Neubaur, die Lagerung am Standort Jülich in einem noch zu bauenden Zwischenlager sei „die tragfähigere Alternative zu einem Transport“. Man habe auch Haushaltsmittel für den Erwerb von Grundstücken zur Unterstützung des Neubaus eingeplant. Dafür müsste der Bund einen Flächenkauf zustimmen, sich maßgeblich an den Kosten beteiligen und zudem eine Aufbewahrungs-

genehmigung für das bestehende Zwischenlager zur Überbrückung erlassen. Das Neubaur-Ministerium betont, dass die Hauptverantwortung für die Lösung beim Bund liege.

Der Bund wiederum betrachtet inzwischen den Transport nach Ahaus als die vorzugswürdigere Option – weil schneller umsetzbar und deutlich günstiger. Der Bau eines neuen Zwischenlagers in Jülich sowie die Unterhaltskosten über mindestens 50 Jahre würden laut Schätzungen rund 550 Millionen Euro betragen, die Bauzeit mehrere Jahre. Dagegen sollen die Vorbereitungs- und Transportkosten bei rund 90 Millionen Euro liegen – ohne Polizeikosten. Der Haushaltsausschuss des Bundestages – auch mit Zustimmung der Grünen – sprach sich Ende 2022 deshalb für die Transportvariante aus, „falls das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) die Mehrkosten eines Neubaus in Jülich nicht tragen möchte“. Eine entsprechende Absichtserklärung des Landes sei der Bundesregierung jedoch nicht bekannt, erklärte Staatssekretärin Claudia Müller (Grüne) im April 2025 auf eine Anfrage der Linke-Fraktion.

Für die SPD-Opposition im Landtag ist das ein klares Zeichen, dass die schwarz-grüne Landesregierung es mit ihrer politischen Priorität, den Atommüll in Jülich zu belassen, nicht ernst meine. Ministerin Neubaur habe „keine einzige Initiative übernommen, eine Neubauoption in Jülich auch nur voranzutreiben“, kritisiert SPD-Fraktionsvize André Stinka. Für den Neubau gebe es weder einen Genehmigungsantrag noch ein erdbebensicheres Konzept. Die Gegner der Transportvariante führen weitere Argumente an: Das Zwischenlager in Ahaus verfügt über keine sogenannte „heiße Zelle“, also keine Einrichtung, in der beschädigte Castorbehälter geöffnet oder radioaktive Stoffe umgelagert werden könnten. Im Schadensfall müsste ein solcher Behälter an einen geeigneten Ort gebracht werden, etwa zurück nach Jülich. Das BASE betont jedoch, dass bislang noch nie ein Castorbehälter geöffnet werden musste. Zudem gebe es technische Alternativen zur „heißen Zelle“, die sich in der Praxis bewährt hätten.

Ein weiterer Kritikpunkt: Das Zwischenlager Ahaus ist derzeit nur bis 2036 genehmigt. Der Betreiber hat jedoch angekündigt, rechtzeitig eine Anschlussgenehmigung zu beantragen. Ahaus erwartet zudem weitere Castorbehälter aus anderen Forschungsreaktoren. Es ist mit einer Betriebsdauer von einigen Jahrzehnten auszugehen – bis ein Endlager zur Verfügung steht.

Alarmstart in Polen

Erneut hat Russland die Ukraine mit schweren Luftangriffen überzogen – auch den Westen des Landes. Mehr als 700 Drohnen im Einsatz. Warschau reagiert

Nach Angaben des polnischen Militärs ist in der Nacht zu Mittwoch ein Alarmstart von Flugzeugen Polens und seinen Verbündeten ausgelöst worden. Dies geschehe, um die Sicherheit des polnischen Luftraums zu gewährleisten, teilte das Einsatzkommando der polnischen Streitkräfte mit. In großen Teilen der an Polen grenzenden Westukraine war zuvor Luftalarm wegen russischer Angriffe ausgelöst worden.

Russland attackierte die Ukraine in der Nacht erneut mit Raketen und Drohnen. Nach Angaben der ukrainischen Luftwaffe haben die russischen Streitkräfte 728 Drohnen und 13 Raketen eingesetzt. Von den Drohnen konnten demnach 718 und von den Raketen sieben zerstört werden. Auch Regionen im Westen des Landes Hunderte Kilometer von der Frontlinie wurden anvisiert, wie etwa „The Kyiv Independent“ berichtete. Unter Berufung auf die ukrainische Luftwaffe hieß es, Drohnen bewegten sich auf die Städte Lutsk, Chmelnyzkyj und Ternopil zu. Die Nachrichtenagentur RBK-Ukraine berichtete, die Bewohner der nordwestlichen Stadt Lutsk seien angewiesen, Schutz zu suchen.

Laut „The Kyiv Independent“ wurden zudem in Orten näher an der Frontlinie wie Sumy, Saporischschja oder Dnipro Explosionen gemeldet. Zudem hätten Reporter von Explosionen in der Hauptstadt Kiew berichtet. Laut Bürgermeister

Vitali Klitschko wurde das Zentrum angegriffen. Nahe der Hauptstadt sei eine Frau verletzt worden, wie es unter Berufung auf die regionale Militärverwaltung hieß. Die Luftwaffe hatte zuvor am Abend vor Raketen und Drohnen aus Russland gewarnt. Demnach war mindestens eine der schwer abfangbaren Hyperschallraketen des Typs Kinschal (Dolch) in Richtung des westukrainischen Ge-



Rauch am Himmel über der Ukraine nach russischen Luftangriffen

biets Schyotmyr abgefeuert worden. Es hatte Luftalarm im ganzen Land gegeben.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj warf Moskau im Onlinedienst X vor, erneut alle Anstrengungen für eine Waffenruhe zunichtemachen zu wollen. Dies zeige, wie nötig Sanktionen insbesondere gegen das russische Ölgeschäft seien. „Jeder, der Frieden will, muss handeln“, hob Selenskyj hervor. Der Druck auf Russland müsse erhöht werden, um Moskau dazu zu zwingen, „über eine Beendigung des Krieges und nicht über neue Angriffe nachzudenken“.

Die Ukraine wehrt sich seit mehr als drei Jahren gegen eine russische Invasion. Täglich setzt die russische Armee Kampfdrohnen und Raketen gegen Ziele im ukrainischen Hinterland ein. Wegen der stärker werdenden Attacken drängt Kiew die westlichen Verbündeten dazu, die Flugabwehr des Landes zu stärken.

Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) will das Thema Luftverteidigung bei seinem Besuch kommende Woche in den USA ansprechen, wie ein Ministeriumssprecher sagte. Der Minister wolle mit den USA erörtern, „was man gemeinsam tun kann“, um die ukrainische Luftabwehr zu stärken. Zudem solle in Gesprächen mit weiteren Partnerländern geprüft werden, ob diese „vielleicht auch bisher ungenutzte Kapazitäten bereitstellen und diese einbringen“ könnten. rtr/dpa/AFP/kr6/gae

NACHRICHTEN

NACH NUR EINEM JAHR

Rackete gibt Mandat auf

Die frühere Seenotrettungskapitänin Carola Rackete gibt ihr Mandat im Europaparlament nach nur rund einem Jahr wieder auf. An ihrer Stelle zieht der Brandenburger Linke-Politiker Martin Günther ins EU-Parlament ein, wie die Linksfraktion in Straßburg mitteilte. Rackete selbst ist parteilos, war bei der Europawahl im vergangenen Jahr aber für die Linke angetreten. „Meine Kandidatur und mein Mandat hatten von Anfang an das Ziel, zur Erneuerung der Partei beizutragen“, erklärte die 37-Jährige. Als Mitglied sozialer Bewegungen hätten sie und ihr Team von Beginn an darüber diskutiert, das Mandat „kollektiv“ zu gestalten. Das geschehe nun durch die Abgabe des Mandats. Vor ihrem Einzug ins Parlament war Rackete unter anderem als Kapitänin des Seenotrettungsschiffs „Sea-Watch 3“ aktiv.

MASSENENTLASSUNGEN IN US-BEHÖRDEN

Gericht macht Weg frei

Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump kann ihre Pläne für Massenentlassungen von Bundesbediensteten nach einer Entscheidung des Obersten Gerichts zunächst weiter verfolgen. Der Supreme Court setzte die Verfügung einer unteren Instanz aus, die das Vorhaben der Regierung zunächst gestoppt hatte. Der Prozess vor Gericht läuft jedoch weiter. Im Mai hatte sich ein Gericht in Kalifornien gegen Trumps Entlassungspläne gestellt. Wahrscheinlich müsse er sich – wie frühere Präsidenten – die Zustimmung des Kongresses für den Personalabbau sichern, hieß es zur Begründung. Monate zuvor hatte das ans Weiße Haus angeschlossene Department of Government Efficiency (Doge) – damals noch unter Tech-Milliardär Elon Musk – den Umbau des Staatsapparats samt Massenentlassungen vorangetrieben. Früheren Angaben zufolge könnten Zehntausende Menschen betroffen sein.

BERICHT ÜBER DAS VORGEHEN DER HAMAS

Sexualisierte Gewalt als Waffe

Die Hamas hat einem neuen Bericht zufolge während ihres Terrorangriffs auf Israel am 7. Oktober 2023 sexualisierte Gewalt als „taktische Kriegswaffe“ eingesetzt. Der Bericht des Dinah-Projekts, einer Gruppe israelischer Rechts- und Genderexpertinnen, basiert unter anderem auf den Aussagen von Überlebenden des Massakers und der Geiselhaft im Gaza-Streifen sowie den Ergebnissen von Untersuchungen von Leichen. Im Zuge der Recherche zeigten sich dem Bericht zufolge klare Muster bei der Art und Weise, wie sexualisierte Gewalt verübt wurde: Opfer seien etwa teilweise oder vollständig nackt mit gefesselten Händen an Bäumen oder Masten gefunden worden. Es gebe außerdem Hinweise auf Gruppenvergewaltigungen mit anschließender Hinrichtung sowie Genitalverstümmelung und öffentliche Demütigung, hieß es. Dem Bericht zufolge ging sexualisierte Gewalt auch nach dem 7. Oktober in der Geiselhaft im Gaza-Streifen weiter. Die Hamas hatte Berichte über systematische sexualisierte Gewalt stets demütiert.

ABSCHUSS VON FLUG MH17

Russland verantwortlich

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat Russland für den Abschuss des Passagierfluges MH17 im Jahr 2014 über der Ukraine verantwortlich gemacht. Moskau stehe hinter dem Abschuss, der 298 Menschen das Leben kostete, urteilte der EGMR in Den Haag. Damit hat erstmals ein internationales Gericht Russland die Verantwortung für die Tragödie zugewiesen. Eine Boeing 777 der Gesellschaft Malaysia Airlines war am 17. Juli 2014 auf dem Flug von Amsterdam nach Kuala Lumpur über einem von prorussischen Rebellen kontrollierten Gebiet in der Ostukraine von einer Boden-Luft-Rakete getroffen worden. Keiner der Insassen über-

lebte. Eine internationale Untersuchung kam zu dem Schluss, dass die Rakete, die das Flugzeug zerstörte, zu einer russischen Luftabwehreinheit gehörte.

TERRORVERDACHT

Razzia in Essen

Zur Verhinderung eines mutmaßlich geplanten islamistisch-terroristisch motivierten Anschlags haben Spezialeinheiten der Polizei mehrere Objekte in Nordrhein-Westfalen durchsucht. Die Razzien fanden zeitgleich in Essen, Dortmund, Düsseldorf und Soest statt, wie die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf und die Polizei Essen am Mittwochmorgen mitteilten. Ein 27-jähriger Mann mit bosnisch-herzegowinischer Staatsangehörigkeit sei festgenommen worden. Hintergrund der Durchsuchungen ist ein „umfangreiches Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des gemeinschaftlichen gewerbsmäßigen Betruges“. Dabei hätten sich Hinweise darauf ergeben, dass die durch die Betrugstaten erlangten Vermögenswerte der Finanzierung eines islamistisch-terroristisch motivierten Anschlags dienen sollten, hieß es.

MATEL

Erste Barbie mit Diabetes

Sie trägt eine Insulinpumpe und ein Blutzuckermessgerät: Das Unternehmen Mattel bringt die erste Barbie mit Typ-1-Diabetes auf den Markt. Durch die neue Puppe könnten noch mehr Kinder eine Barbie finden, die sie selbst repräsentiere, und mit ihr eigene Geschichten erzählen, teilte der Konzern in Frankfurt mit. „Barbie trägt dazu bei, die frühkindliche Wahrnehmung der Welt zu formen“, sagte die Leiterin der Puppenabteilung bei Mattel, Krista Berger. Am Arm trägt die Puppe einen kontinuierlichen Glukosemonitor, das Smartphone der Puppe zeigt den Blutzuckerwert an. An der Hüfte ist eine Insulinpumpe befestigt – alle Geräte natürlich in Barbie-Pink.

SCHLIMMSTER AUSBRUCH SEIT 30 JAHREN

Masern-Epidemie in den USA

Die USA erleben laut einer Zählung der Johns Hopkins University derzeit die schlimmste Masern-Epidemie seit mehr als 30 Jahren. Seit Jahresbeginn seien 1277 bestätigte Fälle der hochansteckenden Krankheit gemeldet worden, teilte die Universität mit. Dies sei die höchste Zahl seit 1992. Betroffen sind den Angaben zufolge 40 der 50 US-Bundesstaaten. Am schlimmsten ist es in Texas, wo mehr als 60 Prozent der Fälle registriert wurden. Es gab in den USA auch schon drei Todesfälle, darunter zwei ungeimpfte Schulkinder. Durch Impfungen galt die Krankheit lange als fast ausgerottet. Zuletzt verzeichneten die USA inmitten gewachsener Impfskepsis jedoch einen drastischen Anstieg von Masern-Erkrankungen.

STADTBÜCHEREI

Gericht stoppt Warnhinweise

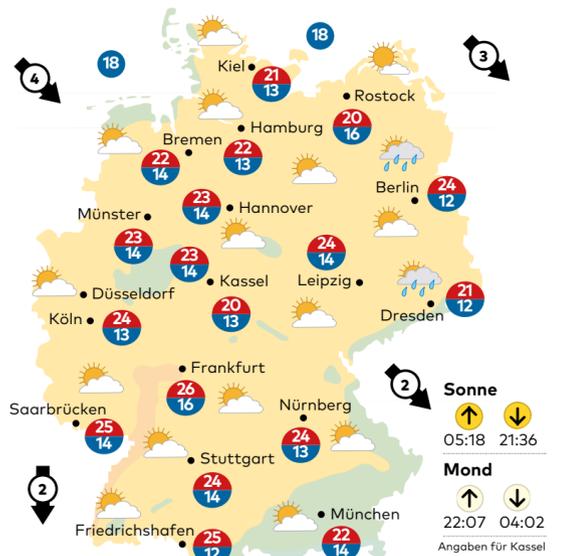
Die Stadtbücherei Münster darf Bücher mit umstrittenen Inhalten nicht mit einem Einordnungshinweis versehen. Das hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster entschieden und damit einen Beschluss aus der Vorinstanz gekippt. Das Verwaltungsgericht Münster hatte im April noch vertreten, dass Bücher, in denen etwa die bemannte Mondlandung oder der Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki ausdrücklich bestritten werden, mit Hinweisen versehen werden dürfen. Der Autor der Bücher war daraufhin mit einer Beschwerde vor das OVG gezogen und hatte damit Erfolg. Zur Begründung teilte das Gericht mit, solche Hinweise verletzen den Autor in seinem Grundrecht auf Meinungsfreiheit sowie in seinen Persönlichkeitsrechten. Der Stadtbücherei habe es freigestanden, das Buch nicht anzuschaffen. Der Gesetzgeber habe aber öffentlichen Bibliotheken keine Befugnisse zu negativen Bewertungen mit auf den Weg gegeben.

WETTER

Sonne oder Wolken, kaum Schauer

Heute: Westlich des Rheins, im Südwesten und später auch von der Ostsee bis Berlin setzt sich die Sonne längere Zeit durch. Sonst wechseln sich Sonne und Wolkenfelder ab. Letzte Regentropfen oder Schauer treten vor allem noch am Erzgebirge und in Südbayern auf. Die Höchstwerte erreichen 18 bis 26 Grad.

Biowetter: Bei der Wetterlage schlafen viele Menschen nicht so tief wie sonst. Die Folgen sind Müdigkeit und Abgeschlagenheit. Dadurch können Konzentrations- und Leistungsfähigkeit eingeschränkt sein. In einigen Fällen verlängert sich auch die Reaktionszeit.



Wehrpflicht-Befürworter in der AfD setzen sich durch

Der Vorsitzende Tino Chrupalla hat sich lange gewehrt und wollte seine Partei als „Friedenspartei“ positionieren. Nun gibt er sich geschlagen

Am vergangenen Samstag stand der AfD-Vorsitzende Tino Chrupalla vor Kameras in der Fraktionsebene des Bundestags. Der 50-Jährige stellte ein Positionspapier vor, das seine Kollegen gerade beschlossen hatten. „Wir wollen wehrfähig sein“, sagte er. Zur Neuaufstellung der Bundeswehr gehöre auch die „Wiedereinsetzung der Wehrpflicht, mit der Möglichkeit des Ersatzdienstes“.

VON FREDERIK SCHINDLER

Die Forderung gehört gewissermaßen zur DNA der Rechtsaußen-Partei. Sie steht im Grundsatzprogramm von 2016 sowie in den Bundestagswahlprogrammen von 2017, 2021 und 2025. Die Äußerung von Chrupalla überrascht dennoch. Denn ausgerechnet der Partei- und Fraktionschef war es, der sich in den vergangenen Jahren sowohl intern als auch öffentlich immer wieder dagegen gestellt hatte, die Wiedereinsetzung während des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zu fordern. Von WELT danach gefragt, wie die Verteidigungspolitik ihn überzeugt hätten, sagte Chrupalla am Samstag dennoch: „Mich muss niemand überzeugen.“ Er habe an der Forderung „noch nie einen Zweifel gelassen“. Die Position der Bundesregierung besorge ihn weiterhin, die AfD werde sich aber „niemals in fremde Kriege einmischen“.

Damit steht in der AfD ein langer Streit über die Wehrpflicht vor dem Ende. Dafür spricht auch, dass die Bundestagsfraktion derzeit nach WELT-Informationen einen Antrag mit dem Titel „Verteidigungsfähigkeit Deutschlands sichern – Wehrpflicht reaktivieren“ berät. In dem WELT vorliegenden Entwurf wird die Bundesregierung aufgefordert, die im Jahr 2011 beschlossene Aussetzung der Wehrpflicht im Frieden zurückzunehmen. Der Entwurf wurde bislang von den Mitgliedern des Arbeitskreises Verteidigung der Fraktion gezeichnet und am Dienstagmittag gemeinsam mit weiteren Anträgen aus dem Büro des parlamentarischen Geschäftsführers Bernd Baumann an die anderen Arbeitskreise zur Mitberatung verschickt. Er könnte nach der Sommerpause in den Bundestag eingebracht werden.

Die Bundeswehr sei zur Wahrnehmung ihres Kernauftrags der Landesverteidigung nicht befähigt, heißt es darin. „Die zwingend erforderliche Aufwuchsfähigkeit, also die deutliche Vergrößerung der Streitkräfte im Falle einer Krise oder der existenziellen Bedrohung eines Krieges, ist nicht gewährleistet.“ Der Antrag könnte zwar noch gestoppt werden, das ist aber aufgrund des aktuellen Positionspapiers unwahrscheinlich.

Zuvor war es erstmals bereits im Februar 2023 zum Konflikt zwischen den Verteidigungspolitikern der Fraktion und dem Vorsitzenden gekommen. Erstere arbeiteten damals einen Antrag für die Reaktivierung der Wehrpflicht aus. Chrupalla versuchte gleichzeitig, die AfD als „Friedenspartei“ zu positionieren. In den sozialen Medien schmückten sich Partei und Fraktion mit der weißen Friedenstaube auf blauem Grund. Das Symbol, das zuvor insbesondere in der linken Friedensbewegung beliebt war, sorgte auch in den eigenen Reihen für Kopfschütteln. Hinter vorgehaltener Hand war etwa die Rede von einem „Hippie-Kurs“.

Zum Wehrpflicht-Antrag der AfD wurde damals auf der Website des Bundestags bereits eine 45-minütige Debatte im Plenum angekündigt. Doch obwohl der Arbeitskreis Außenpolitik bereits eine Formulierung aus dem Antrag gehandelt hatte, die Invasion der Ukraine durch Russland müsse „auch als Bedrohung der Sicherheitsinteressen Deutschlands und seiner Verbündeten gewertet werden“, sorgte Chrupalla dann dafür, den Antrag wieder in die fraktionsinterne Beratung zurückzuschicken. In der damaligen Fraktionssitzung argumentierte Chrupalla nach WELT-Informationen, er wolle nicht, dass seine Söhne für „Stellvertreterkriege“ oder „amerikanische und ausländische Interessen verheizt“ werden. Mehrere Unterstützer aus Sachsen schlossen sich an.

Darauf angesprochen, sagte Chrupalla damals öffentlich, der aktuelle Zeitpunkt für die Wehrpflicht-Forderung sei „ein bisschen verkehrt, wo die Bürger gerade Angst haben, dass Deutschland in den Krieg hineingezogen wird“. Man könne auch ein „soziales Jahr“ fordern: „Wir brauchen Pflegekräfte, Zivildienst gab es.“ Der verteidigungspolitische Sprecher Rüdiger Lucassen widersprach gegenüber WELT deutlich: „Die Ausbildung zum Dienst an der Waffe beinhaltet die Be-

fähigung zum Töten. Das ist eine völlige andere Qualität als die wichtigen sozialen Aufgaben in einem Altenheim.“ Und der Abgeordnete Hannes Gnauck, ebenfalls Mitglied im Verteidigungsausschuss, sagte: „Während Krieg in Europa herrscht, hätte die Bevölkerung noch eher Verständnis für eine Wehrpflicht als in Friedenszeiten.“

In der Fraktion wurden kritische Stimmen des Friedenskurses dann so laut, dass die AfD im März 2023 intern einen Beschluss fasste, in dem es heißt: „Dass wir im Ukraine-Krieg Diplomatie statt Waffenlieferungen fordern, macht uns nicht zu Verbündeten linker Pazifisten, die sich seit Jahren gegen jede deutsche Wehrfähigkeit wenden.“ Trotzdem setzte der AfD-Bundesverband ein Jahr später wieder auf die Friedenstaube, diesmal auf Plakaten zur Europawahl im Juni 2024. Kurz darauf sorgte bezüglich der Wehrpflicht ein weiterer Vorgang für Ärger im Bundestag. Mitarbeiter der Fraktion forderten bei den Arbeitskreisen Texte für das PR-Magazin „Fraktion Kompakt“ an. Der Arbeitskreis Verteidigungspolitik reichte ein „Acht-Punkte-Programm zur Wiederherstellung der deutschen Verteidigung“ ein – und forderte darin eine „sofortige Reaktivierung der Wehrpflicht“. Der Text wurde allerdings nicht im Fraktionsmagazin abgedruckt.

Im Oktober 2024 entschied sich die Bundesprogrammkommission der AfD, der unter anderem Vertreter des Bundesvorstands und der Landesverbände angehören, die Forderung nach einer Wiedereinsetzung der Wehrpflicht aus dem Wahlprogramm für die anstehende Bundestagswahl zu streichen. Ein entsprechender Änderungsantrag des Bundesvorstandsmitglieds Marc Jongen wurde laut WELT vorliegendem Protokoll mehrheitlich angenommen. Parteichef Chrupalla und Parteivize Peter Boehringer stimmten ebenfalls zu. Als sich das in der Partei herum sprach, erhielt Jongen kritische Mails von Mitgliedern. „Sie haben mir die Freude an der Parteiliebe genommen mit Ihrem Antrag zur Ablehnung der Wehrpflicht“, schrieb ihm Ende November eine Parteifreundin. „Es schien mir – und der Mehrheit – angebracht, im Moment eines völlig verantwortungslosen Kriegszündelns gegenüber Russland als AfD nicht dasselbe zu fordern, was wild gewordene Wehrdienstverweigerer wie Anton Hofreiter jetzt ebenfalls befürworten aus den völlig falschen Gründen“, antwortete Jongen. „Ich sehe die Argumente sehr wohl, die für eine Wehrpflicht sprechen, und teile diese auch.“

Chrupalla begründete seine Neinstimme im WELT-Interview im Dezember 2024 damit, dass die Wehrpflicht im Grundsatzprogramm bleibe, aber die Forderung für viele Wähler „in der aktuellen Diskussion irritierend“ sei. Es entstehe der Eindruck, man wolle die Wehrpflicht einführen, „um die jungen Leute an die Front des Ukraine-Kriegs zu schicken“ – und er habe „die große Befürchtung, dass die Bundesregierung das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aussetzen könnte“. Damals lief eine Mitgliederbefragung zum Entwurf der Programmkommission.

Das Ergebnis stand kurz nach dem Interview fest: 71,5 Prozent der teilnehmenden 7548 Mitglieder sprachen sich nach WELT-Informationen dafür aus, im Programm die Wiedereinsetzung zu fordern. Der Entwurf wurde daraufhin geändert, auch Chrupalla signalisierte seine Unterstützung für das Mitgliedervotum. Nun kam es im Vorfeld der Fraktionsklausur am vergangenen Wochenende erneut zur Debatte. Die Arbeitskreise sollten beim Vorstand Vorschläge für ein Positionspapier zum Thema Sicherheit einreichen. Der Beitrag der Verteidigungspolitik enthielt unter anderem die Wehrpflicht.

Auf der Klausur gab es erneut kritische Stimmen aus Sachsen und Niedersachsen. Chrupalla stellte sich nicht gegen die Forderung, warnte aber davor, diese in Verbindung mit dem Wort „Krieg“ zu bringen. Mit dem Vorschlag, neben der Forderung nach einer Wiedereinsetzung im Papier explizit das „Recht auf Verweigerung und die Ableistung eines Ersatzdienstes“ zu erwähnen, konnte sich die Fraktionspitze nicht durchsetzen. Am Montag hieß es dann nach WELT-Informationen bei einem Treffen der Arbeitskreise-Leiter, im Vorfeld der Klausur sei wieder über eine mögliche Streichung der Wehrpflicht-Forderung gesprochen worden. Wer dies gefordert habe, wurde allerdings nicht gesagt. Chrupalla bestritt auf Anfrage, erneut entsprechende Bedenken geäußert zu haben.



Kandidatin für das Bundesverfassungsgericht: Frauke Brosius-Gersdorf

„Niemand wählbar“? Was Juristen dazu sagen

Die Potsdamer Jura-Professorin Brosius-Gersdorf gilt einigen in der Union als radikale linke Aktivistin – mehrere Abgeordnete wollen sie nicht zur Verfassungsrichterin wählen. Rechtsexperten widersprechen und warnen, nur „farblose Juristen“ nach Karlsruhe zu schicken

In der Regel verlaufen die Wahlen von Bundesverfassungsrichtern geräuschlos. Wenn die Amtszeit von Richtern abläuft, muss der Bundestag oder der Bundesrat einen Nachfolger wählen. Meist geschieht das ohne große Debatte. Im Bundestag entscheidet ein Wahlausschuss über potenzielle Nachfolger, die dann vom Plenum ohne Aussprache und mit verdeckten Stimmzetteln gewählt werden.

VON RICARDA BREYTON

Die Aufregung ist in der Regel minimal – was man gut daran erkennt, dass kaum einer die Namen der aktuellen Bundesverfassungsrichter kennt. Dieses Mal ist das anders. Seit Tagen wird über die drei Kandidaten berichtet, die auf Vorschlag von Union und SPD ans Bundesverfassungsgericht wechseln sollen: Günter Spinner, Richter am Bundesarbeitsgericht, Ann-Katrin Kaufhold, Jura-Professorin in München, und Frauke Brosius-Gersdorf, Jura-Professorin in Potsdam. Vor allem letztere hat in den vergangenen Tagen ihre Bekanntheit enorm gesteigert. Das liegt auch daran, dass sich unzufriedene Unionspolitiker schon vergangene Woche an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ wandten.

„Niemand wählbar“, sei die Kandidatin, sagte ein Unionspolitiker demnach – etwa wegen ihrer Ansichten zum Thema Schwangerschaftsabbruch. In einem wissenschaftlichen Beitrag hatte Brosius-Gersdorf laut dem Artikel geschrieben, dass „die Annahme, dass die Menschenwürde überall gelte, wo menschliches Leben existiert“, ein „biologisch-naturalistischer Fehlschluss“ sei. Kritisiert werden auch ihre Ansichten zum Thema Kopftuch:

Dieses verstoße bei Rechtsreferendarinnen „nicht gegen das Neutralitätsgebot des Staates“, wie sie in einem Beitrag für den „Tagesspiegel“ schrieb. Umstritten ist auch ihre Haltung zur AfD: „Wenn es genug Material gibt, wäre ich auch dafür, dass der Antrag auf ein Verbotverfahren gestellt wird“, sagte sie „Markus Lanz“. Sie ist, das kann man wohl sagen, eine Juristin mit auch linken Positionen. Aber ist sie deswegen unwählbar?

Mehrere Verfassungsrechts-Experten äußerten sich zuletzt entsprechend. „Ihre Äußerungen zur Impfpflicht, zum ‚Gendern‘, zum AfD-Verbot, zur Strafbarkeit der Abtreibung, zum Kopftuch-Verbot im Gerichtssaal sind deutlich – und sie entsprechen dem rot-grünen Mainstream“, schrieb etwa der Oldenburger Staatsrechtler Volker Boehme-Neßler in einem Gastbeitrag für WELT. „Eine Gemeinsamkeit haben sie: Sie polarisieren.“ Das sei nichts Schlimmes. „Aber es entspricht nicht den Fähigkeiten, die man in Karlsruhe braucht. Dort muss man integrieren.“

Allerdings gibt es auch renommierte Staatsrechtler, die es anders sehen. Sie verweisen darauf, dass das Gericht vielfältig besetzt werde (Wahlvorschläge machen bislang Union, SPD, Grüne und FDP), dass es schon öfter vorgekommen sei, dass Personen mit starken Positionen ans Bundesverfassungsgericht gewählt worden – und dass die Aussagen von Brosius-Gersdorf nicht so radikal seien, dass sie den akzeptierten wissenschaftlichen Rahmen verließen.

„Frauke Brosius-Gersdorf befindet sich mit ihren Positionen innerhalb dessen, was im wissenschaftlichen Spektrum heute vertreten wird“, sagt Uwe Volkmann, Juraprofessor an der Uni Frankfurt WELT.

Die Positionierung etwa zur Menschenwürde ist demnach keine radikale Außen-seiterposition. Die „FAZ“ zitiert Wolfgang Zeidler, der von 1983 bis 1987 Präsident des Bundesverfassungsgerichts war und der den frühen Embryo einst als „himbeerähnliches Gebilde“ bezeichnet hatte. Das sorgte zwar für einen Skandal, zeigt aber auch: Schon damals fielen die Antworten auf die Frage, wie viel Würde dem Embryo zukommt, unterschiedlich aus. Heute akzeptiert es die Gesellschaft, dass Frauen eine frühe Schwangerschaft nach Beratung beenden können. Die Würde des ungeborenen Lebens wird also schon heute nur bedingt tatsächlich geschützt.

Es sei überdies „nicht ungewöhnlich, dass Bundesverfassungsrichter, die aus dem Hochschulbereich kommen, Profileurungen mitbringen“, sagt Volkmann. Bei Peter Huber, der im Gericht für das Europarecht zuständig war, habe man schon vor seiner Wahl gewusst, dass er europaskeptische Positionen vertrat. Seine Antrittsvorlesung in Jena habe den Titel getragen „Maastricht – ein Staatsstreich“. Trotzdem wurde Huber auf Vorschlag der Union ans Gericht gewählt. Die SPD trug das damals mit. „Das Gericht hat es bislang immer geschafft, eine mittlere Linie zu finden, was auch am Auslegungsprinzip der sogenannten praktischen Konkordanz liegt“, sagt Volkmann. „Verfassungsrichter versuchen bei ihren Entscheidungen, alle Positionen zu berücksichtigen und nicht einer Seite alles zu geben. Das unterscheidet uns von der amerikanischen Verfassungsgerichtsbarkeit.“

Viele Juristen wie auch Unionsabgeordnete erwarten, dass sich Brosius-Gersdorf in Karlsruhe integrieren wird. Einzelkämpfer hätten es dort ohnehin nicht

leicht. Zumal das Gericht kein Interesse daran haben kann, Entscheidungen zu treffen, die gesellschaftlich überhaupt nicht akzeptiert werden. Es würde die Autorität des Gerichts selbst untergraben. Der Staatsrechtler Oliver Lepsius von der Uni Münster warnt davor, nur farblose Juristen ans Gericht zu wählen, die vorher nie mit Positionierungen aufgefallen waren. „Ziel sollte es sein, politisch wachsame Zeitgenossen ans Bundesverfassungsgericht zu wählen, keine juristischen Apparatschiks“, sagt Lepsius WELT. „Wenn wir nur noch Juristen wählen, die sich nie prononciert geäußert haben, dann könnte kein Professor mehr Bundesverfassungsrichter werden und auch kein Politiker. Das scheint mir nicht die richtige Herangehensweise zu sein.“

Im Übrigen komme es immer wieder vor, dass Richter an einem bestimmten Verfahren nicht teilnehmen, weil sie sich in der Vergangenheit dazu äußerten und es Zweifel an ihrer Unbefangenheit gibt. Das sei aber kein grundsätzliches Problem, sondern eine Frage der Einzelfallbetrachtung. „Sollte sie mit einem Verfahren befasst werden, zu dem sie sich rechtspolitisch prononciert geäußert hat, greifen die Befangenheitsregeln.“ Bislang wenig diskutiert wird, dass Brosius-Gersdorf in der Vergangenheit auch Positionen vertrat, die man eher nicht als SPD-nah bezeichnen kann. So hatte sie in der „Markus Lanz“-Sendung auch das Verbot des „Compact“-Magazins kritisiert, das die damalige Innenministerin Nancy Faeser (SPD) verfügt hatte und das später gerichtlich aufgehoben wurde. Sie sei „leicht zusammengezuckt“, als sie gehört habe, dass Faeser ein Verbot erlassen habe, sagte Brosius-Gersdorf. Medien seien „ungemein wichtig“ als „Grundlage für die Demokratie“, weswegen für deren Aufsicht immer eine vom Staat unabhängige Stelle zuständig sei.

Neben Brosius-Gersdorfs Wahl sorgt auch die Personalie Günter Spinner für Unruhe – aber nicht aufgrund seiner Äußerungen, sondern weil infrage steht, welche Mehrheit es für ihn am Freitag geben soll: Eine von den Koalitionsfraktionen von Union und SPD mit Grünen und Linkspartei – oder mit der AfD? Die Linie der Linksfaktion war bislang: Bedingung für ihre Zustimmung zu Spinner ist, dass die Unionsfraktion das Gespräch mit ihr sucht. Die CDU/CSU lehnt das aber ab. Die AfD derweil wird nach einer entsprechenden Empfehlung ihrer Fraktionschefin Alice Weidel voraussichtlich für Spinner stimmen.

Die Union setze also auf AfD-Stimmen, so die Kritik der Linken. Bei der Union wiederum hieß es: Es werde schon funktionieren mit der Zwei-Drittel-Mehrheit, die SPD wirke entsprechend auf die Linkspartei ein. Am Dienstagabend berichtete „Table Media“ unter Berufung auf anonyme Quellen, es werde auch Linke-Stimmen für Spinner geben, trotz der offiziellen Fraktionshaltung. Am Mittwoch dann wagte sich ein erster Abwechler bei den Linken vor: Bodo Ramelow sagte dem „Spiegel“, er werde für Spinner stimmen. Heidi Reichen, Fraktionschefin der Linken, sagt WELT am Mittwoch, nachdem Ramelows Haltung bekannt wurde: „Wie wir mit dem Wahlvorschlag der Unionsfraktion umgehen, werden wir in einer Sitzung unserer Fraktion am Freitagmorgen entscheiden.“ Weil die Union eine Zwei-Drittel-Mehrheit brauche, sei es ihre Aufgabe, „diese Mehrheit mit demokratischen Stimmen zu sichern. Dass sie dafür nicht einmal bereit ist, ein Gespräch mit uns zu führen, zeigt, dass es der Unionsführung um billigen Populismus gegen links geht und nicht darum, das Bundesverfassungsgericht zu schützen.“

Stimmen wie die von Ramelow werden es der Union mit Blick auf die geheime Abstimmung am Freitag freilich leichter machen, zu argumentieren, dass eine zu erwartende Mehrheit für Spinner nicht mit der AfD zustande kam.

Merz fast so unbeliebt wie Scholz bei Ampel-Start

Die Zustimmung zum neuen Bundeskanzler ist laut einer Umfrage deutlich gesunken – nur noch 35 Prozent sind mit seiner Arbeit zufrieden. Auch die schwarz-rote Koalition erhält schlechte Werte

Die Zufriedenheit mit Kanzler Friedrich Merz ist (CDU) ist in Deutschland deutlich gesunken. Laut einer Forsa-Umfrage sind nur noch 35 Prozent der Wähler mit seiner Arbeit einverstanden. In der Vorwoche waren es noch 42 Prozent. Damit ist es Merz bisher nicht wie im April angekündigt gelungen, die „Stimmung im Land“ zu verbessern. Interessant ist: Nachdem sich die Zufriedenheitswerte für Merz seit Anfang Juni oberhalb der 40-Prozent-Marke stabilisiert hatten, stürzten sie nun regelrecht ab. Die Zufriedenheitswerte von Merz zwei Monate nach Amtsantritt sind ähnlich schlecht wie die von Olaf Scholz im Amt des Bundes-

deskanzlers zwei Monate nach dem Start der Ampel-Koalition Anfang Februar 2022. Das war noch vor Beginn des Ukraine-Kriegs.

Nur eine Minderheit von 38 Prozent der Bundesbürger ist mit der Arbeit der schwarz-roten Koalition insgesamt zufrieden, eine Mehrheit von 58 Prozent jedoch nicht. Mehrheitlich zufrieden sind mit 76 Prozent nur die Anhänger der Unionsparteien und – in deutlich geringerem Maße – die Anhänger der SPD mit 53 Prozent. Damit fallen auch die Zufriedenheitswerte der neuen Bundesregierung nur unwesentlich besser aus als die Werte der Ampel-Koalition zwei Monate nach deren Amtsantritt.

Einer der Gründe für die geringe Zufriedenheit mit der neuen Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD dürfte nach Angaben des Forsa-Instituts sein, dass nur ein Drittel, nämlich 33 Prozent der Bundesbürger, den Eindruck hat, die Bundesregierung kümmere sich in ausreichendem Maße um die wichtigsten Probleme im Land – eine Kritik, die von einer Mehrheit der Bundesbürger auch während der Ampel-Regierung regelmäßig geäußert wurde.

Besonders auffällig: Im Osten beantworteten 76 Prozent der Befragten die Frage: „Kümmert sich die neue Bundesregierung genug um die wichtigsten Probleme im Land“ mit

„Nein“. Im Westen sagen dies 63 Prozent. Eine große Mehrheit von 65 Prozent der Bundesbürger hat auch kein Verständnis dafür, dass die Bundesregierung die Stromsteuer nicht für alle Bürger, sondern bis auf Weiteres nur für Industrieunternehmen und Betriebe der Land- und Forstwirtschaft senken will. Auf besonderes Unverständnis stößt diese Entscheidung der neuen Bundesregierung außer bei den Anhängern von Linke und AfD bei den Ostdeutschen und den Geringverdienern.

Forsa befragte vom 1. bis 7. Juli insgesamt 2503 Personen, Insa insgesamt 2007 Bürger (4.-7. Juli).

kf6

Im Juli ist auf Kreta Hochsaison. Die griechische Insel ist ein beliebtes Urlaubsziel, vor allem bei Deutschen. Seit rund einem Jahr aber wird es aus anderen Gründen eng auf Kreta: Immer mehr Migranten reisen irregulär ein – mit dem Ziel, in Europa Asyl zu beantragen. Es sind vorrangig junge Männer aus Ägypten, Bangladesch, Pakistan und dem Sudan, die von Libyen aus über das Mittelmeer übersetzen und auf Kreta oder der kleineren, südlich gelegenen Insel Gavdos anlanden.

VON CAROLINA DRÜTEN,
ALFRED HACKENSBERGER
UND CHRISTOPH B. SCHILTZ

EU-Diplomaten sagten, die Zahl der Ankünfte von Libyen nach Kreta habe sich zwischen März und Juni gegenüber dem Vorjahreszeitraum nahezu verfünffacht, auf etwa 7000. Medien berichten von Booten, die an den Kiesstränden angeschwemmt werden, viele von ihnen nur zu Fuß zu erreichen. Die Aufnahmeeinrichtungen sind überfüllt. Aus europäischer Sicht ist Libyen zum Hauptproblem in der Migrationsfrage geworden – zum „Problem, das wir unbedingt in den Griff bekommen müssen“, wie es der griechische Premierminister Kyriakos Mitsotakis kürzlich formulierte. 350 Kilometer trennen die libysche Küste von Kreta, es ist eine lange und gefährliche Strecke. Viele Migranten nehmen sie dennoch auf sich, weil sie sich in den vergangenen Monaten zu einer Erfolg versprechenden Route nach Europa entwickelt hat.

Der Mann, der dieser Entwicklung nun den Riegel verschieben soll, ist Magnus Brunner (ÖVP). Der Österreicher ist in der EU-Kommission für Inneres und Migration zuständig. Am Dienstag war er gemeinsam mit den Migrationsministern Griechenlands, Maltas und Italiens zu Gesprächen in Libyen. In Brüssel traut man Brunner wegen seiner ruhigen Art und seines Verhandlungsgeschicks zwar zu, eine Lösung mit den libyschen Behörden zu finden – doch die Reise endete in einem Eklat. Nachdem Brunner zunächst mit der von den Vereinten Nationen anerkannten Regierung in Tripolis gesprochen hatte, reiste er weiter nach Bengasi, in den Osten Libyens. Das Land ist de facto zweigeteilt, und die östliche Region wird von General Khalifa Haftar kontrolliert. Geplant war ein Treffen mit Haftar persönlich, doch dieser verlangte kurzfristig, dass auch mehrere seiner Minister und der Premierminister der Ostregierung an dem Gespräch teilnehmen sollten, was die EU-Delegation ablehnte. Das Treffen platzte, wie die WELT-Partnerpublikation „Politico“ berichtet.

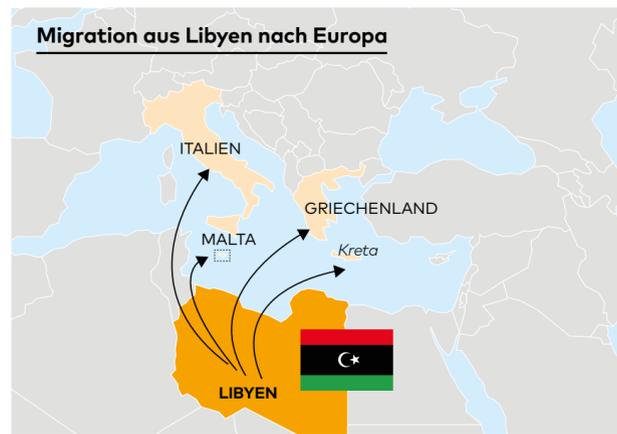
Für die EU-Kommission ist das eine schlechte Nachricht, muss sie eigentlich dringend auf die Entwicklungen reagieren. Denn derweil sammeln sich immer mehr Menschen in Libyen. Laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) befinden sich derzeit rund 850.000 Migranten und Flüchtlinge in Libyen – so viele wie seit 2017 nicht mehr. Demnach sind seit Juni 2024 bis heute rund 90.000 Menschen hinzugekommen. Offiziere der griechischen Küstenwache gehen davon aus, dass im Raum Tobruk – einer Hafenstadt nahe der Grenze zu Ägypten – tausende Menschen auf eine Gelegenheit warten,



Kleidung von Migranten und Flüchtlingen, die das Meer von Libyen nach Griechenland überquert haben, hängt zum Trocknen an einem Zaun auf der Insel Gavdos

Ein Hotspot für illegale Migration

93 Prozent aller irregulären Grenzübertritte in die Europäische Union starten in Libyen



nach Europa überzusetzen. Ende Juni entsandte die griechische Regierung daher Schiffe der Marine in internationale Gewässer vor der libyschen Küste, um mögliche Flüchtlingsboote aus Libyen von der Weiterfahrt nach Griechenland abzuhalten. Mit welchen Mitteln, das wurde zunächst nicht bekannt.

Noch während sich Brunner und die europäischen Minister in Libyen aufhielten, gaben die griechischen Behörden bekannt, in den vergangenen drei Tagen 1200 Migranten auf Kreta und Gavdos aufgegriffen zu haben. Die nordafrikanische Küstenlinie ist schwer zu kontrollieren, aber Beobachter in Griechenland sehen andere Gründe hinter den Zahlen. Konstantinos Filis, Direktor des Instituts für Internationale Angelegenheiten und Professor am American College of Greece,

vermutet eine gezielte Taktik der libyschen Parteien – also eine Instrumentalisierung der Migrationsströme. Er sagte der griechischen Zeitung „Kathimerini“, der Anstieg der Zahlen hänge mit den diplomatischen Treffen zusammen. „Das Ziel ist es, Druck auf Griechenland und die Europäische Union auszuüben, um bessere Bedingungen in den Verhandlungen zu erzielen.“

Vor allem die Küste Ostlibyens ist aus griechischer Sicht ein Problem. Sie ist Kreta geografisch am nächsten, zudem steht sie unter Kontrolle der sogenannten Libyschen Nationalarmee (LNA) unter General Khalifa Haftar, die international nicht anerkannt ist. Brunner wird mit dieser Seite ebenso sprechen wie mit der Regierung in Tripolis im Westen des Landes. Kommissionsprä-

sidentin Ursula von der Leyen formulierte ihre Ziele für Libyen Ende Juni in einem Brief an die europäischen Staats- und Regierungschefs: Grenzschutz, Bekämpfung der Schleuserkriminalität, die Verwaltung von Arbeitsvisa und die Weiterreise in die EU sowie die Gewährleistung von Schutz und der freiwilligen Rückkehr aus Libyen in die Herkunftsländer.

Dafür müsse man die libyschen Behörden „weiterhin finanziell und operativ unterstützen“, insbesondere im Bereich der Küstenwache, schrieb von der Leyen. Im Kern bedeutet das: Die EU zahlt, Libyen soll Migranten aufhalten. Genau dafür steht Brüssel zugleich immer wieder in der Kritik. Denn die EU kooperiert dabei auch mit Akteuren, denen schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Die sogenannte libysche Küstenwache besteht teils aus Milizen, die in Folter, Misshandlungen und systematische Ausbeutung in Lagern verwickelt sein sollen.

Dennoch hält Brüssel an der Zusammenarbeit fest, aus Sorge vor steigenden Flüchtlingszahlen. Wie sich diese nun gestaltet, nachdem Brunners Reise ein ungeplantes Ende genommen hatte, ist offen. Eine Möglichkeit ist, dass Staaten wie Griechenland nun eigene Arrangements mit den libyschen Machthabern anstreben – statt auf eine europäische Lösung zu setzen. Auch Italien hatte in der Vergangenheit bilaterale Vereinbarungen mit dem nordafrikanischen Land getroffen. Der Handlungsdruck auf Athen ist wegen der vielen Ankünfte groß.

Trotz der lebensgefährlichen Bedingungen in Libyen wagen zahlreiche Menschen die Überfahrt nach Europa.

Abreisen aus Libyen machten 93 Prozent der illegalen Grenzübertritte aus, hieß es in von der Leyens Brief. Laut kritischen Medien verlangen Schleuser für die gut 300 Kilometer lange Route von Tobruk nach Kreta zwischen 4000 und 6000 Euro pro Person. Es war so auch von der Leyen, die Brunner vor seinem Aufenthalt darum gebeten hatte, in beide libyschen Landesteile zu reisen – eine Anerkennung der politischen Realitäten vor Ort. Denn 15 Jahre nach dem Sturz von Diktator Muammar Gaddafi ist das ölfreiche nordafrikanische Land noch immer nicht zur Ruhe gekommen. Nicht nur konkurrieren zwei Machtzentren – auch innerhalb des Westteils Libyens kam es zuletzt zu Konflikten. Im Mai bekämpften sich Milizen und regierungsnahen Truppen. Die Gründe sind immer die gleichen: der Verteilungskampf um gewinnbringende Ressourcen.

Zuvor hatte der im Westen regierende Premierminister Abdul Hamid Dbeibah der von den UN anerkannten Regierung die Auflösung aller bewaffneter Gruppen angeordnet. Ein Befehl, der legitim klingt, Beobachtern zufolge jedoch einzig zum Ziel hat, Territorium zu erobern und die eigene Macht zu konsolidieren. Es heißt, Dbeibah wollte es General Chalifa Haftar gleichtun, der den Osten des Landes mit eiserner Faust regiert und keine konkurrierenden Milizen zulässt.

Mittlerweile haben die UN einen neuen Friedensplan vorgelegt. Ob dieser bei den so konträren Konfliktparteien eine Chance hat, ist offen. Klar ist indes eines: Jede Entwicklung in Libyen zieht geopolitische Folgen für die EU nach sich. Der Migrationsdruck wächst – und Europa bleibt kaum Zeit, eine neue Linie zu finden.

Trumps Sicht auf den Kreml-Chef scheint sich zu verändern

„Wir bekommen von Putin eine Menge Mist erzählt“, sagt der US-Präsident. Kommen jetzt Sanktionen?

Das Ukraine-Momentum im Weißen Haus hält an. Nachdem Donald Trump am Dienstag erneut seinen Ärger über Russlands Präsidenten Wladimir Putin geäußert hatte, kündigte der US-Senat das Einbringen lang erwarteter neuer Sanktionen an. „Wir bewegen uns“, erklärte Senator Lindsey Graham. Der US-Präsident „hat mir gesagt, es sei Zeit anzufangen, also fangen wir an.“

VON STEFANIE BOLZEN

Graham, der als Vertrauter von Trump gilt, hatte das Sanktionspaket bereits Anfang April formell eingebracht, aber bisher nicht den parlamentarischen Prozess ausgelöst. Grund dafür war nach WELT-Information, dass sich der Senat der Unterstützung durch Trump nicht sicher sein konnte. „Trump muss die Sanktionen nicht offen unterstützen. Aber er darf sie keinesfalls mit einem Veto stoppen“, so die Erklärung von Vertretern im US-Kongress. Trump hatte am Dienstag erneut seinem Ärger über Putin, den er seit Monaten trotz dessen Krieg gegen die Ukraine hofiert hatte, Luft gemacht. „Wir bekommen von Putin eine Menge Mist erzählt, wenn Sie die Wahrheit wissen wollen“, sagte der US-Präsident während einer Kabinettsitzung im Weißen Haus. „Er ist immer sehr nett, aber es stellt sich heraus, dass es bedeutungslos ist.“

Auf die Frage, ob er neue Sanktionen erwägt, sagte Trump: „Ich schaue mir das an. Sanktionen sind absolut meine Option. Der Senat kann sie, abhängig von mir, durchbringen. Ich schaue mir das ganz stark an.“ So deutlich war der US-Präsident bisher nicht geworden. Beim Besuch von Bundeskanzler Friedrich Merz Anfang Juni im Oval Office hatte Trump die Frage nach Sanktionen noch mit einer Metapher von sich gewiesen: „Manchmal sieht man zwei kleine Kinder, die sich wie verrückt streiten. Sie wollen nicht auseinandergezogen werden. Manchmal ist es besser, sie eine Weile kämpfen zu lassen und sie erst dann auseinanderzuziehen.“

Vertreter der Europäischen Union und auch der deutsche Bundeskanzler äußern seit Wochen die Hoffnung, dass die USA neue Sanktionen gegen Putin einbringen, um den Druck auf dessen Kriegsmaschinerie zu erhöhen – und gleichzeitig ein Momentum in Brüssel für weitere Verschärfungen auf EU-Seite zu bekommen. Bei seinem Besuch in Washington Anfang Juni soll Merz Trump auch auf Grams Sanktionspaket angesprochen haben. Graham hatte nach der ersten Ankündigung des Pakets erklärt, die vorgesehenen Sanktionen würden „Russlands Wirtschaft die Knochen brechen“. Unter anderem sieht der Entwurf 500 Prozent Steuern für Importe aus Ländern vor, die weiter russisches Öl und Gas kaufen.

Von solchen Sekundärsanktionen wäre vor allem China betroffen, mit dessen Regierung Trump aktuell ohnehin über hohe Zölle verhandelt. In Washington geht man daher davon aus, dass diese Maßnahme, sollte sie überhaupt durchkommen, im parlamentarischen Prozess verwässert würde. Ohnehin plant Graham dem US-Präsidenten maßgerechte Ausnahmeklauseln in das Paket zu schreiben. Mithin könnte Trump die Sanktionen als Peitsche benutzen, um Putin zu Verhandlungen zu zwingen, und als Zuckerbrot, um Kompromisse bei Gesprächen über eine Waffenruhe und alle daraus folgenden Vereinbarungen zu erreichen.

US-Senator John Thune, der als republikanischer Mehrheitsführer über die Tagesordnung bestimmt, deutete an, dass das Sanktionspaket bereits Ende dieser Woche eingebracht werden könnte. Der Außenpolitikexperte Rahm Emanuel, 2008 bis 2010 Stabschef des damaligen US-Präsidenten von Barack Obama, erklärte am Dienstagabend auf CNN: „Trump hat derzeit noch viel bessere Karten als er überhaupt spielt. Putin ist in einer Position der Schwäche. Was alles mit (dem Angriff auf, d. Red.) Iran zu tun hat. Putin hat Iran verloren, er hat Syrien verloren, sein Militär ist schwach, seine Wirtschaft kollabiert. Putin steht mit dem Rücken an der Wand.“

„Falle ohne Ausweg“: Russlands Elite gerät in Panik

Der Fall des toten Verkehrsministers Starowoit zeigt: Eine Regel, die jahrelang unumstößlich war, gilt in Putins Reich nicht mehr

Der Tod des Transportministers Roman Starowoit am Montag ist ein Schock für die russischen Eliten. Die Leiche des 53-Jährigen wurde laut Angaben der Ermittlungsbehörden am Steuer seines Tesla Model X gefunden, in einem Park unweit der Moskauer Villengegend Rubljowka. Wenige Stunden zuvor war bekannt worden, dass Russlands Präsident Wladimir Putin Starowoit entlassen hatte – ohne Begründung.

VON PAVEL LOKSHIN

Russlands Reiche und Mächtige wurden vor ihrer Haustür daran erinnert, wie prekär ihre Lage in Wirklichkeit ist. In Starowuits Heimatregion Kursk, die er bis Mai 2024 als Gouverneur regierte, sind Korruptionsermittlungen im Zusammenhang mit dem Bau von Befestigungsanlagen entlang der ukrainischen Grenze im Gange. Russischen Medienberichten zufolge könnte Starowoit mit seinem Selbstmord einer Festnahme durch das Ermittlungskomitee zuvor gekommen sein. Der Fall Starowoit zeigt, wie groß der Druck auf Russlands Eliten im dritten Kriegsjahr ist. Worauf man als hoher Staatsdiener früher zählen konnte, gilt nicht mehr. Wladimir

Putins Top-Beamte leben in ständiger Unsicherheit. Die Tatsache, dass sie zur Verwaltungselite des Landes gehören, ist für sie nun zu einer „Falle ohne Ausweg“ geworden, wie es Expertin Alexandra Prokopenko von der US-Denkfabrik Carnegie in einer Analyse formuliert.

Früher hatte in Wladimir Putins System folgende Regel gegolten: Wer loyal ist und die richtigen Beziehungen zu den Clans im Umfeld des Herrschers pflegt, genießt faktische Immunität vor Strafverfolgung. Ins Gefängnis – oder ins Jenseits – befördert das System nur Verräter. Abgesetzte Minister und hohe Beamte wurden trotz Korruptionsermittlungen oder Verfehlungen auf andere Posten verschoben, ohne allzu stark degradiert zu werden. Das beste Beispiel ist der 2012 nach einem Korruptionskandal in seinem Ressort entlassene Verteidigungsminister Anatoli Serdjukow. Heute sitzt er im Aufsichtsrat des staatlichen Luftfahrtkonzerns OAK, der alle zivilen und militärischen Flugzeughersteller Russlands unter einem Dach verbindet.

Die Haftstrafe für den früheren Wirtschaftsentwicklungsminister Alexei Uljukajew, die vor fast zehn Jahren Russlands Eliten in Unruhe versetzte, schien wie eine Ausnahme, die die Re-

gel bestätigt. Nach einem Streit mit Igor Setschin, dem mächtigen Chef der staatlichen Ölfirma Rosneft, im Jahr 2016 verbrachte Uljukajew mehr als fünf Jahre im Gefängnis wegen eines angeblichen Bestechungsversuchs. Der Fall Uljukajew schien auf einen Machtkampf innerhalb der Eliten zurückzugehen, aber nicht auf den Zusammenbruch eines Systems. Dabei war er ein Vorbote der neuen Normalität, die sich nach der Großinvasion der Ukraine entfaltete.

Loyalität und demonstrativ zur Schau gestellter Patriotismus reichten nicht länger aus, wenn Putin Ergebnisse sehen wollte – und sein Blick richtete sich von nun an vor allem auf seinen Ukraine-Krieg. Ab 2024 begannen im Verteidigungsministerium massive Säuberungen. Putin ließ seinen persönlichen Freund Sergej Schoigu, den damaligen, in Teilen der Armee umstrittenen Verteidigungsminister, absetzen und auf den Posten des Sekretärs des Sicherheitsrates verschieben. Schoigu blieb juristisch unangetastet. Aber mehrere seiner loyalen und bestens vernetzten Stellvertreter bekamen wegen Korruption lange Haftstrafen.

Loyal und gut vernetzt war auch Starowoit. Er war ein Mann der Brüder Arkadi und Boris Rotenberg. Die Kind-

heitsfreunde Wladimir Putins gelten als „Könige der staatlichen Aufträge“ und machten Milliarden im Infrastruktursektor. Ohne ihre Protektion wäre Starowoit, ein Unternehmer und späterer Staatsbeamter aus Sankt Petersburg, nie ins Machtzentrum Moskau gekommen. Dort leitete er erst die föderale Fernstraßenagentur und war nach der Krim-Annexion für den Straßenbau auf der besetzten Halbinsel verantwortlich, darunter die von den Rotenbergs erbaute Krim-Brücke.

Starowoit galt als aussichtsreicher Kandidat für eine große politische Karriere. Er absolvierte die sogenannte „Schule der Gouverneure“, die Polit-Neulinge in die hohe Verwaltungselite des Landes bringen und diese verjüngen sollte. 2018 wurde er als Gouverneur in seine Heimatregion Kursk geschickt, in Putins System eine Bewährungsprobe auf dem Weg zu einem Ministerposten. Starowoit wechselte im Mai 2024 tatsächlich ins Verkehrsministerium nach Moskau, was darauf hindeutet, dass Putin mit seiner Leistung zunächst zufrieden war. In Kursk hinterließ er seinen Stellvertreter Alexej Smirnow, der geschäftsführender Gouverneur wurde.

Drei Monate später besetzten ukrainische Streitkräfte Teile der Re-

gion, brachten Dutzende Ortschaften unter ihre Kontrolle und verwickelten Russlands Streitkräfte in monatelange Kämpfe. Erst im April 2025 stand die gesamte Region wieder unter russischer Kontrolle. Smirnow, der schon im Dezember 2024 abgesetzt wurde, wurde angeklagt. Laut dem Wirtschaftsblatt „Kommersant“ hat Smirnow kürzlich gegen Starowoit ausgesagt. Das klingt zumindest plausibel. Die Beschaffung von Technik und Material für den Bau der Befestigung, die sogenannten „Drachenzähne“, liefen während Starowuits Amtszeit als Gouverneur. Er hat sie beaufsichtigt und könnte für das Smirnow vorgeworfene Verschwinden von rund vier Milliarden Rubel mitverantwortlich sein, zumindest aus der Sicht der Ermittlungsbehörden.

Während Russlands Top-Politiker sich fragen, ob ihre Gönner sie im Zweifelsfall vor dem Inlandsgeheimdienst FSB und dem Ermittlungskomitee beschützen können, gibt es eine Elitefraktion, die sich ihrer Position vorläufig sicher sein kann: die Rotenbergs. Der von Putin neu eingesetzte Transportminister Andrej Nikitin, früherer Starowuits Vize, pflegt laut der Exilzeitung „Nowaja Gaseta“ gute Beziehungen zum Bruderpaar.

Milei macht Argentinien zur Wachstumslokomotive

Die umstrittenen Sonderbefugnisse für den libertären Präsidenten laufen aus. Ökonomische Daten sind vielversprechend. Doch das Klima ist vergiftet

Die Aufregung war groß im Juli 2024. Argentiniens libertärer Präsident Javier Milei verlangte und erhielt vom Kongress Sondervollmachten, um den nach seinem spektakulären Wahlsieg geerbten „ökonomischen Notstand“ in den Griff zu bekommen. Auf linken Portalen war gar von einem „Ermächtigungsgesetz“ die Rede – in Anlehnung an die erste Phase der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland.

VON TOBIAS KÄUFER

Mit der Realität hatte das indes nichts zu tun: Milei brauchte die Sonderbefugnisse vor allem, um das am wirtschaftlichen Abgrund stehende Land zu stabilisieren. Das ist nun gelungen, daher erhält der Kongress in dieser Woche seine Rechte wieder zurück, der ökonomische Notstand ist vorerst abgewendet. Die Bilanz des „Jahres der Dekrete“ fällt zumindest aus ökonomischer Sicht beeindruckend aus. Bei Mileis Amtsantritt lag die Inflationsrate noch über 200 Prozent, inzwischen ist sie auf unter 40 Prozent gesunken. Der Staatshaushalt fährt zum ersten Mal seit 14 Jahren einen Überschuss ein. Und auch die Armutsquote ging nach offiziellen Angaben im ersten Quartal auf 31,7 Prozent zurück, ist nach anderthalb Jahren Milei also niedriger als bei seinem Amtsantritt.

Nach einer Rezession im ersten Amtsjahr, hervorgerufen durch einen knallharten Sparkurs, steigt Argentinien in diesem Jahr mit Wachstumsraten von über fünf Prozent in die Gruppe der am stärksten wachsenden Länder der Welt auf, in der sich etwa Indien und Indonesien befinden. Doch für Milei wird es jetzt schwieriger. Der Exzentriker muss sich künftig in den Parlamenten Mehrheiten für seine Politik suchen – und das dürfte mühsam werden. Vieles deutet darauf hin, dass zunächst einmal ein harter Parlaments- und Regionalwahlkampf geführt wird, der politische Kompromisse in den nächsten Monaten wenig wahrscheinlich macht.

„Dass die ‚Notstandsdekrete‘, mit denen Milei seit seinem Amtsantritt regiert, diese Woche auslaufen, kann durchaus positiv wirken“, sagt Argentinien-Experte Hans-Dieter Holtzmann von der Friedrich-Naumann-Stiftung in Buenos Aires im Gespräch mit WELT. Sie seien indes keineswegs undemokratisch gewesen, weil sie verfassungsrechtlich überprüft, vom Kongress gewährt und von diesem jederzeit widerrufbar gewesen wären. Doch jetzt befinde sich Argentinien nicht mehr im Notstand. Politische Debatten und Beschlüsse über „weitergehende, für die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zentrale Reformmaßnahmen, wie Strukturreformen bei Steuerrecht, im Arbeitsrecht, bei Renten und beim Föderalismus“, sollten nun „dort stattfinden, wo sie in einer Demokratie hingehören – im Kongress“, sagt Holtzmann.

Aldo Abram vom wirtschaftsliberalen Thinktank Libertad y Progreso sieht den

Kongress sogar als Profiteur der Sonderbefugnisse, „weil er nicht die politischen Kosten für notwendigen Maßnahmen tragen musste, sondern diese sie an die Exekutive weitergeben konnte“. Letztlich habe sich die Regierung und nicht der Kongress all den Sektoren stellen müssen, denen die Privilegien entzogen worden seien, so Abram. Deutlich wurde das vor allem während der sogenannten Mittwochproteste, bei den die eng mit dem lange regierenden, überwiegend linksgerichteten Peronismus verbandelten Gewerkschaften und NGOs ihren Protest gegen die Reformpolitik Mileis auf die Straße trugen.

Damit ist das Prinzip Milei gut erklärt: Der libertäre Politiker geht bei seinen Entscheidungen stets ein hohes Risiko ein, macht sich damit selbst zur Zielscheibe, fährt bei gutem Ausgang aber auch den politischen Lohn ein. Bislang ist regelmäßig das eingetreten, was Milei angekündigt hatte: Einem harten ersten Jahr voller Entbehrungen mit einem deutlichen Anstieg der Armutsrate und einer Rezession werde eine Phase des Aufschwungs folgen. In dieser Phase befindet sich das Land nun. „Argentinien führt eines der ehrgeizigsten Stabilisierungsprogramme in der jüngeren Geschichte der Schwellenländer durch“, beschreibt ein dieser Woche veröffentlichter Bericht des Institutes of International Finance das Projekt Milei.

Laut aktueller Umfragen vor den Wahlen, bei denen im September und Oktober die Mehrheiten in den beiden Kammern neu gemischt werden, scheinen die Wähler diesen Weg zu honorieren. Die konservative Zeitung „Clarín“ berichtete in dieser Woche über eine Umfrage, der zufolge der Mileis Libertäre (41,9 Prozent) in der riesigen und bevölkerungsreichen Provinz Buenos Aires deutlich vor den Linkspersonen um Gouverneur Axel Kicillof (28 Prozent) liegen. Sollte die Wahl so ausfallen, wäre das ein politischer Erdbeben in der traditionell wichtigsten peronistischen Hochburg.

Während die Wirtschaftspolitik für Milei spricht, ist das politische Klima zunehmend vergiftet. Der Präsident beleidigt nahezu täglich Journalisten und Kritiker, wird aber auch selbst angegriffen. Bei Demonstrationen gibt es Rangeleien zwischen Polizisten und Aktivisten. Dabei gehen die Sicherheitskräfte regelmäßig über das Maß des Erlaubten hinaus und leisten sich teils inakzeptable Übergriffe. Ein Journalist überlebte einen gezielten „Abschuss“ mit einer Tränengasgranate nur knapp, wäre er gestorben, wären die Proteste wohl noch größer geworden.

Umgekehrt gibt es Berichte über linksgerichtete Aktivisten, die mit Fäkalien werfen und Plakate in der Stadt, die Sicherheitsministerin Patricia Bullrich einen Selbstmord nahelegen. In den nächsten Wochen dürfte die Polarisierung noch weiter zunehmen. Ende des Jahres weiß das Land dann, wie und mit welchen neuen Mehrheiten die zweite Phase des Reformkurses angegangen werden kann.



Am ersten Tag der Han-Kuang-Übung werden Reservisten in Taiwan in die Bedienung verschiedener Waffensysteme eingeführt

Wie Taiwan die Abwehr einer Invasion trainiert

China hat die drittgrößten Streitkräfte der Welt, seine Marine ist größer als die der USA. Aber die von Peking bedrohte Inselrepublik lässt sich nicht einschüchtern und hält eine riesige Militärübung ab

Kurz vor Beginn der jährlichen Militärmanöver in Taiwan sorgte China für Aufsehen: Am Sonntag erweiterte Peking zum dritten Mal die viel kritisierte Flugroute M503, die dicht an der inoffiziellen Mittellinie der Taiwanstraße verläuft – jener Linie, die bislang als stillschweigendes Trennsymbol zwischen China und der demokratisch regierten Insel galt.

VON CHRISTINA ZUR NEDDEN

Die Regierung in Taipeh reagierte scharf: Peking verändere damit den Status quo einseitig und erhöhe die Spannungen in der Region weiter.

Die neue Flugroute sei eine „Optimierung des Luftraums“, begründete Chinas zivile Luftfahrtbehörde den Schritt. Sie bringe „größere Effizienz“. Auch Taiwans Passagiere profitierten, hieß es aus Peking. Die Regierung in Taipeh wies diese Argumentation als vorgeschoben zurück: Die Maßnahme diene in Wahrheit dazu, Taiwans Handlungsspielraum weiter einzuschränken. Die Volksrepublik China betrachte Taiwan als abtrünniges Territorium und droht damit, die Insel notfalls mit Gewalt unter ihre

Kontrolle zu bringen. Ein Angriff scheint trotz massiver Aufrüstung zwar nicht unmittelbar bevorzustehen. Aber die Risiken für die globale Wirtschaft und Europa wären enorm, sollte es so weit kommen.

Der Zeitpunkt der neuerlichen Provokation Pekings ist brisant, denn am heutigen Mittwoch starten die jährlichen Han-Kuang-Übungen, mit denen Militär und Zivilisten in ganz Taiwan gemeinsam die Abwehr einer Invasion und Blockade durch China trainiert – in diesem Jahr zum 41. Mal. Statt wie bisher fünf Tage dauern die Übungen diesmal jedoch zehn Tage. Die militärischen Szenarien reichen von „Grauzonen“-Angriffen wie Cyberattacken bis zu massiven amphibischen Landungen der Volksbefreiungsarmee (PLA) an den Stränden Taiwans.

Erneut werden nicht nur militärische Szenarien, sondern auch urbane Evakuierungs- und Überlebensübungen für die Zivilbevölkerung simuliert, wie sie bereits im Vorjahr eingeführt worden waren. Erstmals wird zum Beispiel eine Supermarkt-Kette an parallelen Zivilschutzübungen beteiligt sein, um humanitäre Hilfsgüter zu verteilen. Weitere urbane Trainingsprotokolle umfassen Luftschutzanweisungen und Evakuierungsproben am Tag. Wer den Anweisungen nicht folgt, muss mit Geldstrafen rechnen. „Die Kriegsführung der Zukunft wird nicht allein mit Waffen entschieden“, sagt Verteidigungsexperte Su Tzuyun. „Es geht um die Widerstandskraft einer ganzen Gesellschaft.“

Die Sorge scheint berechtigt. Die USA warnen, dass die chinesische Armee bis spätestens 2027 militärisch in der Lage sein könnte, Taiwan anzugreifen. Andere Beobachter verweisen auf das hundertjährige Jubiläum der Gründung der Volksrepublik als ein symbolisches Datum: Xi Jinping sagte mehrmals, dass die Vereinigung mit Taiwan entscheidend sei, um seinen „chinesischen Traum“ von einer wiederhergestellten Großmachtstellung bis 2049 zu verwirklichen. Seit Jahren hat China seine eigenen militärischen Übungen vor Taiwan intensiviert, mit täglichen Patrouillen, regelmäßig über 150 Kampfflugzeugen bei Großmanövern und neuen Manövern wie Joint Sword 2024 und Strait Thunder 2025, die jeweils hunderte Flugzeuge und Schiffe mobilisierten.

Die Volksbefreiungsarmee wurde in den vergangenen Jahren massiv aufgerüstet. Laut dem Stockholm International Peace Research Institute (Sipri) ist

Chinas Militär heute das zweitgrößte der Welt, gemessen an Ausgaben und Personal. Im vergangenen Jahr stiegen die Militärausgaben um sieben Prozent auf geschätzte 314 Milliarden US-Dollar. Gleichzeitig modernisiert China seine Streitkräfte mit Investitionen in die Nuklearwaffenarsenale, Cyberkriegsfähigkeiten und die technologische Ausrüstung. China verfügt außerdem über die größte Marine der Welt. Das Portal Global Firepower zählt mehr als 750 Schiffe, darunter zwei in Dienst stehende Flugzeugträger. Die Luftwaffe umfasst demnach mehr als 3300 Flugzeuge und Helikopter. Und die Raketenstreitkräfte haben hunderte ballistische Raketen und Marschflugkörper in Reichweite der Insel stationiert. In allen Kategorien ist China Taiwan zahlenmäßig weit überlegen.

Nach Schätzungen der US-Geheimdienste könnte die Volksbefreiungsarmee innerhalb weniger Stunden einen begrenzten Luft- und Seangriff starten, binnen Tagen eine Blockade verhängen – und binnen Wochen eine Invasion beginnen. Den laut Global Firepower mehr als zwei Millionen Soldaten Pekings stehen Taiwans rund 215.000 gegenüber. Hinzu kommen rund 2,3 Millionen Reservisten.

Eine amphibische Großinvasion wäre für China dennoch extrem riskant. Taiwan ist schwer einzunehmen und leicht zu verteidigen, insbesondere dank der zerklüfteten Küsten, modernen Raketenabwehrsysteme, gut vorbereiteten Streitkräften und einer Bevölkerung, die zunehmend in zivile Verteidigungsübungen einbezogen wird. Zudem könnte China nach einem ersten Vorstoß mit massiven internationalen Sanktionen, hohen Verlusten und einem langwierigen Häuserkampf in den dicht besiedelten Städten konfrontiert sein. Die Haltung der USA zu Taiwan ist ambivalent: Ex-Präsident Joe Biden hatte wiederholt erklärt, Taiwan im Ernstfall militärisch zu verteidigen, während sein Nachfolger Donald Trump Zweifel an dieser Zusage geäußert und angedeutet hat, ein Engagement neu zu verhandeln.

Die Vereinigten Staaten erkennen Taiwans Staatlichkeit nicht an, haben jedoch politisches und wirtschaftliches Interesse an einer friedlichen Lösung des jahrzehntelangen Konflikts. Mit dem Taiwan Relations Act haben sie sich zudem verpflichtet, Taipeh bei der Aufrüstung gegen einen möglichen Angriff zu unterstützen. Ein Krieg um Taiwan wäre nicht nur eine Tragödie für Ostasien – die Folgen würden sich global auswirken. Taiwan produziert mehr als 60 Prozent aller Halbleiter weltweit, und über 90 Prozent der modernsten Chips stammen von dort. Ein chinesischer Angriff könnte diese Lieferketten über Nacht unterbrechen – mit enormen Auswirkungen für die Weltwirtschaft, von der Automobil- bis zur Rüstungsindustrie.

Auch Europa wäre betroffen: nicht nur wirtschaftlich, sondern auch strategisch. Brüssel müsste sich entscheiden, wie es sich zu Washingtons Position stellt, Taiwan militärisch und wirtschaftlich zu unterstützen. Sanktionen gegen China könnten die ohnehin schon belasteten Handelsbeziehungen weiter verschärfen. Mit den diesjährigen Han-Kuang-Übungen sendet Taiwan ein klares Signal: Die Insel bereitet sich nicht nur militärisch, sondern auch zivil auf den Ernstfall vor – um den Preis für Peking so hoch wie möglich zu treiben.

ANZEIGE

Jetzt Halbjahres-Abo mit 200 € Prämie sichern!

Erleben Sie ausgezeichneten Journalismus mit allen Inhalten von WELT. Als Dankeschön erhalten Sie eine besonders hohe Geldprämie.



Unser Dankeschön für Sie



Darauf können Sie sich freuen

- DIE WELT:** Montag bis Freitag in Ihrem Briefkasten
- WELT AM SONNTAG**
Frühauflage: Kostenfreie Zustellung bereits am Samstag
- WELTplus Premium:** Werbefreie Nutzung aller digitalen Inhalte auf WELT.de und in der WELT News App
- WELT ePaper:** Zugriff auf alle aktuellen und archivierten Ausgaben sowie auf die WELT Edition App

Jetzt für 68,99€ im Monat bestellen unter welt.de/200euro oder 0800/935 85 37*

*Bestell-Nr. 10175173 / Montag bis Freitag 8 – 18 Uhr, Samstag 8 – 16 Uhr (kostenfrei)

In Ihrem Abo sind die gedruckten Zeitungen und WELTplus Premium enthalten. Weitere Informationen zum Produkt finden Sie unter welt.de/produkt. Das Angebot gilt nur in Deutschland und nur solange der Vorrat reicht. WELT AM SONNTAG und DIE WELT erscheinen in der Axel Springer Deutschland GmbH, Axel-Springer-Str. 65, 10888 Berlin, vertreten durch die Geschäftsführung, Amtsgericht Charlottenburg, HRB 196159 B, Gläubiger-ID-Nr.: DE 2208800000007915.

LEITARTIKEL

Polen will die Migrationswende

An Deutschlands Grenzen wird seit Mai dieses Jahres häufiger kontrolliert. Das hat die neue Bundesregierung von Kanzler Friedrich Merz zu verantworten – und es mangelt nicht an Kritik an dieser Entscheidung. Rechtswidrig seien Zurückweisungen von Migranten an der Grenze, inhuman sowieso; Staus würden entstehen, Pendler klagen. Kurzum: Die Grenzkontrollen seien ein Fehler. Darin sind sich das Berliner Verwaltungsgericht und eine Reihe politischer Beobachter offenbar einig. Es sind dieselben Beobachter, die seit der Ankündigung des polnischen Premierministers Donald Tusk in der vergangenen Woche, ebenfalls stichprobenartig die Grenze zu Deutschland zu kontrollieren (und übrigens auch zu Litauen), in Sorge um das deutsch-polnische Verhältnis sind. Der Tenor lautet, dass die Kontrollen, die auf Anordnung von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt verstärkt wurden, indes schon seit Oktober 2023 durchgeführt werden, die ohnehin schwierigen Beziehungen Deutschlands zu seinem großen östlichen Nachbarn unnötig belasteten. Doch das ist falsch.

Diejenigen, die jetzt aufschreien, waren oftmals still, als die Nord-Stream-Pipelines gebaut oder als deutsche Kernkraftwerke vom Netz genommen wurden und deutsche Landespolitiker dann auch noch Kritik am polnischen Atomkraftanstieg Richtung Warschau schickten. Es sind dies nur drei von etlichen Ereignissen der zurückliegenden Jahre, die zu einem schlechten Deutschlandbild in Polen beigetragen haben. Was das Vertrauen der Polen in Deutschland und die deutsche Politik wirklich hat erodieren lassen wie kaum etwas sonst, ist Deutschlands Migrationspolitik seit 2015. Das zeigen Untersuchungen zum deutsch-polnischen Verhältnis, aber das erfährt auch seit Jahren jeder, der mit polnischen Politikern und Diplomaten, ja den Menschen in Polen überhaupt ins Gespräch kommt.

In ihrer Mehrheit begreifen sie das, was in Polen „Politik der offenen Grenzen“ genannt wird, bestenfalls als naiv, schlimmstenfalls als antieuropäisch. Diese Haltung geht über Parteigrenzen hinweg, für sie steht der liberalkonservative Tusk wie auch die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), die all das mit dem für sie typischen deutschlandfeindlichen Furor ausdrückt. Aus polnischer Sicht entfaltet Deutschlands Politik eine Art Sogwirkung für Migranten außerhalb der EU – durch im europäischen Vergleich großzügige Sozialleistungen sogar für abgelehnte Asylbewerber und dadurch, dass Rückführungen nur selten effektiv durchgeführt werden.

Im Fall Polens kommt eine besondere Lage hinzu: Seit den Sommermonaten 2021 treibt das Regime des belarussischen Diktators Alexander Lukaschenko Menschen aus dem Nahen Osten oder Afrika gezielt über die Grenze nach Polen und damit in die EU. Polen reagiert mit Härte darauf, treibt diese Menschen selbst teils gewaltsam zurück, hat eine mehr als vier Meter hohe Mauer an der Grenze zu Belarus gebaut; Tusk hat nach dem Tod eines polnischen Soldaten 2024 sogar den Einsatz scharfer Munition erlaubt. Nicht wenige im politischen Warschau denken, dass „Migration als Waffe“ in einem „hybriden Krieg“ gegen Polen überhaupt nur

Belasten die Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze die Beziehungen beider Länder? Das Gegenteil ist der Fall: Unsere Nachbarn fanden Deutschlands „Politik der offenen Grenzen“ immer schon naiv – quer durch alle politischen Lager



PHILIPP FRITZ

„**POLEN KONTROLLIERT JETZT AUCH AN DER GRENZE ZU LITAUEN, WAS VIEL WICHTIGER IST ALS DIE GESCHEHNISSE AN DER GRENZE ZU DEUTSCHLAND**“

möglich ist, weil Europa und vor allem Deutschland lange zu nachlässig beim Thema illegale Migration gehandelt haben. Die Behauptung, dass ausgerechnet stichprobenartige Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze das Verhältnis beider Länder verschlechtern, ist deswegen wohlfeil. Die Vorgeschichte wird dabei ignoriert.

Der Impuls zur Kritik an Warschau ist nachvollziehbar. Denn Polens Politik ist voller Widersprüche. Einerseits fordern polnische Regierungen seit 2015 lauthals ein migrationspolitisches Umsteuern von Berlin – um dann über Grenzkontrollen zu klagen. Dabei gilt es zu verstehen, dass Regierungschef Tusk innenpolitisch unter Druck steht. Die PiS und ihr nahestehende Medien haben die deutsch-polnische Grenze zum Topthema gemacht und werfen Tusk vor, vor den Deutschen zu buckeln. An der Grenze haben sich polnische „Bürgerwehren“ oder Gruppen von „Patrioten“ zusammengeschlossen, die ohne staatliches Mandat Fahrzeuge mit herbeimaginierten Migranten kontrollieren. Diese Männergruppen, die das Gewaltmonopol des polnischen Staates infrage stellen, werden teilweise von der PiS zumindest rhetorisch unterstützt. Tusk hat sie lange gewähren lassen, mit der Einführung von Grenzkontrollen seinerseits räumt er dieses Thema jetzt ab. Für jene innenpolitische Komponente spricht übrigens, dass es ähnliche Aktionen an Deutschlands Grenzen zu Tschechien, Frankreich oder Österreich nicht gibt.

Tatsächlich hat es schon zu einem frühen Zeitpunkt Absprachen zwischen den Merz-Leuten und Warschau gegeben; die Zusammenarbeit zwischen den deutschen und polnischen Grenzbehörden gilt nach wie vor als gut, und wer sich in der polnischen Hauptstadt umhört, bekommt bestätigt, dass der Austausch mit dem Innenministerium in Berlin ebenfalls gut läuft. Ist alles also bloß eine Show? Teilweise ja. Denn die wenigen Migranten zum Beispiel aus Somalia, dem Irak oder Afghanistan, die seit Mai von deutschen Behörden nach Polen gebracht werden, dürften kaum im Land geblieben sein. Die Kontrollen sind schließlich stichprobenartig. Wer es beim zweiten oder dritten Mal nicht schafft, wandert über die grüne Grenze.

Trotzdem ist die neue Merz-Dobrindt-Linie mehr als Symbolpolitik; Polen kontrolliert jetzt auch an der Grenze zu Litauen, was viel wichtiger ist als die Geschehnisse an der deutsch-polnischen Grenze. Denn im Gegensatz zu Polen betreiben Litauen und das benachbarte Lettland keine so harte Grenzpolitik. Durch Warschauer Entscheidung könnten sie jetzt dazu gezwungen werden, ihre EU-Außengrenzen stärker zu sichern – wie eben Polen es tut, um der künstlich von Belarus und Russland geschaffenen Migrationskrise an seiner Ostgrenze zu begegnen. Viele Migranten, die über Polen nach Deutschland gelangen, waren zuvor in Litauen oder Lettland. Europa macht nach außen dicht, auch um Reise- und Warenverkehr im Schengen-Raum zu ermöglichen.

Die Grenzkontrollen sollten daher vorerst nicht zurückgenommen werden. Sie müssen mit den Nachbarn, zumal mit Polen, koordiniert werden, bis Europas Außengrenzen besser gesichert sind und eine effektive gemeinsame EU-Asylpolitik in Kraft tritt. Gerade Polen fordert seit langer Zeit eine stärkere Sicherung der Außengrenzen – und trägt jetzt selbst dazu bei, dass diese absehbar an der Nordostgrenze der EU umgesetzt wird. Das ist auch eine Reaktion auf die aggressive Politik autoritärer Regime gegen Europa. Sie nehmen Menschen als Geiseln und bringen sie gegen Europa in Stellung. Polen, aber auch jene Staaten, die nicht selbst die EU-Außengrenzen sichern, können das nicht hinnehmen. Vor diesem Hintergrund wäre eine migrationspolitische Rückkehr zum status quo ante schädlicher für das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen, als alles, was momentan an der Grenze zwischen beiden Ländern zu sehen ist.

GASTBEITRAG

Eine Friedenslösung für den Nahen Osten



SINISA TOROMAN

Noch immer befinden sich rund 50 Geiseln (davon nur 20 lebende Personen) in der Terrorerfassung der Hamas – ein kaum erträglicher Zustand. Von Politikern heißt es immer wieder, die Sicherheit Israels sei deutsche Staatsräson. Was das konkret bedeutet, bleibt jedoch unklar. Manchmal beschleicht mich das Gefühl, dass wir es oft nur mit Worthülsen zu tun haben.

Zu oft wird auf internationaler Bühne Israels existenzielle Selbstverteidigung kritisiert. Zu oft wird vergessen, wer über tausend Zivilisten auf grausamste und barbarischste Weise ermordet hat. Zu oft wird vergessen, wer hier Geiseln genommen hat und immer noch Geiseln gefangen hält. Das ist eine klassische Täter-Opfer-Umkehr – man stelle sich einmal vor, so etwas würde in Deutschland, in den USA oder einem anderen westlichen und demokratischen Land passieren. Da würde sicherlich nach einem aktiven handlungs- und verteidigungsfähigen Staat gerufen.

Die jüngsten Entwicklungen fragmentieren die ohnehin fragile Region weiter. Während Israel sich nach immer neuen Angriffen der Hamas zu verteidigen sucht, ist zugleich eine neue Dimension im Konflikt erreicht, nachdem die USA berechneterweise iranische Nuklearanlagen beschlossen haben. Man darf nicht vergessen, dass das Ayatollah-Regime seit Jahrzehnten öffentlich damit droht, Israel zu zerstören. Ich möchte mir nicht ausmalen, was die erste Amtshandlung des Ayatollah-Regimes wäre, sobald diese im Besitz von Atomwaffen ist. Außerdem könnten mit Atomsprengköpfen ausgestattete iranische ballistische Raketen problemlos auch Deutschland und unsere Verbündeten erreichen. Das sollten wir niemals vergessen.

Seit Jahren erleben wir, wie die Hamas Israels Süden und große Teile des Landes in Alarmbereitschaft hält. Bereits kleinere Vorfälle können sich rasch zuspitzen und ganze Gemeinden an der Grenze zu Gaza in Angst und Schrecken versetzen. Die internationalen Schlagzeilen konzentrieren sich bei größeren Eskalationen gern auf die Zahl der Raketenangriffe oder das militärische Kräfteverhältnis – doch häufig wird übersehen, welche dauerhaften psychologischen Folgen der Dauerbeschuss auf die zivile Bevölkerung hat: Kinder, die in Bunkern schlafen, Eltern, die Tag für Tag in Alarmbereitschaft stehen. Wer Israels Realität vor Ort erlebt hat, versteht, dass ein Staat hier nicht einfach tatenlos zusehen kann. Vor allem nicht seit dem 7. Oktober.

Das Recht auf Selbstverteidigung bedeutet für Israel nicht rohe Vergeltung, sondern den Versuch, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Allerdings

wird Israel – zuweilen in Europa, aber auch anderswo – allzu oft eine angeblich „unverhältnismäßige“ Reaktion vorgeworfen. Die Frage, wie viel Verteidigung einem Staat gegen wiederholte Angriffe zusteht, ist keine einfache. In Israel und in der israelisch-amerikanischen Öffentlichkeit empfindet man jedoch eine gewisse Ratlosigkeit, wenn man hört, dass „Mäßigung“ gefordert wird, während Raketen in Wohnbereiche einschlagen und Schaulustige das Geschehen kommentieren, als handle es sich um ein abstraktes Kräftemessen.

Die Situation verschärfte sich weiter durch die Tatsache, dass die USA glücklicherweise eingegriffen und iranische Nuklearanlagen bombardiert haben. Zwischen Israel und Iran liegen jahrelange Spannungen. Teheran unterstützt nachweislich terroristische Kräfte wie die Hamas, die Hisbollah oder andere Milizen, die sich gegen den israelischen Staat stellen. Dass die USA als traditioneller Verbündeter Israels reagieren, verwundert daher kaum. Gleichzeitig müssen wir als sowohl israelisch als auch amerikanisch geprägte Gemeinschaft betonen: Diplomatische Maßnahmen und Gespräche dürfen selbst in einer solch angespannten Lage nicht aus dem Blick geraten. Eine militärische Lösung kann Konflikte im Nahen Osten nicht einfach wegzubauern.

Letztendlich bleibt der Nahe Osten ein Gebiet, in dem Staaten auf engstem Raum gegensätzliche Interessen verfolgen: Israel will sein legitimes Existenzrecht und seine Bevölkerung verteidigen, die Hamas sieht ihren Kampf gegen Israel als „Widerstand“ gegen ein feindliches Regime, und der Iran versucht, im Hintergrund direkten oder indirekten Einfluss zu nehmen – für viele mit dem Ziel, seine Hegemonie in der Region auszuweiten. Dass die USA nun eingreifen, schafft einerseits eine neue Machtbalance, birgt jedoch andererseits das Risiko, eine weitere Spirale der Gewalt auszulösen.

Was unsere internationale deutsch-israelisch-amerikanische Gesellschaft fordert, ist ein klares Bekenntnis zum Selbstverteidigungsrecht Israels sowie zu einer durchdachten, deeskalierenden Vorgehensweise zur langfristigen Friedenssicherung. Weder das Dauerschweigen angesichts permanenter Angriffe noch rein militärische Kraftmeierei führen auf Dauer zu einem stabilen Frieden. Stattdessen braucht es eine robuste Verteidigung, kombiniert mit der Bereitschaft, auf diplomatische Lösungen zu setzen, wo sie möglich sind. Israel wird weiter Schutz für seine Bürgerinnen und Bürger einfordern – und zugleich darauf hoffen, dass der Westen gemeinsam mit allen Verantwortlichen eine Lösung fördert, die echte, nachhaltige Sicherheit im Nahen Osten ermöglicht.

Sinisa Toroman ist Vorsitzender der internationalen deutsch-amerikanisch-israelischen Gesellschaft „THE CLUB“.

GASTBEITRAG

Donald Trumps Serie von Erfolgen

Wir hatten zwei gute Wochen, oder?“, sagte Donald Trump jüngst in einer Rede in Iowa. „Das müssen die besten zwei Wochen sein. Hat irgendjemand jemals bessere zwei Wochen gehabt als diese?“ Das klingt zunächst wie eine weitere von Trumps Übertreibungen. Aber selbst seine Kritiker werden zugeben müssen, dass in den letzten Wochen vieles nach Trumps Vorstellungen gelaufen ist.

Die Erfolgsserie begann mit seiner Entscheidung, US-Kampfflugzeuge in den Iran zu schicken, um dort am 20. Juni mit der massiven GBU-57-Bombe das iranische Atomprogramm zu zerstören, ohne einen größeren Krieg auszulösen. Entgegen der verbreiteten Meinung bei manchen in Deutschland ist es für amerikanische Präsidenten nie eine leichte Entscheidung, das US-Militär in den Einsatz zu schicken. Und für Trump war es eine besonders schwerwiegende Entscheidung, weil die meisten der möglichen Konsequenzen schlecht waren. Eine Woche später verkündete Trump, dass sich Israel und der Iran auf einen Waffenstillstand geeinigt hätten.

Dabei hatte er sich über einen zentralen Grundsatz seiner Wahlkampagne und seiner Anhänger hinweggesetzt, nämlich sich aus „ewigen Kriegen“ in anderen Ländern herauszuhalten. Befürchtungen, dass die Bombardierung den Krieg im Nahen Osten eskalieren könnte, waren



ERIK KIRSCHBAUM

allgegenwärtig. Doch am Ende ging der Angriff so erfolgreich aus, wie man nur hoffen konnte. Und dafür, dass er „Rückgrat“ zeigte und trotz des Widerstands seiner MAGA-Basis, zu der auch einflussreiche Medienpersönlichkeiten gehörten, für die seiner Meinung nach richtige Entscheidung in der Iran-Frage einstand, ernannte Trump auch bei seinen Kritikern Anerkennung. „Die Aussichten auf Frieden im Nahen Osten sind jetzt so gut wie seit über einem Jahrhundert nicht mehr“, schrieb die „New York Post“, eine Trump-freundliche Zeitung.

Anschließend traf sich Trump mit Amerikas Nato-Verbündeten in Den Haag, wo plötzlich eine bemerkenswerte Einigkeit herrschte, die Investitionen für ihre Sicherheit auf fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen. Viele hatten über Trump nur müde gelächelt, als er im Januar erstmals dieses Ziel vorschlug. Selbst nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Jahr 2022 fehlte in Europa der Wille, mehr Mittel für die eigene Verteidigung auszugeben. Amerikanische Präsidenten seit Bill Clinton haben die europäischen Partner jahrzehntlang

gebeten, mehr für ihre eigene Sicherheit zu tun, aber ihre Bitten wurden weitgehend ignoriert. Bis jetzt.

„Hätten Sie jemals gedacht, dass dies das Ergebnis dieses Gipfels sein würde, wenn Trump nicht wieder zum Präsidenten gewählt worden wäre?“, fragte Nato-Generalsekretär Mark Rutte nach dem Gipfel. Als Ministerpräsident der Niederlande hatte Rutte sogar das Zwei-Prozent-Ziel lange nicht erfüllen können. Im Inland hat Trump jüngst einen wichtigen Sieg errungen, als der Kongress mit knapper Mehrheit ein 1000-seitiges Gesetzespaket verabschiedete, das wichtige Teile von Trumps Agenda für Steuer- und Ausgabenkürzungen enthält. Obwohl Umfragen zufolge nur etwa 29 Prozent der Amerikaner den Entwurf unterstützen, umfasst das Gesetz auch eine Regelung zur Abschaffung der Steuer auf Trinkgelder, die Trump im Wahlkampf versprochen hatte, sowie höhere Ausgaben für die Grenzsicherung. Es war überraschend, dass die Maßnahmen trotz des Widerstands einiger Mitglieder seiner eigenen Partei verabschiedet wurden, die befürchteten, dass dadurch das Staatsdefizit um weitere 3,4 Billionen Dollar steigen und Millionen Amerikaner eventuell ihre Krankenversicherung verlieren würden.

Der Supreme Court bescherte Trump letzte Woche auch einen bedeutenden Sieg, als er verhinderte, dass Richter eine landesweite einstweilige Verfügung erlassen, die seine Durchfüh-

rungsverordnung zur Einschränkung des Rechts auf Staatsbürgerschaft blockieren würde. Mit dem Urteil sind Trumps umstrittene Bemühungen um die Beendigung der „birtheright citizenship“ zwar noch nicht abgeschlossen, aber es setzt den Gerichten der unteren Instanzen neue Beschränkungen bei der vorübergehenden Blockierung seiner Anordnung.

Auch von der Südgrenze hat Trump erfreuliche Nachrichten erhalten. Die Zahl der Migranten, die beim illegalen Überschreiten der Grenze zwischen den USA und Mexiko festgenommen wurden, fiel im Juni auf ein Rekordtief von 6000. Das bisherige Rekordtief lag bei 7200 im März. Während der Amtszeit von Präsident Joe Biden gab es Tage, an denen 10.000 Menschen festgenommen wurden. Aus der Wirtschaft kamen ebenfalls positive Nachrichten. Die Aktienkurse, die nach seiner Entscheidung, Zölle zu verhängen, stark gefallen waren, sind wieder auf Rekordniveau gestiegen.

In der Handelspolitik konnte Trump einen weiteren Erfolg verbuchen, als Kanada zustimmte, seine Pläne für eine Digitalsteuer zurückzuziehen, die US-Tech-Unternehmen belastet hätte. Er kündigte auch den Rahmen eines Handelsabkommens mit Vietnam an, bevor die Frist am 9. Juli abläuft, um Handelsabkommen mit anderen Ländern abzuschließen, bevor er höhere Zölle verhängt. Als wäre das alles noch nicht genug, empfing Trump am Montag im Weißen

Haus Israels Premier. Und Benjamin Netanjahu schlug den US-Präsidenten für den Friedensnobelpreis vor. Es ging um eine 60-tägige Feuerpause und angeblich sogar einen Plan, wie der Gaza-Streifen künftig ohne die Hamas verwaltet werden könnte. Das Weiße Haus erklärte außerdem, dass Trump eine Friedensvereinbarung zwischen Kongo und Ruanda vermitteln konnte. Auch das Ende der gefährlichen kriegerischen Eskalation zwischen Pakistan und Indien vor wenigen Wochen sei dem US-Präsidenten zu verdanken.

Ist das alles ein Ergebnis guter Ideen, guter Planung, guter Teamarbeit? Oder ist es einfach nur Glück? Die letzten zwei Wochen haben Trump in den Augen vieler Amerikaner unbestritten wie einen „winner“ aussehen lassen – egal, was man sonst von ihm hält. Diese zwei Wochen könnten auch dazu beitragen, seine niedrigen „approval ratings“ in Meinungsumfragen zu verbessern und seine Amtszeit in einer anderen, erfolgreicheren Richtung zu lenken. In jedem Fall ist eine Erkenntnis der letzten Tage: Für Donald Trump läuft es gerade sehr gut. Da kann ihm nicht einmal die angekündigte Gründung einer neuen Partei von Elon Musk etwas anhaben.

Erik Kirschbaum ist amerikanischer Journalist, Auslandskorrespondent, Buchautor und regelmäßiger Gast bei WELT TV. Er lebt in Berlin.

Weltweit gibt es immer mehr Magenkrebsfälle

Meist geht die Erkrankung auf ein Bakterium zurück. Schutzmaßnahmen würden dies verhindern

Magenkrebs ist weltweit die fünfthäufigste krebsbedingte Todesursache – und wäre in den weitestens Fällen vermeidbar. Denn etwa drei Viertel dieser Erkrankungen gehen auf das Magenbakterium *Helicobacter pylori* zurück, wie Forscher der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) in Lyon im Fachjournal „Nature Medicine“ berichten.

Sie rechnen für die Geburtsjahrgänge 2008 bis 2017 damit, dass weltweit etwa 15,6 Millionen dieser Menschen im Lauf ihres Lebens an Magenkrebs erkranken, sofern keine Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Für knapp 12 Millionen Erkrankungen davon – etwa 76 Prozent – sei der Magenkeim verantwortlich. Weltweit gehören gut 1,3 Milliarden Menschen zu diesen Jahrgängen. Für Deutschland rechnet das Team in diesen Geburtsjahrgängen mit etwa 96.000 Magenkrebs-Neuerkrankungen. Davon entstehen demnach knapp 61.500 Fälle durch *H. pylori* und wären somit durch eine Kombinationstherapie mit Antibiotika und Säureblockern, sogenannten Protonenpumpenhemmern, vermeidbar. In Deutschland kamen im genannten Zeitraum 7,7 Millionen Menschen zu Welt.

Die weitaus meisten der prognostizierten Fälle entfallen auf Asien – mehr als zwei Drittel der weltweiten Erkrankungen. Auf Amerika kommen der Prognose zufolge 13 Prozent, auf Europa 8 Prozent. Gerade für Afrika südlich der Sahara, wo die Inzidenz derzeit noch eher gering ist, erwartet das Forschungsteam einen deutlichen Anstieg, vor allem wegen der steigenden Lebenserwartung. Auf den Kontinent werden den Berechnungen zufolge 11 Prozent der erwarteten Magenkrebs-Fälle entfallen.

Überhaupt rechnet das Team für die meisten Weltregionen mit einer deutlichen Zunahme der Erkrankungen verglichen mit der derzeitigen Situation, auch hier vor allem wegen des prognostizierten Anstiegs der Lebenserwartung. Zwar hatte eine IARC-Arbeitsgruppe bereits im Jahr 2013 empfohlen, dass Staaten besonders gefährdete Populationen auf *H. pylori*-Infektionen screenen und gegebenenfalls behandeln sollten. Passiert sei jedoch wenig, abgesehen von wenigen Ländern wie etwa Japan und Bhutan. Gerade in Amerika und Afrika gebe es kaum Bemühungen um eine Früherkennung für Infektionen mit dem Magenbakterium.

Dabei seien die Früherkennung und die Behandlung solcher Infektionen einfach, wirksam, sicher und kostengünstig – insbesondere dann, wenn man sie mit den Kosten von Krebsbehandlungen vergleicht, betont die Gruppe. Zudem sei es wichtig, die Bemühungen fortzusetzen, einen Impfstoff gegen den Magenkeim zu entwickeln. „Eine *H. pylori*-Impfung

„

7800 MENSCHEN
IN DEUTSCHLAND
STARBEN 2022 AN
DER KRANKHEIT

würde den Kampf gegen Magenkrebs weit vorantreiben“, schreibt die Gruppe. Derzeit sei erst eine Phase-3-Studie zu einem solchen Impfstoff abgeschlossen, heißt es weiter unter Bezug auf eine Untersuchung an Kindern in China.

Vorbeugende Impfstoffe gegen infektiös bedingte Krebserkrankungen gibt es für das Humane Papillomavirus, das Gebärmutterhalskrebs verursachen kann, und gegen das Virus Hepatitis B, das Leberkrebs auslösen kann. In Deutschland erkrankten im Jahr 2022 nach Angaben des Zentrums für Krebsregisterdaten knapp 14.600 Menschen neu an Magenkrebs, knapp 7800 Menschen starben in dem Jahr an der Erkrankung. Weltweit gab es in dem Jahr knapp 970.000 Neuerkrankungen. Für die Studie ermittelte das Forschungsteam die künftigen Erkrankungen für 185 Länder anhand der weltweiten Daten des Global Cancer Observatory und demografischen Prognosen der Vereinten Nationen. Als Hauptursache für Magenkrebs gelten chronische Infektionen mit *Helicobacter pylori*, aber auch die Ernährung ist beteiligt, insbesondere eine Kost mit viel Fleisch oder gepökelten Lebensmitteln.

Walter Willems, dpa/wb

Was Walkot über das Klima verrät



Der Kot von Grönlandwalen bietet überraschende Hinweise auf die Auswirkungen des Klimawandels auf das arktische Ökosystem und damit verbundene Gefahren für Menschen und Tiere. Aufgrund von steigenden Meerestemperaturen gedeihen bestimmte Algenarten, die giftige Stoffwechselprodukte produzieren. Diese Toxine belasten die Nahrungskette der Arktis erheblich, was problematisch für die lokalen indigene Gemeinschaften ist, die von Meeresfrüchten leben. Wissenschaftler der US-Behörde NOAA Fisheries, geleitet von Kathi Lefebvre, haben eine ungewöhnliche Methode entwickelt, um dieses Phänomen zu erforschen: Sie sammelten über

19 Jahre hinweg Kotproben von 205 Grönlandwalen aus der Beaufortsee. Diese Wale wurden von indigenen Völkern gefangen, die Forscher entnahmen Darminhalte mittels Plastiköffeln, kühlten die Proben auf minus 20 Grad Celsius ab und untersuchten sie dann auf Algen-Toxin-Konzentrationen. Die Ergebnisse bestätigten steigende Toxinwerte im Nahrungsnetz der Arktis als direkte Folge der Ozeanerwärmung. Diese Forschungsergebnisse unterstreichen die dringende Notwendigkeit, den Einfluss des Klimawandels auf marine Lebensräume weiter zu untersuchen und Maßnahmen zum Schutz der betroffenen Gemeinschaften zu ergreifen.

„Das Wetter allein macht kein Feuer“

VON LOUIS POLCZYNSKI

WELT: Wann hatten wir das letzte Mal so große Waldbrände in Deutschland?
ALEXANDER HELD: Niedersachsen 1975! Die Waldbrandkatastrophe jährt sich zum 50. Mal. Schon 2022 war ein außergewöhnliches Waldbrandjahr. Das waren aber auch 2017 und 2018 und nun wird 2025 ebenfalls wieder ein außergewöhnliches Jahr. Man merkt, die Jahrhundertwetterlagen werden das neue Normal.

WELT: Wodurch werden Waldbrände meist ausgelöst, ist da immer fahrlässiges Verhalten im Spiel?
HELD: Das Wetter allein macht kein Feuer, es braucht schon die Zündquelle dazu. Und trotz aller Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung gibt es leider immer noch irgendjemanden der unabsichtlich oder absichtlich Feuer auslöst. Sei es bloß durch eine achtlos weggeschmippte Zigarette. Aber auch alte Munitionsreste von ehemaligen Truppenübungsplätzen stehen häufig im Verdacht Waldbrände auszulösen. Das beobachten wir, wenn ein Stück Wald wie etwa um Jüterbog, Luckenwalde oder eben Gohrischheide immer wieder zu den gleichen Wetterbedingungen entflammt. Das sind genau die Bedingungen, die verrostete Phosphorgranaten brauchen, damit sich der Phosphor selbst entzündet.

WELT: Gibt es bestimmte Regionen, die häufiger von Waldbränden betroffen sind, etwa wegen Trockenheit oder den vorherrschenden Baumarten?
HELD: Wir haben auf der einen Seite etwa den naturnahen Dauerwald im Schwarzwald mit einem Waldinnenklima, bei dem es länger dauert, bis aus Biomasse Brennmaterial wird. Nehmen wir dagegen das andere Extrem, den reinen Kieferwald mit Gras und Heide unten drunter, dann braucht es nur drei Tage Sonnenschein, bis dort alles brennbar ist. Hinzu kommt dort der Borkenkäfer, der zusätzlich in der Fichte Totholz produziert. Feuer und Borkenkäfer sind sich hier durchaus ähnlich, insofern als dass sie sich in Monokulturen besonders gut verbreiten, der Käfer in Fichtenwäldern, das Feuer in der Kiefer.

WELT: Hätte man die Waldbrände nicht vorhersehen und präventiv gegensteuern müssen?
HELD: Wir haben in Deutschland ein gutes Frühwarnsystem mit dem Deutschen Wetterdienst, den Diensten auf Länderebene und dem europäischen Waldbrandinformationssystem. Insofern war eigentlich

Auf Hausbrände ist die deutsche Feuerwehr gut vorbereitet. Doch bei Waldbränden braucht es ein Umdenken, fordert Experte Alexander Held



Alexander Held ist Forstwissenschaftler und Experte für Waldbrandbekämpfung am European Forest Institute

seit Wochen, mindestens aber seit Tagen, bekannt, was für eine Wetterlage auf uns zukommt. Genau die gleichen Bedingungen herrschten, als es 2017, 2018, 2022 und 2023 gebrannt hat. Da brauchte man kein Feuerökologe sein, um den Schluss zu ziehen, dass es wieder zu einem Feuer kom-

men könnte. Das Problem ist, dass wir wie das Kaninchen vor der Schlange auf den Tag X warten, der bei 40 Grad Celsius ein großes Feuer bringt. Dann bricht Panik aus, und wir geben bereitwillig Millionen von Euro aus, lassen die Hubschrauber fliegen und nehmen noch in Kauf, dass sich Einsatzkräfte verletzen, wie in der Gohrischheide mit zwei Schwerverletzten.

WELT: Welche Strategie schlagen Sie für Waldbrandprävention vor?
HELD: Von den Erfahrungen anderer Länder lernen und anfangen kontrollierte, geplante, milde Feuer zu legen. Bislang ist das noch ein Tabuthema in Deutschland. Aber weshalb warten wir bis August oder Juli, statt strategisch im März kleinere Pflegefeuer zu legen? So können wir den Wald mit homöopathischen Feuerdosen „impfen“. Im Sommer, wenn die Waldbrände kommen, ist die Landschaft sowie die Brennmaterialkontinuität schon aufgebrochen und die Feuer können sich nicht mehr so schnell ausbreiten. So könnten wir viel Geld sparen. Allein eine Stunde Flugzeit eines Löschhubschraubers kostet zwischen etwa 4000 bis 23.000 Euro. Das ist ohne die indirekten Kosten der Wartung oder auch Personal.

WELT: Was macht Waldbrände so herausfordernd und inwieweit sind die Feuerwehren in Deutschland schon darauf eingestellt?
HELD: Grundsätzlich ist unsere Feuerwehr sehr gut aufgestellt um Kellerbrände, brennende Autos, Chemieunfälle zu löschen – also für den Einsatz am statischen Objekt. Ein Waldbrand dagegen ist dynamisch, kann plötzlich mit dem Wind die Richtung wechseln, mal einschlagen und plötzlich aus einem Glutnest im Boden wieder aufstehen. Zudem ist es im Wald schwierig mit schwerem Gerät abseits der Wege vorzurücken. Besonders, wenn dort alte Munition liegt. So können wir zwar mit großen Einsatzwagen den Waldweg hoch- und runterfahren und den Wegrand nass spritzen. Aber bei 30 Prozent Luftfeuchtigkeit oder weniger verdunstet das rasch wieder. Zudem sind auch zunehmend die Tiefbrunnen erschöpft.

WELT: Inwieweit kann man die Waldbrände in Deutschland mit denen vergleichen, die wir zu Beginn des Jahres in Kalifornien gesehen haben?
HELD: Teilweise gut, teilweise nicht. In Kalifornien fehlt oft komplett die Feuchtigkeit, sodass anfallende Biomasse nicht wie bei uns kompostiert wird, sondern erst durch das Feuer wieder in den Nährstoffkreislauf gebracht wird. Insofern hat das Feuer dort eine andere natürliche Funktion als bei uns. Wenn nun in Kalifornien das Feuer gezielt unterdrückt wird, weil man überspitzt formuliert den Rauch nicht in der Stadt haben will, dann sammelt sich jede Menge Biomasse an. Bis irgendwann der Tag kommt, an dem alles in Flammen aufgeht, so wie zu Beginn des Jahres. In Deutschland haben wir teilweise eine ähnliche Situation an Stellen, wo beispielsweise der Borkenkäfer viel Totholz hinterlässt, welches dann aber nicht ausreichend abtransportiert wird. Hier gilt es eine Balance zwischen Waldbrandschutz einerseits und den berechtigten Forderungen nach einem gesunden Wald zu finden, zu dem auch Totholz als Teil des Nährstoffsystems gehört.

WELT: Wie können sich Hausbesitzer in einer Waldsiedlung vorbereiten, um ihr Haus und sich selbst besser vor Feuer zu schützen?

HELD: Wenn der Waldbrand doch mal eine Siedlung erreicht, kann sich die Feuerwehr kaum um 10 oder 15 Häuser gleichzeitig kümmern. Deshalb ist es sinnvoll zu fragen: Kann ein Waldbrand in meinen Garten und bis ans Haus laufen? Eine Hecke etwa kann als Zündschnur wirken. Ebenso Gartenzäune aus Holz, oder schlimmer noch gut abgelagerte Brennholzstapel an der Wand. Genauso kann Funkenflug ein Problem sein, der in eine Klimaanlage kommt oder Kiefernadeln in einer Dachrinne entzündet.

WELT: Muss die Kiefer, die möglicherweise neben dem Haus steht, weg – und darf ein solcher Baum überhaupt für den Brandschutz gefällt werden?
HELD: Stehen die Kiefern weit genug voneinander entfernt, kann das Feuer kaum von Baum zu Baum und dann aufs Haus springen. Habe ich aber eine Kiefernwüste, die vom Wald bis an mein Haus wächst, sollte die Kiefer am Haus lieber gehen. Eine Kastanie wäre mir schon lieber, die macht mehr Schatten und hält den Boden feuchter. Mit der Genehmigung den Baum im eigenen Garten zu fällen, kommt es darauf an, ob die Gemeinde eine Baumschutzverordnung hat. Wo es diese nicht gibt, kann jeder ab Herbst ohnehin einen Baum fällen. Und gibt es doch eine, dann ist Feuerschutz dennoch ein triftiger Grund, der auch bei jeder Baumschutzverordnung durchgehen sollte – zumindest um die Kiefer direkt am Haus zu fällen.

WELT: Was können die Menschen konkret tun, wenn das Feuer bereits vor ihrem Garten wütet?

HELD: Das Beste ist Prävention. Ansonsten können sie ihren Rasen grün und die Umgebung des Hauses feucht halten, indem sie den Rasensprenger laufen lassen. Die Feuerwehr sieht so etwas zwar nicht gern, aber im Zweifel kann ein eigenverantwortlicher Bürger auch mit dem Gartenschlauch ans Werk gehen.

WELT: Wie rasch erholen sich der Wald und Garten nach einem Feuer?

HELD: Grundsätzlich regenerieren sich Wald und Garten, das ist kein Problem für die Natur. Nur kann es lange dauern, die Zeit wollen wir Menschen uns selten nehmen. Wie lange, kommt sehr darauf an, wie lang das Feuer an einer Stelle bleibt. Wie stark es in den Boden reinbrennt und dort den Humus und die Mikroorganismen in Mitleidenschaft zieht. Das hängt von der Feuchtigkeit der Erde ab. Geht das Feuer einmal wie ein Rasenmäher drüber, kann das Grün schon nach wenigen Tagen wiederkommen. Langfristig ist das Problem eher, dass nach dem Brand auch andere, invasive Arten kommen können und die Natur nicht wieder in den Ursprungszustand zurückkehrt. Andererseits kann Artenverschiebung aber auch etwas Gutes sein, wenn sich dadurch etwa im Wald feuerresistente Pflanzen ansiedeln und es in Zukunft weniger brennt. Fachleute sprechen von einem resilienten Wald – so kann der Brand auch der Beginn einer guten Waldentwicklung sein.

Forscher fordern intensivere Jagd auf Waschbären

Die Räuber bedrohen heimische Vögel, Amphibien und Fledermäuse

Wissenschaftler der Goethe-Universität in Frankfurt sehen eine Gefährdung von einheimischen Tierarten wie Vögeln, Amphibien und Fledermäusen durch Waschbären. „Mit 1,6 bis zwei Millionen Tieren bedrohen die invasiven Räuber massiv heimische Arten“, teilte die Hochschule mit. Die Forscher der Universität und des Senckenberg Biodiversität und Klima Forschungszentrums mahnen, Artenschutz dürfe nicht der Sympathie für „possierliche“ Tiere geopfert werden.

Im Jagdjahr 2023/24 wurden in Deutschland 236.863 Waschbären geschossen. Zehn Jahre zuvor 2013/14 waren es nur 96.165. Das zeigt deutlich, wie stark die Tiere sich vermehren. Über Waschbären werde inzwischen viel berichtet, allerdings nicht immer wissenschaftlich fundiert. „Die öffentliche Wahrnehmung des Waschbären als charismatisches Wildtier wird den regionalen ökologischen Beeinträchtigungen dieser invasiven Art in Deutschland und Europa nicht gerecht“, sagte Sven Klimpel vom Verbundforschungsprojekt Zowiac.

„Waschbären sind doch einheimische Tiere“, ist laut Mitteilung einer der Mythen über die aus Nordamerika stammende Art. Auch zur Aussage „sie vermehren sich schneller, wenn man sie bejagt“ gebe es keinerlei geprüfte Daten. Waschbären wurden in Deutschland 1934 am Edersee in Hessen eingeführt. In Städten wie Kassel lebten nun mehr als 100 Tiere pro 100 Hektar, „das entspricht etwa einem Waschbär pro Fußballfeld und ist eine der höchsten Raubtierdichten Europas“. Studien belegen, dass Waschbären gezielt Brutstätten von Amphibien, Reptilien und bodenbrütenden Vögeln aufsuchen. In einer Art „Jagdrausch“ töteten sie oft ganze Gelege, die sie gar nicht verwerfen. „Wir dokumentieren einen dramatischen Rückgang sensibler Arten in Gebieten mit hoher Waschbär dichte“, heißt es.

Die Wissenschaftler fordern nun Bundesmittel für Managementpläne der Bundesländer und eine intensive Bejagung der Waschbären in Gebieten mit bedrohten Arten.

epd/wb



Possierliches Raubtier: der Waschbär

BÖRSEN-WELT:



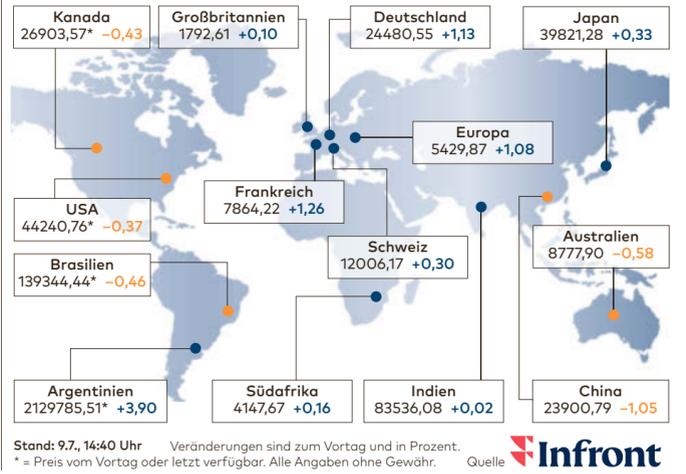
DAX

| 09.07. (14:40 Uhr) | Kurs in € | Veränderung Vortag in % | Tief | 12 Monate Vergleich | Hoch | Marktt. Mrd. € | Div. in € | Div. Rend. | KGW 2024 |
|--------------------|-----------|-------------------------|-------|---------------------|--------|----------------|-----------|------------|----------|
| Adidas | 210,80 | +0,9 | 175,3 | 263,8 | 379,4 | 2,00 | 0,95 | 59,89 | |
| Airbus SE | 182,70 | +2,0 | 124,7 | 182,9 | 144,75 | 3,00 | 1,64 | 34,28 | |
| Allianz SE | 356,10 | +1,5 | 238,3 | 378,5 | 137,51 | 15,40 | 4,32 | 14,48 | |
| BASF SE | 43,72 | +3,1 | 37,40 | 55,06 | 39,02 | 2,25 | 5,15 | 12,64 | |
| Bayer | 27,39 | +0,8 | 18,38 | 31,03 | 26,90 | 0,11 | 0,40 | 14,41 | |
| Beiersdorf | 109,35 | +0,5 | 105,4 | 139,2 | 27,12 | 1,00 | 0,91 | 24,85 | |
| BMW St. | 81,54 | +2,2 | 62,96 | 92,38 | 47,28 | 4,30 | 5,27 | 5,83 | |
| Brenntag SE | 57,20 | +1,3 | 51,70 | 68,92 | 8,26 | 2,10 | 3,67 | 12,12 | |
| Commerzbank | 29,77 | -0,7 | 12,12 | 30,74 | 35,27 | 0,65 | 2,18 | 16,09 | |
| Continental | 78,04 | +2,1 | 51,02 | 78,68 | 15,61 | 2,50 | 3,20 | 12,61 | |
| Daimler Tr. | 42,21 | +2,3 | 29,61 | 45,33 | 33,42 | 1,90 | 4,50 | 9,84 | |
| Dt. Bank | 25,64 | +2,6 | 12,27 | 26,10 | 49,94 | 0,68 | 2,65 | 17,09 | |
| Dt. Börse | 268,70 | -0,5 | 176,3 | 294,3 | 50,60 | 4,00 | 1,49 | 25,91 | |
| Dt. Post | 39,61 | +0,2 | 30,96 | 44,27 | 47,53 | 1,85 | 4,67 | 13,90 | |
| Dt. Telekom | 31,00 | -0,1 | 23,47 | 35,91 | 154,58 | 0,90 | 2,90 | 16,94 | |
| E.ON SE | 15,85 | +0,8 | 10,44 | 16,00 | 41,86 | 0,55 | 3,47 | 14,41 | |
| Fres.M.C. | 46,94 | +0,5 | 32,51 | 54,02 | 13,77 | 1,44 | 3,07 | 19,97 | |
| Fresenius SE | 42,39 | +1,0 | 28,65 | 44,40 | 19,41 | 1,00 | 2,36 | 22,43 | |
| Hann. Rück SE | 269,20 | +0,4 | 208,9 | 292,6 | 32,46 | 9,00 | 3,34 | 13,91 | |
| Heidelb. Mat. | 205,90 | +2,6 | 85,60 | 206,3 | 36,74 | 3,30 | 1,60 | 18,47 | |



| Kurs in € | Veränderung Vortag in % | Tief | 12 Monate Vergleich | Hoch | Marktt. Mrd. € | Div. in € | Div. Rend. | KGW 2024 |
|----------------|-------------------------|------|---------------------|--------|----------------|-----------|------------|----------|
| Henkel Vz. | 68,36 | +0,8 | 65,54 | 88,50 | 12,18 | 2,04 | 2,98 | 12,80 |
| Infineon Tech. | 37,94 | +0,3 | 23,17 | 39,43 | 49,55 | 0,35 | 0,92 | 19,97 |
| Mercedes Benz | 51,86 | +1,9 | 45,60 | 64,87 | 49,94 | 4,30 | 8,29 | 4,45 |
| Merck | 111,45 | -0,1 | 108,1 | 177,0 | 14,40 | 2,20 | 1,97 | 12,51 |
| MTU Aero | 383,80 | +0,8 | 244,0 | 386,8 | 20,66 | 2,20 | 0,57 | 29,59 |
| Münch. Rück | 575,60 | +1,1 | 421,7 | 615,8 | 75,20 | 20,00 | 3,47 | 12,43 |
| Porsche | 43,05 | -1,9 | 39,58 | 76,14 | 19,61 | 2,31 | 5,37 | 9,57 |
| Porsche Ho. SE | 34,03 | 0,0 | 30,46 | 43,68 | 5,21 | 1,91 | 5,61 | 2,22 |
| Qiagen | 40,94 | 0,0 | 34,24 | 47,36 | 9,10 | 0,21 | 0,52 | 19,04 |
| Rheinmetall | 184,00 | +0,7 | 143,5 | 194,40 | 80,28 | 8,10 | 0,44 | 84,74 |
| RWE | 35,88 | +1,5 | 27,76 | 36,72 | 26,69 | 1,10 | 3,07 | 13,05 |
| SAP SE | 264,45 | +0,1 | 176,7 | 283,5 | 324,88 | 2,35 | 0,89 | 59,29 |
| Sartorius Vz. | 220,50 | -0,8 | 166,1 | 292,0 | 8,26 | 0,74 | 0,34 | 53,52 |
| Siem. Energy | 91,96 | +0,5 | 22,06 | 99,10 | 73,50 | - | - | - |
| Siem. Health. | 47,38 | +1,0 | 41,21 | 58,48 | 53,44 | 0,95 | 2,01 | 21,44 |
| Siemens | 225,70 | +4,0 | 150,7 | 244,9 | 180,56 | 5,20 | 2,30 | 21,60 |
| Symrise | 90,84 | -0,1 | 88,56 | 125,0 | 12,70 | 1,20 | 1,32 | 27,95 |
| Vonovia SE | 28,34 | -0,6 | 24,03 | 33,93 | 23,68 | 1,22 | 4,30 | 14,17 |
| VW Vz. | 91,74 | +0,5 | 78,86 | 114,2 | 18,92 | 6,36 | 6,93 | 3,31 |
| Zalando SE | 28,46 | +0,6 | 20,90 | 40,08 | 7,51 | - | - | 33,88 |

INDIZES



Easyjets neue Masche mit dem Handgepäck

Die Billig-Airline bezahlt Mitarbeitern der Flughafenabfertigung für jedes zu große Gepäckstück eine Prämie. Die EU will das gerne exakt regulieren

Die Sorge reist mit beim Einsteigen ins Flugzeug. Wer häufiger mit Easyjet, Ryanair oder einem anderen Billigflieger unterwegs ist, kennt das unguete Gefühl: herausgewinkt zu werden, um nachzuweisen, dass der Rollkoffer oder die Reisetasche in ein kleines Metallgestell passen, das die maximale Größe für das Bordgepäck markiert. Stehen die Rollen über oder lässt sich die Tasche auch mit einigem Kraftaufwand nicht in den Rahmen stopfen, droht eine saftige Extrazahlung.

In Deutschland werden in diesem Fall 58 Euro fällig. Der Koffer oder die Tasche werden dann im Frachtraum untergebracht. Die Regeln für Fluggepäck sind gerade wieder in die Diskussion geraten. Ende Juni hat der Transportausschuss des Europäischen Parlaments vorgeschlagen, Flugreisen mit einheitlichen Maßen für das Handgepäck zu erleichtern. Ohne zusätzliche Gebühren sollen Passagiere ein persönliches Gepäckstück, etwa eine Handtasche, einen Rucksack oder einen Laptop mitführen dürfen. Dafür schlagen die Parlamentarier maximale Maße von 40 x 30 x 15 cm vor. Zusätzlich sollte ein kleines Handgepäckstück mit einem Gewicht von bis zu 7 Kilogramm an Bord erlaubt sein. Werden die Vorschläge umgesetzt, gelten sie für alle Reisen in die EU und Flüge innerhalb der Union.

Ryanair passte nach Bekanntwerden der Vorschläge die Maße für Bordgepäck, das unter dem Vordersitz verstaut werden muss, an. Noch gilt eine Obergrenze von 40 x 25 x 20 cm. In den kommenden Wochen wird sie auf 40 x 30 x 20 cm erhöht. Die Airlines wehren sich aber dagegen, zusätzliches kostenloses Handgepäck anzubieten. Für die daraus entstehenden Kosten müssten alle Passagiere aufkommen, egal ob sie mit oder ohne Koffer reisen, argumentieren Branchenvertreter. „EasyJet legt großen Wert darauf, dass unsere Abfertigungspartner unsere Bestimmungen korrekt und einheitlich anwenden, um allen unseren Kunden gerecht zu werden“, sagte ein Sprecher. „Unsere Gepäckrichtlinien und -optionen sind gut verständlich und wir informieren unsere Kunden bei der Buchung, vor ihrer Reise und auf der Bordkarte erneut über die Details und ihre gebuchten Handgepäckoptionen, sodass nur ein geringer Anteil unsere Passagiere, deren Gepäck nicht den Richtlinien entspricht, am Flughafen eine zusätzliche Gebühr entrichten muss.“

Beschäftigte in der Bodenabfertigung, zum Beispiel am Check-in oder am Gate, sind bei Drittanbietern angestellt. Je nach Flughafen arbeitet die Airline dabei mit unterschiedlichen Partnerunternehmen zusammen, die die Vergütung der Mitarbeiter direkt verwalten. Ein Swissport-Sprecher betonte, dass das Unternehmen die Richtlinien der Airline-Kunden im Rahmen der vertraglich vereinbarten Bedingungen für den Betrieb umsetze. „Wir arbeiten mit hoher Professionalität, und unser Fokus liegt auf der Durchführung eines sicheren und effizienten Flugbetriebs.“ Zu der Frage, ob auch in Deutschland finanzielle Anreize die Identifikation von zu großem oder zu schwerem Gepäck unterstreichen, äußerte er sich nicht.

Das Abfertigungspersonal ist sich der Probleme bewusst, die mit den Checks einhergehen. Die „Sunday Times“ zitierte einen ehemaligen Swissport-Angestellten, der anonym bleiben wollte. Er erläuterte, dass die Service-Mitarbeiter keine andere Wahl hätten, als zu kontrollieren. „Leute wegen zu großem Gepäck zu konfrontieren ist so ähnlich, wie Schwarzfahrer zu erwischen“, sagte er. „Man riskiert Beschimpfungen oder Schlimmeres – stell' Dir vor, Du hältst eine Gruppe Junges auf dem Weg zum Jungesellenabschied auf und sagst ihnen, dass sie mehr zahlen müssen, als ihre Tickets gekostet haben, nur um ihre Taschen im Frachtraum einzuchecken.“

Deutsche Autobauer holen auf

neu zugelassene E-Autos auf dem deutschen Markt, Anteil nach Hersteller-Ländern in Prozent



Quelle: EY, KBA

WELT

Das deutsche E-Auto-Paradox

Auf dem Papier explodieren die Zulassungszahlen der chinesischen Hersteller. Doch erst ein tiefer Blick in die Statistik offenbart die wahre Lage auf dem heimischen Markt für elektrische angetriebene Pkw

Die nackte Zahl klingt gewaltig: Um 272 Prozent konnten die chinesischen Marken ihren E-Auto-Absatz in Deutschland in der ersten Jahreshälfte ausbauen. Das zeigen Zahlen, die das Beratungsunternehmen EY auf Grundlage der Statistik des Kraftfahrtbundesamtes für WELT zusammengestellt hat. Und dennoch sagt Experte Jan Sieper, Partner Automotive bei EY-Parthenon: „Deutschland ist für die chinesischen Automarken ein schwieriger Markt. Zwar haben die Chinesen mit ihren neuen Elektroautos ein wettbewerbsfähiges Produktportfolio. Aber ihre Marktanteile sind gering, das Wachstum ist überschaubar.“

VON CHRISTOPH KAPALSCHINSKI

Der scheinbar paradoxe Widerspruch zeigt: Erst ein tiefer Blick in die Statistik offenbart die wahre Lage auf dem deutschen E-Auto-Markt. Und die ist vielschichtig. Die hohe Zuwachsrate für die chinesischen Marken resultiert zum einen aus dem niedrigen Zulassungsniveau, von denen die Autos aus Fernost starten. Zum anderen gehen die Zahlen derjenigen Marken, die zwar europäischen Ursprungs sind, aber zu chinesischen Konzernen gehören, deutlich zurück. Das sind im Wesentlichen die von Geely übernommene nordischen Marken Volvo und Polestar sowie die britische SAIC-Marke MG. Ihr Marktanteil ist deutlich gesunken. Unter dem Strich sinkt der Anteil der Chinesen am deutschen Markt daher sogar.

Zugleich zeigt die Statistik, dass die deutschen Hersteller deutlich an Marktanteilen gewinnen – und das von Jahr zu Jahr. Zuletzt war vor allem der Volkswagen-Konzern Treiber dieser Entwicklung. Auch BMW verkauft sich besser. Dabei erkämpfen die deutschen Anbieter vor allem vom E-Auto-Pionier Tesla Marktanteile zurück. Trotz neu anrollender überarbeiteter Mo-

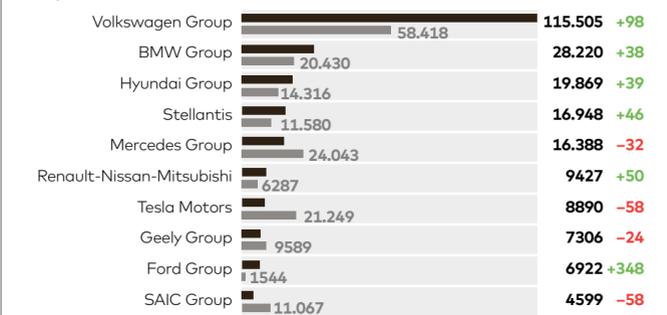
delle verliert der Konzern von Elon Musk stark an Stückzahlen. Das liegt wohl nicht nur daran, dass völlig neue Serienmodelle wie der Cybertruck nicht auf dem deutschen Markt zugelassen sind, sondern auch an Musks umstrittenen politischen Äußerungen.

Doch auch der Erfolg der deutschen Hersteller ist relativ. Im Vergleich zu 2023, als noch die Umweltpremie den Markt ankurbelte, seien die Neuzulassungen von Elektroautos in Deutschland gerade einmal um acht Prozent gestiegen, rechnen die EY-Experten vor. „Im Gesamtjahr 2025 werden sie vermutlich sogar unter dem Niveau von 2023 liegen“, warnt EY-Parthenon-Experte Constantin Gall. Dabei profitieren die deutschen Hersteller vor allem von der großzügigen staatlichen Förderung für Dienstwagen, die es in dieser Form in anderen Ländern nicht gibt. Deshalb gelingt es ihnen, mit den recht hochpreisigen E-Autos durchzudringen. Die Lücke bei kleineren Modellen füllt jedoch dazu, dass wesentliche Marktpotenziale nicht ausgeschöpft werden. „Die Neuzulassungen lagen im zweiten Quartal um 32 Prozent über dem Vorjahreswert. Aber es sind in erster Linie Gewerbetreibende, die Elektroautos kaufen – Privateutele bleiben in puncto Elektromobilität sehr zurückhaltend und bevorzugen nach wie vor eindeutig Verbrenner“, mahnt Experte Gall.

Bei E-Autos, die preislich für private Käufer attraktiv sind, holen ausländische Angreifer auf. Denn auf diesen Massenmarkt zielt traditionell der VW-Konzern – doch der hat bislang in dem Bereich nur Verbrenner im Angebot. Die Pendants zu den Verbrenner-Klassikern Polo und Up, der ID.2 (Arbeitstitel: ID.2All) und der ID.1 (Arbeitstitel: ID.Every1), sollen erst in den kommenden beiden Jahren für rund 25.000 und 20.000 Euro auf den Markt kommen. Schon jetzt gewinnen in dem Preissegment die als Stadtauto konzipierten Renault 5 und Hyundai Inster Freunde in Deutsch-

Tesla und Mercedes stürzen ab

Top-10 Konzerne 1. Hj. 2024 1. Hj. 2025 und Veränderung in %

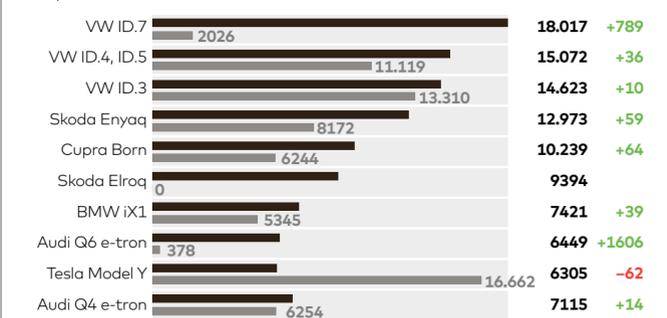


Quelle: EY, KBA

WELT

ID.7 vorn

Top-10 Modelle 1. Hj. 2024 1. Hj. 2025 und Veränderung in %



Quelle: EY, KBA

WELT

VON CLAUDIA WANNER

Durchgesickerte E-Mails machen deutlich, dass Flughafenpersonal an britischen Airports Prämienzahlungen erhält, wenn sie Passagiere der Fluggesellschaft EasyJet mit übermäßigem Handgepäck ausfindig machen. Mitarbeiter von Swissport, einem Dienstleister, der die Abfertigung an Flughäfen übernimmt, sind „berechtigt, 1,20 Pfund (1,39 Euro) für jedes Gepäckstück am Gate zu erhalten“, heißt es in der Nachricht, die an Personal an sieben Flughäfen im Vereinigten Königreich und auf den Kanalinseln verschickt wurde. Nach Steuern bleibt den Beschäftigten ein Pfund für jeden Koffer und jede Tasche, die sich als zu groß erweisen.

Auch ein anderer Airline-Dienstleister für die Abfertigung am Boden, DHL Supply Chain, zahlt Beträge für jedes gefundene Gepäckstück, das nicht den EasyJet-Regeln entspricht. Betroffen sind unter anderem die Flughäfen Birmingham, Bristol, Glasgow, London Gatwick, Manchester und Newcastle. Über entsprechende Vorgaben berichteten zunächst die „Sunday Times“ und die „Jersey Eve-

LEUTE WEGEN ZU GROSSEM GEPÄCK ZU KONFRONTIEREN IST SO ÄHNLICH, WIE SCHWARZFAHRER ZU ERWISCHEN

EHEMALIGER SWISSPORT-ANGESTELLTER

ning Post“. Die Zahlungen seien dafür gedacht, „Mitarbeiter zu belohnen, die das Richtige tun“, heißt es in der Nachricht, die das Programm „EasyJet Gate Bag Revenue Incentive“ erläutert. Als eine Zielvorgabe gelte die Politik aber nicht, die Erkenntnisse würden nicht zum Nachteil von Beschäftigten genutzt, stellt die E-Mail-Nachricht klar.

Wer mit Easyjet reist, kann kostenlos eine kleine Tasche mitnehmen, die unter dem Vordersitz verstaut werden muss. Für größeres Handgepäck, das in den Gepäckfächern über den Sitzen untergebracht wird, müssen Passagiere extra zahlen. Abhängig vom Flug kostet das mindestens 5,99 Pfund, oft jedoch deutlich mehr. Wird ein zu großes Gepäckstück am Gate entdeckt, müssen Reisende in Großbritannien 48 Pfund zahlen.

land. Der in Frankreich produzierte Renault 5 soll dabei eine moderne, elektrisch gedachte Interpretation des jahrzehntlang erfolgreichen schlichten gleichnamigen Kleinwagens sein.

Auch die Stellantis-Marke Opel ist erstmals mit E-Autos sichtbar. Auch hier dominieren kleinere Modelle wie der Corsa. Und neben Tesla, das in Deutschland allein mit dem Modell Y und dem Model 3 wesentlich, aber stark sinkende Stückzahlen realisiert, etabliert sich auch der Ford-Konzern mit den in Köln gebauten elektrischen Modellen, dem SUV Explorer und dem Sport-Crossover Capri. Die chinesischen Angreifer kommen dagegen teils nur auf homöopathische Zulassungszahlen. No etwa verkaufte im ersten Halbjahr nur 121 Wagen. Anders ist das bei BYD, das auf seinem Heimatmarkt die elektrische Marktführerschaft von VW geholt hat. BYD kommt bei sieben seiner Modelle jeweils auf dreistellige Absatzzahlen und addiert sich so auf 4544 Autos – ein Plus von 290 Prozent. Damit zieht BYD in die Top-10 der Konzerne ein. Allerdings zeigt die breite Streuung der Modelle von BYD auch, auf welche Hürden die Chinesen stoßen. Der Hersteller, der in seiner Heimat mit Überproduktion kämpft, hat ein komplexes Angebot auf dem deutschen Markt, erreicht aber ebenfalls vor allem gewerbliche Kunden. Das liegt auch daran, dass BYD noch keine starke Händlerstruktur in Europa hat.

„Die Importzölle stellen für die chinesischen Hersteller eine zusätzliche Barriere dar – und gleichzeitig werden die neuen geplanten Förderungen der Bundesregierung – Sonderabschreibung und Anhebung der Bemessungsgrenze für die steuerlichen Erleichterungen auf 100.000 Bruttolistenpreis – primär im ererblichen Bereich beziehungsweise bei Dienstwagen wirken, wo aber eher die deutschen Hersteller stark sind“, sagt Sieper. Schwer tut sich unter den deutschen Konzernen derzeit auch Mercedes. Das

dürfte auch daran liegen, dass Kunden auf neue Modelle wie den CLA warten. Das Modell aus dem Werk Rastatt in Baden-Württemberg ist das erste auf einer neuen, für die E-Mobilität entwickelten Plattform. Es soll mit dem Auslaufen der A-Klasse als Einstiegsmodell auch jüngere Kunden ansprechen.

Die Top-Seller im deutschen Markt kommen aktuell noch fast ausschließlich aus dem Volkswagen-Konzern. Der Konzern verkauft in etwa viermal so viele Autos wie die zweitplatzierte BMW-Gruppe und fast sechsmal so viel wie Hyundai samt einer Zweitmarke Kia. Die Chinesen finden sich in den Top-10 der Konzerne auf Platz acht mit Geely und Platz zehn mit SAIC, an dem Ford und der Konzernverbund Renault-Nissan-Mitsubishi vorbeiziehen. Das spiegelt sich in der Übersicht der beliebtesten Modelle. Hier setzt sich der ID.7 an die Spitze. Er ist das Pendant zum klassischen VW Passat. Abseits des Wolfsburger Konzerns schaffen es unter die Top-10 der beliebtesten Modelle nur der aufsteigende Kompakt-SUV BMW iX1 und der Absteiger, das Model Y von Tesla.

Der Erfolg der einzelnen Modelle spiegelt sich auch in den Top-10-Marken auf dem deutschen Markt wider. Mit Volkswagen, Skoda, Audi und Seat sind vier VW-Marken dabei. Tesla fällt auch den achten Platz. Opel und Ford rücken auf. Hyundai ist die einzige asiatische Marke in dem Feld. Trotz der Erfolge: Reine Elektroautos hatten im Juni 2025 laut Kraftfahrtbundesamt (KBA) nur gut 18 Prozent Anteil an allen Neuzulassungen. „Das zeigt sehr deutlich, dass wir immer noch weit entfernt sind von erhebliche Vorbehalte gegenüber Elektroautos“, meint EY-Parthenon-Experte Gall. Für einen echten Elektro-Boom brauche es wohl eine staatliche Förderung in Form einer Kaufprämie.

Treffen der „Geld-Elite“ versinkt im Chaos

Die Cashflow Conference wollte neue Maßstäbe für Finanzbildung setzen. Stattdessen gibt es Absagen von Rednern und leere Bühnen

Es war ein Versprechen in Superlativen. 8000 Gäste, 180 Speaker, vier Stages, 90 Deep Dives: Die Cashflow Conference in Frankfurt kündigte sich an wie der denglesche Urknall einer neuen Geld-Ära. Die Botschaft des Events: Wer finanziell unabhängig sein will, muss in sich selbst investieren – und im Zweifel auch bis zu 1600 Euro für eine Eintrittskarte.

VON LEA M. OETJEN

Schon im Vorfeld inszenierte sich die Veranstaltung als Treffpunkt einer Geld-Elite. Die Veranstalter wollten eine Generation erreichen, für die Freiheit eine finanzielle Frage ist – und die sich selbst verspricht, niemals im Hamsterrad alltäglicher Arbeit zu enden. Die Panels trugen Titel wie „Von Null auf Scheich“. Auf der Bühne standen Unternehmer, Influencer und Dubai-Experten. Viele präsentierten sich als Beweis dafür, dass man gar keinen Lebenslauf braucht, solange man ein Narrativ hat. Am besten eins, das bei null beginnt und wenig später bei siebenstelligen Umsätzen endet – oder halt bei Scheich. Aber: Während die Speaker auf der Bühne mit den gängigen Buzzwords nur um sich warfen, tauchten kritische Stimmen auf. In vielen persönlichen Gesprächen vor Ort, aber auch auf Social Media wurde spürbar, wie groß die Fallhöhe zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist.

Während den Veranstaltern Abzocke vorgeworfen wird, prangern Speaker vor allem die Organisation an. Es geht um nicht gezahlte Honorare, wenig Zuschauer und die Frage, ob die Veranstalter einfach zu viel wollen. WELT war am Samstag bei der Cashflow Conference, in Halle 5 auf dem Messegelände in Frankfurt, vor Ort. In Halle 5 reiht sich Stand an Stand. Besonders oft geht es um Immobilien, manchmal aber auch um Geldanlage und Krypto. Bei manchen Ausstellern ist die Einladung zu einer exklusiven Investment-Gruppe bei WhatsApp nur einen QR-Code entfernt. Das Programm beginnt um 9.40 Uhr mit dem Hinweis auf ein aktualisiertes Programm. Die renommiertesten Fachleute tauchten plötzlich nicht mehr auf, dafür reichten sich Redebeiträge etlicher Männer aneinander. Der Grund für das neue Programm findet sich auf LinkedIn, wo sich Börsenexperte Manuel Koch zu dem Event äußert. Er schreibt, dass er selbst für die Cashflow Conference angefragt wurde. Er habe die Einladung aber aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Ein Honorar hätte es nicht gegeben, dafür aber „Reichweite und ein tolles VIP-Networking-Event am Vorabend“, schreibt er in seinem Post. Eigene Fotos hätte er auch nicht machen dürfen, dafür aber Bilder der Fotografen nutzen können – zehn Fotos für 1700 Euro oder 30 Fotos für 2800 Euro.

Er schreibt: „Für mich war klar: Diese Konferenz will nur eines: Abzocken. Wer glaubt denn ernsthaft, dass ich auf eigene Kosten anreise und übernachtete, meine Reputation und Expertise bereitstelle und dann auch noch für Fotos bezahle, die ich dann über meine Reichweite möglichst weit in die Welt tragen soll? Ich habe sofort abgesagt.“ Etliche Kollegen pflichten ihm bei. Christian Röhl

wünscht sich eine „Signalwirkung auf alle, die für solche Events als potenzielle Speaker angesprochen werden oder die in sozialen Medien auf die Werbung für die doch sehr teuren Tickets stoßen“. Jessica Schwarzer schreibt: „Ich hatte zugesagt, aber dann ging einfach alles schief. Alle Absprachen waren angeblich aus Versehen, dann das nicht gebuchte Hotel“, zählte sie auf und erklärte, dass sie aufgrund der schlechten Organisation vorzeitig abgereist und nicht als Speakerin aufgetreten sei. Nach Informationen von WELT ist Jessica Schwarzer nicht die Einzige, die ihre Zusage zurückgenommen hat. Katharina Brunsendorf, Head of Content beim digitalen Finanzdienstleister Scalable Capital, soll aus ähnlichen Gründen abgesagt haben. Manuel Koch schreibt dazu: „Umso näher die Konferenz rückte, desto mehr Kollegen sahen die Themen und anderen Speaker. Eine Absage nach der anderen kam von den seriösen Teilnehmern.“ Die Organisation war auch im Rahmen des Events immer wieder Thema. Manche Speaker waren enttäuscht, wie wenig Zuschauer kamen. „Es ist so leer, dass der Hall wirklich enorm ist“, sagte eine Person, die einen Auftritt auf der Main Stage hatte. Hinzu kam Unzufriedenheit darüber, dass sich offenbar etliche Speaker auch Redebeiträge auf den Bühnen erkaufen konnten. Nach Informationen von WELT sollen dafür fünfstelligen Summen geflossen sein. Derweil sollen die Veranstalter andere Speaker aufgrund ihrer Reichweite angeboten und ihnen auch Honorar zugesichert haben, was letztlich aber nicht gezahlt wurde.

Ein wesentlicher Kritikpunkt war zudem die Besetzung bei den Speakern. Ein Kommentar bei LinkedIn fasst es wie folgt zusammen: „Ich finde unter den Speakern: Eine Person, die regelmäßig Desinformationen in die Welt schwurrt. Eine Person, die Journalisten bei kritischer Berichterstattung nachweislich einschüchtern und öffentlich angeht. Eine Person, die Bürgergeld als Volksdroge bezeichnet und damit Klicks macht. (...)“. Gleichzeitig gab es von anderen Gästen und Speakern nicht nur Lob, sondern auch Begeisterung für die Konferenz und die Arbeit der Veranstalter.

Zu dem Veranstalterteam gehört auch Tobias Claessens. Er ist Immobilien-Unternehmer und genießt in der Branche einen sehr guten Ruf. WELT hat mit ihm über die Vorwürfe gesprochen. Er sagt grundsätzlich: „Wir haben viel gelernt und nehmen einige Punkte mit, die wir künftig noch besser machen wollen.“ Er sei stolz darauf, was sein Team erreicht habe. „So ein Event mit dieser Größenordnung und in dieser Qualität auf die Beine zu stellen, ist eine riesige Herausforderung. Und natürlich war nicht alles perfekt“, gesteht er. Er habe vor allem positives Feedback bekommen, nehme das negative Feedback aber sehr ernst. Tobias Claessens bedauere es, dass nicht alles glattgelaufen sei und betont, dass die Fehler intern aufgearbeitet werden. Honorare seien aber nie zugesagt worden. „Unser Ansatz war immer: Du bekommst eine Bühne, wenn du zum Inhalt passt.“ Falls Missverständnisse entstanden seien, bitte er um Entschuldigung. Ebenso sei der Verkauf der Fotos ein Missverständnis gewesen.



Begleitet von Drohnen soll der neue Kampffjet FCAS ab 2040 wie in dieser Simulation unterwegs sein

Europas Kampffjet droht das Aus

Wohl kein Rüstungsvorhaben ist so aufwendig und teuer wie die Entwicklung eines eigenen Mehrzweck-Kampfflugzeugs. Die aktuellen Kampffjets der Luftwaffe wie auch der französischen Armée de l'air, Eurofighter und Dassault Rafale, wurden noch zu Zeiten des Kalten Krieges entwickelt, sie zählen zur sogenannten Generation Vier der Kampffjet-entwicklung.

VON BENEDIKT FUEST

Ihren Nachfolger, einen Jet der sechsten Generation, wollen Frankreich und Deutschland gemeinsam unter dem Namen „Future Combat Air System“ (FCAS) entwickeln. 2018 unterzeichneten beide Regierungen erste Absichtserklärungen. Doch derzeit ist die französische Industrie extrem unzufrieden mit der Aufteilung der Aufgaben. Die gleichberechtigte Entwicklung ist aus Sicht der Franzosen vom Tisch – stattdessen, so berichtete zuerst das Fachmagazin „Hartpunkt“, habe die französische Regierung eine unannehmbare Forderung nach Berlin geschickt: Paris will 80 Prozent des Projekts für sich reklamieren. Damit aber, so warnen deutsche Verteidigungspolitiker gegenüber WELT, wäre das Projekt „am Ende“.

Auf Anfrage von WELT sagte ein Sprecher des deutschen Verteidigungsministeriums, eine solche Forderung der Franzosen sei bislang nicht offiziell bekannt. Auf Anfrage wollte sich auch Airbus Defense nicht zu einer eventuellen Neuverhandlung äußern. Stattdessen betont der Konzern, man wolle an den mühsam ausgehandelten Verträgen mit den Franzosen festhalten: „Wie wir bereits mehrfach betont haben, stehen wir weiter zu FCAS, allen bisherigen Vereinbarungen und all dem, was damit für Europa verbunden ist“, so ein Konzernsprecher. Airbus warnt vor weiteren Verzögerungen: „Die kommenden Monate bis Jahresende werden entscheidend sein, damit wir zügig in eine tatsächliche Entwicklungsphase des Programms eintreten können. Angesichts der steigenden globalen Sicherheitsanforderungen, vor denen Europa steht, und dem Bedarf an souveränen Hightech-Waffensystemen ist das essenziell.“ Doch hinter den Kulissen brodelt es schon län-

Seit Jahren planen Deutschland und Frankreich den Bau des „Future Combat Air Systems“. Doch plötzlich fordern die Franzosen die Übernahme von 80 Prozent des Projektes. Deutsche Politiker lehnen das strikt ab

ger, das FCAS-Projekt droht zu scheitern. Die Geschichte könnte sich wiederholen – auch beim Eurofighter war Frankreich einst deutscher Entwicklungspartner und scherte dann früh aus, um ein eigenes Flugzeug zu entwickeln.

Beim FCAS ist eigentlich längst genau festgelegt, wer welche Entwicklungsanteile hat: Die französische Dassault Aviation sollte sich die Aufgabe mit der deutsch dominierten Airbus Defense – ehemals EADS – teilen, dabei sollten die Franzosen das Projekt der eigentlichen Kampfflugzeugentwicklung leiten. Ebenfalls beteiligt ist Spanien mit Indra Sistemas. Doch FCAS ist – wie jedes Programm der sechsten Generation – viel mehr als nur ein Flugzeug: Auf der sogenannten Fähigkeitsforderung der Auftraggeber steht ein ganzes Ökosystem aus Kampffjet, Begleitdrohnen, neuen Sensorsystemen, künstlicher Intelligenz zur Koordination des Luftgefechts sowie Wartungs- und Missionsplanungssystemen. Insbesondere bei der Begleitdrohnen-Komponente, dem sogenannten „Remote Carrier“, ist Frankreich bislang nicht führend beteiligt. Diese aber gewinnt angesichts der technologischen Entwicklung immer stärker an Bedeutung.

Schon jetzt ist der Zeitplan für das FCAS-Projekt sehr ambitioniert, bis 2040 sollen die ersten Flieger ausgeliefert werden. Doch Airbus und Dassault stritten nach dem Startschuss 2018 jahrelang

über die Verteilung der Aufgaben. Erst im Dezember 2022 konnten Frankreich, Deutschland und Spanien an Dassault Aviation, Airbus Defense sowie die spanischen Indra Sistemas den Auftrag für die erste weitreichende Entwicklungsphase inklusive Technologiekonzept und Gesamtdesign im Wert von 3,2 Milliarden Euro vergeben. Nun müsste schnell die Beauftragung der Industrie mit der Entwicklungsphase Zwei, dem Bau von Prototypen, folgen. Doch noch immer streiten sich beide Seiten über die Zuständigkeiten, die Entwicklung stockt. Auf der Paris Air Show 2025 Anfang Juni zeigte Dassault dasselbe Pappmachee-Modell des FCAS, das bereits 2019 dort gestanden hatte. Dassault-CEO Eric Trappier äußerte im Interview mit Bloomberg, Frankreich sei unzufrieden mit der Aufteilung der Aufgaben, die französische Industrie komme zu kurz. Insbesondere durch die Beteiligung Spaniens könne die französische Seite bei wichtigen Fragen überstimmt werden.

Ähnlich hatte er sich bereits zwei Monate zuvor im zuständigen Fachausschuss der französischen Nationalversammlung geäußert, und die französische Regierung um Unterstützung bei der Nachverhandlung für die kommende Phase Zwei gebeten. Der deutsche Airbus-Defence-CEO Michael Schoellhorn konterte prompt und warnte, dass der Streit mit Dassault über die nächste Phase von FCAS bis Jahresende gelöst werden müsse, damit das Vorhaben eine Chance auf Erfolg habe. Auch er bat die Politik um Unterstützung. Diese Unterstützung der eigenen Regierung aber scheint nun zunächst Dassault zu bekommen, mit einer Maximalforderung über 80 Prozent des Projekts in Richtung Berlin. Sollte Frankreichs Regierung sich tatsächlich hinter die Dassault-Position stellen, die Aufteilung der Zuständigkeiten noch einmal neu zu verhandeln, dann droht seitens der deutschen Seite die Komplet-Blockade.

Denn auch das deutsche Verteidigungsministerium war bereits in der Vergangenheit unglücklich mit der Verteilung der Aufgaben und warnte laut einem Bericht des „Spiegel“ intern bereits 2021, FCAS drohe zu einer wenig ambitionierten Rafale-Plus mit deutschen Haushaltsmitteln zu werden, die Innovationskraft von deutschen Partnern wie dem Triebwerksbauer MTU käme zu kurz. Entspre-

chend genervt reagieren die deutschen Parlamentarier, die die weiteren Mittel für das Projekt freigeben müssen, auf die Forderungen aus Paris: „Nachdem es klare Absprachen gibt, ist das ein völlig unbrauchbarer und destruktiver Vorschlag von französischer Seite“, kommentiert Volker Mayer-Lay, Berichterstatter Luftwaffe der CDU/CSU Bundestagsfraktion im Verteidigungsausschuss, gegenüber WELT. „Dass sich die französische Regierung nun hinter die Forderung von Dassault stellt, ist nicht akzeptabel. Sollte auf der Forderung beharrt werden, ist das Gemeinschaftsprojekt am Ende.“ Er sehe „dringenden Gesprächsbedarf“ auf Regierungsebene zwischen Berlin und Paris.

Auch die SPD fürchtet, die Forderung aus Paris könnte der „Sargnagel“ für das gemeinsame Projekt sein. Darauf könne sich Deutschland nicht einlassen, sagte der Berichterstatter der SPD für die Luftwaffe und FCAS im Verteidigungsausschuss des Bundestages, Christoph Schmid, zu „Hartpunkt“. Ähnlich äußerte sich der verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Thomas Erndl: „Als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt müssen wir bei einer zukunftsgerichteten Schlüsseltechnologie wie des militärischen Flugzeugbaus auch zukünftig eine starke Position haben“, so Erndl gegenüber WELT. „Die Rolle eines weiter reduzierten Juniorpartners bei der Entwicklung des neuen Kampfflugzeuges entspricht weder unseren nationalen Ambitionen noch den deutschen industriellen Fähigkeiten.“

Die Bundeswehr benötige zeitnah Kampfflugzeuge der sechsten Generation. „Deswegen können wir nicht Jahre für endlose weitere Diskussionen zwischen den Projektpartnern verlieren.“ Erndl bringt deswegen ebenfalls den Abbruch ins Gespräch – und verweist auf Alternativen: Die britische BAE-Systems und die italienische Leonardo, einst die beiden wichtigsten deutschen Partner bei der gemeinsamen Entwicklung des Eurofighters, arbeiten beim Projekt „Global Combat Air Programme“ zusammen mit der japanischen Mitsubishi an einem eigenen Kampffjet der sechsten Generation namens Tempest. Sollte Dassault auf seiner 80-Prozent-Forderung beharren, dann könnte ein deutscher Einstieg bei „Tempest“ die günstigere Alternative sein.

Unterschätzte Stärke der Babyboomer-Generation

Deutschland fehlen bis zum Jahr 2027 mehr als 700.000 Fachkräfte. Unternehmen suchen zunehmend gut ausgebildete ältere Arbeitnehmer

Viel Zeit, wählerisch zu sein, bleibt Politik und Wirtschaft nicht mehr. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln könnten Deutschland bis 2027 rund 728.000 Fachkräfte fehlen. Und bereits jetzt zeigt sich: Die Bundesrepublik bleibt in ihrer Definition dessen, wer dem Problem begegnen soll, erstaunlich vage. So listet die Bundesagentur für Arbeit unter der Rubrik „Welche Arbeitskräfte sucht Deutschland“ nicht mehr konkret auf, welche Berufe besonders gefragt sind.

VON FELIX SEIFERT

Stattdessen geht es in erster Linie um Voraussetzungen für die Einreise. Wer einen Hochschulabschluss oder eine zweijährige Berufsausbildung nachweisen kann, gilt laut Website bereits als Fachkraft. Verlinkt ist dort das ak-

tuelle Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Später heißt es, gesucht würden etwa „Green Jobs, Pflegefachkräfte, Ärzte, Ingenieure, IT-Spezialisten, Neurowissenschaftler“. Auch Handwerks- und Transportberufe sind näher aufgeführt. Dass gezielte Zuwanderung ein zentrales Mittel gegen den Fachkräftemangel ist, darüber besteht ein Konsens. Doch gerade hier zeigt sich eine wachsende Diskrepanz: Während öffentliche Stellen zunehmend vage bleiben, wen sie eigentlich ins Land holen wollen, wissen viele Unternehmen sehr genau, welche Qualifikationen sie benötigen – und die decken sich nur noch bedingt mit den offiziellen Zielen. Aktuelle Umfragen zeigen, dass die Vorstellungen stärker auseinandergehen als bisher angenommen.

Hinzu kommt: Die demografische Entwicklung verschärft den Druck zusätzlich. Laut des Statistischen Bun-

desamts wird sich eine stabile Zahl der 20- bis 66-Jährigen nur halten lassen, wenn gleichzeitig die Nettozuwanderung steigt und mehr Kinder geboren werden. Gelingt das nicht, droht der Arbeitsmarkt bis 2070 zu schrumpfen – um mehr als 20 Prozent.

Angesichts dieser Herausforderungen suchen Unternehmen daher nach Lösungen, die sie kurzfristig selbst umsetzen können – und entdecken dabei eine bisher unterschätzte Ressource: ältere Beschäftigte. Das zeigt eine repräsentative Umfrage des Personaldienstleisters Hays unter 500 Firmenchefs. Viele von ihnen setzen angesichts unbesetzter Stellen verstärkt auf ältere Fachkräfte. Und zwar gerade, weil diese Qualifikationen bieten, die in der heutigen Arbeitswelt zunehmend gefragt sein könnten. Etwa „Krisenerfahrung und Know-how“, wie es in der Umfrage heißt. 53 Prozent der befragten Füh-

runkskräfte sagten außerdem, dass eine langjährige Berufserfahrung ältere Arbeitnehmer attraktiv mache. 36 Prozent zeigten vor allem die Zuverlässigkeit der Boomer-Generation.

Gleichzeitig zeigt sich, dass es der jungen Generation zunehmend schwerfällt, die Anforderungen der Unternehmen zu erfüllen. Ökonomen warnen schon länger davor, dass die geforderten und die tatsächlichen Qualifikationen der Bewerber auseinanderdriften. Das spiegelt sich auch in der Statistik: Rund 73.000 Ausbildungsplätze blieben im Jahr 2024 nach Schätzungen des IW unbesetzt. Und das, obwohl es nicht an Bewerber mangelte.

Die Kölner Wirtschaftsforscher schreiben: „In den letzten Jahren hat sich das Phänomen verstärkt, dass gleichzeitig Ausbildungsplätze unbesetzt geblieben und junge Menschen bei der Suche nach einem Ausbildungs-

platz leer ausgegangen sind.“ Was Unternehmen jetzt besonders beschäftigt: Das Personal, das aktuell eingestellt wird, spielt eine Schlüsselrolle für den nächsten wirtschaftlichen Aufschwung.

Darauf weist etwa die Industrie- und Handelskammer (IHK) Stuttgart hin. In einem Beispiel nennt sie ein mittelständisches Unternehmen aus Baden-Württemberg, das seine Belegschaft als „wichtigsten Wettbewerbsvorteil“ betrachtet – und bewusst auf erfahrene Mitarbeiter setzt. Das Fazit der Kammer: „Wer ältere Beschäftigte nur als ‚altes Eisen‘ betrachtet, verschenkt Potenzial.“

Auch in der Politik scheint man darauf inzwischen zu reagieren. Ein Vergleich aktueller Konzepte mit einem Maßnahmenkatalog aus dem Jahr 2014 zeigt, dass die Zielrichtungen zwar ähnlich bleiben – darunter etwa die „Aktivierung und Beschäftigungssicherung“,

„bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, „Bildungschancen für alle“, „Qualifizierung“ sowie „Integration und qualifizierte Zuwanderung“.

Doch die Prioritäten haben sich verschoben. So plant die Bundesregierung unter anderem mit der sogenannten „Aktivrente“, älteren Menschen den Verbleib im Job zu erleichtern. Wer im Rentenalter weiterarbeitet, soll künftig steuerfrei bis zu 2000 Euro hinzuverdienen können. Für viele Unternehmen kommt das gelegen: Bereits 24 Prozent der befragten Betriebe sehen laut Hays „keine Nachteile“ beim Einsatz älterer Beschäftigter.

Auch bei den Betroffenen selbst stoßen die politischen Pläne offenbar auf Zustimmung. Laut Personaldienstleister Hays schätzen 37 Prozent der über 60-Jährigen, dass sie „keine Einschränkungen in ihrer Leistungsfähigkeit oder Integration“ erleben.



Mercedes-Benz

MACHT JEDE STRASSE ZUM LAUFSTEG.

Der neue vollelektrische CLA mit seiner auffälligen Designlinie ist ein echtes Laufsteg-Model. Und smart noch dazu. Die neue MB.OS-Software mit künstlicher Intelligenz und vielen intuitiven Assistenzsystemen macht ihn zum intelligentesten Mercedes-Benz aller Zeiten.

Eine Klasse für sich.



Commerzbank-Übernahme rückt näher

Die Unicredit stockt ihre Beteiligung auf und überholt damit den Bund als bislang größten Aktionär

Zuletzt schien das Szenario einer Commerzbank-Übernahme in weite Ferne gerückt, nun folgt die spektakuläre Wende: Die italienische Unicredit steigt zum größten Aktionär der Commerzbank vor dem deutschen Staat auf und zieht einmal mehr den Ärger der zweitgrößten deutschen Privatbank auf sich.

Zuvor hatte die Mailänder Unicredit mitgeteilt, dass sie ihre direkte Aktienbeteiligung an der Commerzbank und damit ihre Stimmrechte von knapp unter 10 Prozent auf rund 20 Prozent verdoppelt hat.

Die Unicredit, die bereits über die Münchner Hypovereinsbank (HVB) in Deutschland präsent ist, will nicht nachlassen: Die weiteren rund 9 Prozent, auf die die Großbank über Finanzinstrumente Zugriff hat, will sie nach eigenen Angaben „zu gegebener Zeit“ ebenfalls in Aktien umwandeln.

Die Italiener waren im September nach dem Teilausstieg des Bundes im großen Stil bei der Commerzbank eingestiegen und hatten sich direkt über Aktien und indirekt über Finanzinstrumente Zugriff auf einen großen Commerzbank-Anteil gesichert.

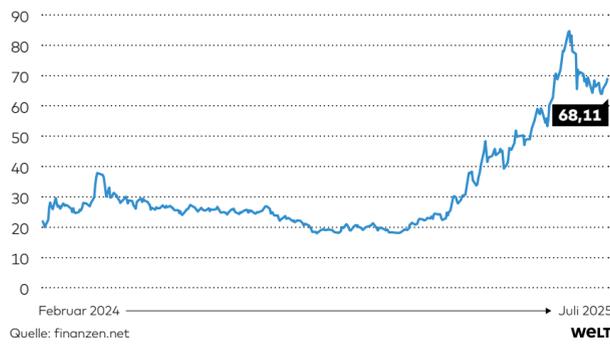
Auf diese Aktien setzten die Deutschen

Wertentwicklung 2025 auf Eurobasis in Prozent

Table with columns: Aktie, Branche, Wertentwicklung 2025 auf Eurobasis in Prozent. Includes Rheinmetall (+195,3%), Nvidia (+4,6%), Renk Group (-10,3%), Amazon (+196,6%), Hensoldt (+26,5%), Apple (-37,4%), Tesla (+3,6%), Microsoft (-28,1%), Novo Nordisk (+54,0%), Deutsche Bank (WELT).

Renk Group

Aktienkurs in Euro



Die neuen Aktien der Deutschen

Deutsche Aktien sind zurück. Der Dax, der Deutsche Aktienindex, hat in diesem Jahr bisher besser abgeschnitten als fast alle anderen Börsenbarometer, jetzt sind auch Einzeltitel aus der Heimat bei den hiesigen Anlegern wieder gefragt.

VON DANIEL ECKERT

US-Titel sind auch weiterhin beliebt – aber nicht mehr allein. Das zeigt eine Umfrage von WELT unter den führenden Finanzdienstleistern, bei denen die meisten Depot geführt werden. Neu ist, dass deutsche Aktien jetzt auch bei den jungen Wertpapierverwaltern, die hauptsächlich über die Handy-App genutzt werden, zu den Anleger-Favoriten zählen.

Bei den Berlinern wird das Ranking der meistgekauften Aktien auch im ersten Halbjahr von einem US-Titel angeführt, dem des Chipentwicklers Nvidia, der vor allem für seine Anwendungen rund um die Künstliche Intelligenz (KI) berühmt geworden ist.

Die glorreichen sieben Tech-Ikonen sind aus Sicht von Privatanlegern nicht mehr alternativlos. Zahlen von Trade Republic und Scalable zeigen, dass ihre Kunden verstärkt heimische Aktien ordern

Die glorreichen sieben Tech-Ikonen sind aus Sicht von Privatanlegern nicht mehr alternativlos. Zahlen von Trade Republic und Scalable zeigen, dass ihre Kunden verstärkt heimische Aktien ordern

Die glorreichen sieben Tech-Ikonen sind aus Sicht von Privatanlegern nicht mehr alternativlos. Zahlen von Trade Republic und Scalable zeigen, dass ihre Kunden verstärkt heimische Aktien ordern

zugung bekannter Namen aus der Heimat. Bei Consors vor Rheinmetall im ersten Halbjahr gemessen am Kaufvolumen eine noch beliebtere Aktie als Nvidia. Insgesamt waren in dem Zeitraum sieben der zehn Anleger-Favoriten deutsche Titel, neben Rheinmetall waren das Renk, Allianz, Deutsche Bank, Hensoldt, Siemens Energy und Thyssenkrupp.

Ein Grund für die Wiederentdeckung deutscher Aktien durch die Anleger dürfte in der fulminant guten Wertentwicklung liegen. Das Paradebeispiel ist Renk. Der Börsenwert des Getriebespezialisten, der zum Beispiel die Antriebssysteme für Panzer und Marineschiffe liefert, hat sich im ersten Halbjahr beinahe vervierfacht.

Bei Direktbanken, die schon etwas länger als Markt sind, ist der Trend zu deutschen Titeln noch ausgeprägter. Hier gab schon früher einen gewissen „home bias“, also die Bevor-

Von den beliebten US-Technologieaktien brachte es im ersten Halbjahr kaum eine auf eine ähnlich gute Entwicklung. Die Bilanz der „Glorreichen Sieben“, der sieben großen Technologiefirmen sieht eher durchwachsen aus. Am schlechtesten schnitt von Januar bis Juni der E-Autobauer Tesla ab.

Auch Musks wechselnde politische Aussagen – zuerst pro Trump, dann gegen dessen Schuldenpolitik – verunsicherten die Anleger. Aktuell steht die Tesla-Aktie auf Euro-Basis um 37 Prozent niedriger als Ende 2024, wobei die im vierten Quartal 2024 eine Hausse erlebt hatte, also stark gelaufen war.

Während die Google-Mutter Alphabet an der Börse ins Minus rutschte, notiert der Facebook-, Instagram- und WhatsApp-Betreiber Meta 2025

auf Euro-Basis meist im Plus. Eine Sonderstellung bildet 2025 der Münchener Neobroker Scalable Capital, dessen Kunden im ersten Halbjahr ganz andere Präferenzen zeigten als die anderer Häuser. Den Scalable-Angaben zufolge konzentrierten die Kunden im großen Stil auf die „Glorreichen Sieben“.

Auch Microsoft und die Datenanalysefirma Palantir Technologies schafften es bei Scalable auf Platzierungen noch vor Rheinmetall, die hier relativ spät auftauchten. So zeigen die Favoriten der Scalable-Kunden, dass die US-Dickschiffe keineswegs abgemeldet sind.

Den größten Rückschlag musste die dänische Firma Novo Nordisk hinnehmen. Im Jahr 2024 gehört der Pharmaspezialist, der für seine Diabetes- und Abnehmmedikamente bekannt wurde, noch zu den Favoriten der Anleger. Kurz vor Weihnachten 2024 schockten die Dänen jedoch mit einer Prognosesenkung.

Interessant ist auch eine gewisse Präferenz der Kunden von Trade Republic für chinesische Unternehmen. Kunden des Berliner Neobrokers kauften zwischen Januar und Juni im großen Stil Aktien beziehungsweise Hinterlegungsscheine von BYD und Xiaomi.

Veröffentlichung der Anteilspreise von Qualitätsfonds – mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH

09.07.25 Währung ISIN Rücken 3J. Perf.

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)

.Deka Investments logo and contact information: Tel.: 069 / 7147-652 www.deka.de

Table of Deka funds including DBA ausgewogen*, DBA dynamisch*, DBA konservativ*, etc.

Metzler Asset Management GmbH

Table of Metzler funds including RWS-AktienNachh*, ODDO BHF Asset Management, etc.

ÖKOWORLD logo and contact information: Telefon +49 2103 28410

Table of Ökoverseer funds including ÖkoVision Classic, Klima, Water For Life C, etc.

Union Investment logo and contact information: Tel.: 069 58998-6040

Table of Union Investment funds including PrivatFonds: Nachh*, UniESG Aktien D nA*, etc.

Table of Alte Leipziger Trust funds including AL Trust Stab.*, AL Trust Wachstum*, etc.

Table of C&P Funds (Creutz & Partners) including C&P Funds Classi*, C&P Funds Deta*, etc.

Table of Commerz Real funds including hausinvest, DAVIS VON SICAV, etc.

.Deka Investments logo and contact information: Tel.: 069 / 7147-652 www.deka.de

Large table of Deka funds including AridEko CF*, BasisStrat Flex CF*, BerolInRent Deka*, etc.

Table of Deka International (Lux) funds including 1822 Str.Champ.PI*, 1822 Str.Chance*, etc.

Table of Deka-Vermögensmanagement GmbH funds including Deka-BaAZSt off 25*, Deka-PfSel auge*, etc.

Table of Deka-Vermögensmanagement GmbH funds including Deka-PfSel moderat*, Deka-Struk.SChance*, etc.

Table of Deka-Vermögensmanagement GmbH funds including Deka-Struk.SChance*, Deka-Struk.SChance*, etc.

Table of Deka-Vermögensmanagement GmbH funds including Deka-Struk.SChance*, Deka-Struk.SChance*, etc.

Table of Deka-Vermögensmanagement GmbH funds including Deka-Struk.SChance*, Deka-Struk.SChance*, etc.

Table of Deka-Vermögensmanagement GmbH funds including Deka-Struk.SChance*, Deka-Struk.SChance*, etc.

Table of Deka-Vermögensmanagement GmbH funds including Deka-Struk.SChance*, Deka-Struk.SChance*, etc.

Table of Deka-Vermögensmanagement GmbH funds including Deka-Struk.SChance*, Deka-Struk.SChance*, etc.

Table of Deka-Vermögensmanagement GmbH funds including Deka-Struk.SChance*, Deka-Struk.SChance*, etc.

Table of Deka-Vermögensmanagement GmbH funds including Deka-Struk.SChance*, Deka-Struk.SChance*, etc.

Table of Deka-Vermögensmanagement GmbH funds including Deka-Struk.SChance*, Deka-Struk.SChance*, etc.

Table of Deka-Vermögensmanagement GmbH funds including Deka-Struk.SChance*, Deka-Struk.SChance*, etc.

Table of DWS Offens Immobilienfonds including grundb. europa IG*, grundb. europa RC*, etc.

Table of DWS Offens Immobilienfonds including Gutmann Kapitalanlage, Arete PRI VAL Grow, etc.

Table of DWS Offens Immobilienfonds including ERBA Invest Op, HAL Europ SmCap Eq*, etc.

Table of DWS Offens Immobilienfonds including Hwb Alex.Str.Pf R*, Hwb Alex.Str.Pf V*, etc.

Table of DWS Offens Immobilienfonds including Hwb Alex.Str.Pf R*, Hwb Alex.Str.Pf V*, etc.

Table of DWS Offens Immobilienfonds including Hwb Alex.Str.Pf R*, Hwb Alex.Str.Pf V*, etc.

Table of DWS Offens Immobilienfonds including Hwb Alex.Str.Pf R*, Hwb Alex.Str.Pf V*, etc.

Table of DWS Offens Immobilienfonds including Hwb Alex.Str.Pf R*, Hwb Alex.Str.Pf V*, etc.

Table of DWS Offens Immobilienfonds including Hwb Alex.Str.Pf R*, Hwb Alex.Str.Pf V*, etc.

Table of DWS Offens Immobilienfonds including Hwb Alex.Str.Pf R*, Hwb Alex.Str.Pf V*, etc.

Table of DWS Offens Immobilienfonds including Hwb Alex.Str.Pf R*, Hwb Alex.Str.Pf V*, etc.

Table of DWS Offens Immobilienfonds including Hwb Alex.Str.Pf R*, Hwb Alex.Str.Pf V*, etc.

Table of IPConcept (Luxembourg) S.A. funds including ME Fonds PERGAMONF*, ME Fonds Special V*, etc.

Table of LRI Invest S.A. funds including ALTS Bal Value*, ALTS Global Res*, etc.

Table of LRI Invest S.A. funds including ALTS Global Res*, NW Global Strategy*, etc.

Table of LRI Invest S.A. funds including ALTS Global Res*, NW Global Strategy*, etc.

Table of LRI Invest S.A. funds including ALTS Global Res*, NW Global Strategy*, etc.

Table of LRI Invest S.A. funds including ALTS Global Res*, NW Global Strategy*, etc.

Table of LRI Invest S.A. funds including ALTS Global Res*, NW Global Strategy*, etc.

Table of LRI Invest S.A. funds including ALTS Global Res*, NW Global Strategy*, etc.

Table of LRI Invest S.A. funds including ALTS Global Res*, NW Global Strategy*, etc.

Table of LRI Invest S.A. funds including ALTS Global Res*, NW Global Strategy*, etc.

Table of LRI Invest S.A. funds including ALTS Global Res*, NW Global Strategy*, etc.

Table of LRI Invest S.A. funds including ALTS Global Res*, NW Global Strategy*, etc.

ANZEIGENSONDERVERÖFFENTLICHUNG

Table of Union Investment Luxembourg funds including PrivFdKonseq.pro*, UniAsia Pac.net*, etc.

Table of Union Investment Luxembourg funds including UniAusschi.net.A*, UniAusschüttung A*, etc.

Table of Union Investment Luxembourg funds including UniDividAss.net.A*, UniDividAss.net.A*, etc.

Table of Union Investment Luxembourg funds including UniDynam.Gl.A*, UniEMGlobal*, etc.

Table of Union Investment Luxembourg funds including UniEurKap Corp.A*, UniEurKap.Co.net.A*, etc.

Table of Union Investment Luxembourg funds including UniEuroPac*, UniGlobal Div.A*, etc.

Table of Union Investment Luxembourg funds including UniIndustrie 4.0A*, UniOptiA*, etc.

Table of Union Investment Luxembourg funds including UniSec. BioPha*, UniSec. High Tech*, etc.

Table of Union Investment Luxembourg funds including UniStruktur*, UniViv. Global A*, etc.

Table of Union Investment Luxembourg funds including UniInmillmo:Europa*, UniInmillmo:Global*, etc.

Table of Union Investment Luxembourg funds including UniInmillmo:Europa*, UniInmillmo:Global*, etc.

Table of Union Investment Luxembourg funds including UniInmillmo:Europa*, UniInmillmo:Global*, etc.

WELT ALLES AUF AKTIEN DER TÄGLICHE BÖRSEN-SHOT. Includes logo, QR code, and text: Mehr als ein Podcast: Alles auf Aktien auch als Newsletter & im Web welt.de/alles-auf-aktien

* Fondspreise etc. vom Vortag oder letzter verfügbar. Währung: € = Euro, \$ = US-Dollar, ¥ = Yen, £ = Britisches Pfund, CH = Schweizer Franken, Pl = Polnischer Zloty.

Infront Funds Service logo and contact information: +49 69 26095760 fundservice@infrontfinance.com

Red Bull trennt sich von Teamchef Horner

Rennstall holt Franzosen mit Ferrari-Erfahrung

Das Formel-1-Weltmeisterteam Red Bull trennt sich mit sofortiger Wirkung von Teamchef Christian Horner. Der 51 Jahre alte Brit wird beim Rennstall von Vierfach-Champion Max Verstappen durch den Franzosen Laurent Mekies ersetzt. Mekies (48) war bisher Teamchef beim Schweser-Rennstall Racing Bulls.

Horners Vertrag als Teamchef lief eigentlich noch bis ins Jahr 2030. Über eine Auflösung des Kontrakts werde derzeit verhandelt, hatte die „Bild“ am Morgen berichtet. Horner war bei Red Bull seit einer Affäre um angeblich unangemessenen Umgang mit einer Mitarbeiterin schon seit dem Vorjahr nicht mehr unumstritten.

Die sportliche Krise der jüngsten Monate erhöhte den Druck auf Horner, der das Team in den vergangenen 20 Jahren führte. Schon in der Vorsaison gelang nur noch mit Mühe der nächste Titelgewinn mit Serien-Weltmeister Verstappen. In diesem Jahr konnte der Niederländer nur zwei der zwölf Saisonläufe gewinnen, die Konkurrenz von McLaren ist zumeist überlegen. Dies führte auch zu Spekulationen um einen vorzeitigen Abschied von Verstappen.

Inmitten dieser Situation sollte sich Horner Medien zufolge in diesen Tagen vor der Konzernspitze erklären. Laut „Bild“ hat Red-Bull-Geschäftsführer Oliver Mintzlaff nun die Entscheidung für eine Trennung von Horner getroffen.

Der frühere Rennfahrer war im Jahr 2005 von Red-Bull-Mitgründer Dietrich Mateschitz zum damals jüngsten Teamchef der Formel 1 befördert worden. Horner formte den einstigen Party-Rennstall zu einer Erfolgsmaschine. Mit dem deutschen Piloten Sebastian Vettel gewann Red Bull seine ersten Titel. Mit Verstappen folgte die nächste WM-Serie.

Doch nach dem Abschied von Design-Genie Adrian Newey und dem Tod von Mateschitz lief es zuletzt nicht mehr wie gewünscht bei Red Bull. Horners Position war zusätzlich durch den Ärger um die Vorwürfe einer Mitarbeiterin geschwächt, die sich vom Teamchef unangemessen behandelt fühlte. Horner wurde zwar bei einer internen Untersuchung freigesprochen. Die Sache soll jedoch im nächsten Jahr noch vor Gericht gehen.

Nachfolger Mekies führte bislang das Team Racing Bulls erfolgreich und wird nun befördert. Der Franzose verfügt über viel Erfahrung in der Motorsport-Königsklasse und arbeitete von 2018 bis 2023 als Sportdirektor bei Ferrari.

Zuvor war er auch schon in verschiedenen Funktionen beim internationalen Automobilverband Fia tätig und agierte dort unter anderem als stellvertretender Rennleiter für die Formel-1-Läufe. Mekies verfügt auch über langjährige Erfahrung als Motorsportingenieur. dpa



Herbert Hainer (71), hier bei der Hauptversammlung, ist seit 2019 Präsident des FC Bayern

„Das wollen und müssen wir zurückdrehen“

Bayern-Präsident Herbert Hainer sind die hohen Gehälter im Team ein Dorn im Auge. Gleichwohl soll die Mannschaft gezielt verstärkt werden

Der FC Bayern steht nach dem Ausscheiden bei der Klub-WM vor Herausforderungen, insbesondere durch die Verletzung von Jamal Musiala, welche die Transferpläne des Vereins beeinflusst. Präsident Herbert Hainer erklärt, was ihm nun geboten erscheint.

VON TOBIAS ALTSCHÄFFL, CHRISTIAN FALKUND MICHEL SCHRÖER

Herr Hainer, die Klub-WM endete im Viertelfinale und mit der Verletzung von Jamal Musiala. Wie wird der FC Bayern ihm zur Seite stehen – und wie beeinflusst das die Transferpläne?

HERBERT HAINER: Das war natürlich ein ungeheuer bitterer Tag, für Jamal und uns alle. Er kam gerade erst aus einer Verletzung und wird jetzt wieder lange ausfallen. Das überschattet alles. Wir werden alles unternehmen, um ihn auf seinem Weg zu unterstützen – medizinisch und was auch immer er benötigt. Zum Transfermarkt: Unsere sportliche Leitung hat eine klare Zielsetzung, wie wir unseren Kader weiter verstärken. Diesen Plänen gehen wir konsequent nach.

Wie kann Thomas Müller ersetzt werden?

HAINER: Einen Thomas Müller 1:1 zu ersetzen, das ist nicht möglich – auf wie neben dem Platz, weil seine Karriere und sein Charakter einmalig sind. Seine Art und Weise zu spielen ist wie sein Auftreten nicht kopierbar – ein Bayern-Spieler mit Herz und Seele. Aber es geht weiter: Jetzt müssen eben andere Verantwortung übernehmen.

An wen denken Sie?

HAINER: Joshua Kimmich mit seinem unbändigen Siegeswillen, er ist die personalisierte Bayern-DNA. Junge Spieler aus unserem Campus wie Jamal, Aleksandar Pavlovic, Josip Stanisic. Mit Jonathan Tah haben wir einen Leader aus Leverkusen bekommen. Es wird anders sein, aber wir werden neue Führungsfiguren haben, die sich herauschälen.

Sie kannten Franz Beckenbauer sehr gut. Ist Thomas Müller ihm in manchen Punkten wie der Ausstrahlung, der Bedeutung für den FC Bayern schon sehr nahe?

HAINER: Beckenbauer wird immer über allen stehen. Aber Thomas Müller gehört natürlich in die Riege der ganz großen Spielerpersönlichkeiten des FC Bayern, wie beispielsweise Franz oder auch Gerd Müller. Für Thomas geht es ja jetzt auch nicht zu Ende, sein Abschied ist der Beginn einer Legende. In 20, 30 Jahren werden die Fans sagen: „Ich weiß noch genau, diesen Müller spielen gesehen zu haben!“

Nick Woltemade macht sich in Stuttgart als Torjäger und Typ einen Namen. Wäre er der ideale Neuzugang?

HAINER: Es ist kein Geheimnis, dass das ein sehr guter Spieler ist und sich gut entwickelt hat. Alles andere steht in den Sternen.

Wie sehen Sie den Kampf um die wirtschaftliche Bilanz, unter anderem mit Blick auf die hohen Gehälter, die beim FC Bayern gezahlt werden?

HAINER: Wir arbeiten angesichts der fremdfinanzierten internationalen Top-Klubs als unsere Konkurrenten unter zu-

nehmend erschwerten wirtschaftlichen Bedingungen. Wenn man sportlich erfolgreich sein will, kostet das heutzutage eine unfassbare Menge Geld, aber große Herausforderungen sind unser Spielfeld. Wir müssen bei Transfers und Verhandlungen generell klug vorgehen – und noch mehr auf unseren FC-Bayern-Campus schauen. Fakt ist, dass wir aktuell eine Gehaltsstruktur auf sehr hohem Niveau haben. Das wollen und müssen wir zurückdrehen, was natürlich nicht von heute auf morgen geht – dafür braucht man ein paar Jahre. Das Ziel ist, dass wir uns da sukzessive erneuern. Da ist unsere sportliche Leitung dran.

Wie passt in diese Strategie ein Transfer von Woltemade, der 50, vielleicht 70, 80 Millionen Euro oder mehr kostet?

HAINER: Zunächst mal ist das reine Spekulation. Aber es ist generell immer wieder verwunderlich, auf welche Zahlenkombinationen der eine oder andere Experte kommt. Das ist Sache der Vereine und der Spieler. Wenn ein Spieler, der unter Vertrag steht, wechseln will, müssen sich die beiden Vereine einigen. Ich finde, wenn Außenstehende mit oft abenteuerlichen Zahlen um sich werfen, tut das auch einem Spieler nicht gut.

Um diese Summen zu kontrollieren und freizugeben, gibt es den Aufsichtsrat, dem Sie seit 2002 angehören. Wie beurteilen Sie die Arbeit von Max Eberl, der in der Kritik steht?

HAINER: Zunächst einmal können wir froh sein, dass wir einen Aufsichtsrat haben, der einerseits mit Größen aus der Wirtschaft besetzt ist und andererseits durch Uli Hoeneß und Karl-Heinz Rummenigge

eine enorm hohe fußballerische Kompetenz hat, auf die andere nicht ansatzweise zurückgreifen können. Aufsichtsrat bedeutet: Aufsicht führen und Rat geben. Das tun wir und sind der Meinung, dass man unsere sportliche Leitung mit Max Eberl und Christoph Freund jetzt mal in Ruhe arbeiten lassen muss. Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel.

Bitte.

HAINER: Es wird, wenn sich eine Trainersuche in den Augen der Öffentlichkeit hinzieht oder sich ein Spieler mal für einen anderen Verein entscheidet, immer viel berichtet – gerade in Zeiten des Transferjournalismus. Aber man muss schon auch immer die Gesamtsituation betrachten: Die Trainersuche wurde viel kritisiert, aber am Ende haben Max und Christoph Vincent Kompany geholt, und alle sind happy. Michael Olise wird von vielen als bester Neuzugang seit Jahren bezeichnet, Tom Bischof kam ablösefrei, genau wie Jonathan Tah, den viele internationale Top-Klubs wollten. Mir kommt das Positive in der Bewertung der Öffentlichkeit oft zu kurz.

Trotzdem: Woran wird Eberl gemessen?

HAINER: Schauen Sie: Jetzt stecken wir gerade mitten in der Transferperiode. Es ist bekannt, dass wir uns in der Offensive verstärken wollen. Man muss sehen, was möglich ist. Und daher sage ich klipp und klar: Die sportliche Leitung soll in Ruhe ihre Arbeit machen.

Muss sich Eberl mit Käufen und Verkäufen in diesem Transferfenster beweisen?

HAINER: Jeder beim FC Bayern muss seine Kernkompetenzen einbringen. Aber um das mal klarzustellen: Das Profil eines Sportvorstands besteht nicht allein aus An- und Verkauf. Und: Auf dem hohen Niveau unseres Kadern ist es keine leichte Aufgabe, Verstärkungen zu finden. Die Öffentlichkeit begleitet jeden unserer Schritte – das schmeckt uns nicht immer und macht die Sache nicht leichter, aber offensichtlich müssen wir damit leben.

Bei den Finanzen könnte ein Deal mit Emirates helfen: Die Fluggesellschaft wollte auf die Brust, soll nun Airline-Partner des FC Bayern werden.

HAINER: Wie bei Personalien werde ich auch bei Sponsoring-Themen keine Spekulationen kommentieren, zudem ist unser Vorstand Michael Diederich hier der Ansprechpartner. Aber mit Blick aufs große Ganze kann ich sagen: Wir wollen und müssen uns international noch stärker aufstellen. Denn wenn wir weiter wachsen wollen, müssen wir noch globaler agieren. Die Klub-WM war da auch eine wichtige Bühne, auf der der FC Bayern der Welt gezeigt hat, wer wir sind.

Der FC Bayern will künftig in der Liga auch wieder eine gewichtigere Stimme haben. Wie sehen die Pläne aus?

HAINER: Wir müssen als das Zugglied des deutschen Fußballs in diesen Gremien weiterhin stark vertreten sein. Deswegen haben wir die Kräfte aufgeteilt: Jan-Christian Dreesen kümmert sich um die internationalen Gremien Fifa, Uefa und ECA und Michael Diederich um die deutschen Gremien DFL und DFB. Beide bringen sich da sehr stark ein, Jan Dreesen hat gerade rund um die Klub-WM bei der Fifa und ECA viel bewirkt. Die gleiche Stärke wollen wir auch national im DFL-Präsidium einbringen. Denn eines ist klar: Wenn es dem FC Bayern gut geht, geht es auch der Bundesliga gut. Und umgekehrt.

Europäische Teams bestreiten Klub-WM-Finale

FC Chelsea besiegt im Halbfinale Fluminense

Ausgerechnet ein bei Fluminense ausgebildeter Torjäger hat den FC Chelsea mit gleich zwei Traumschüssen ins Finale der Klub-WM geführt. Nach dem 2:0 (1:0) des Premier-League-Vereins aus London mit Matchwinner João Pedro stand bereits vor dem zweiten Halbfinale zwischen den Fußball-Giganten Real Madrid und Paris Saint-Germain (nach Redaktionsschluss) am Mittwoch fest, dass der erste Weltmeister im neuen Turnierformat mit 32 Teilnehmern aus Europa kommen wird.

Die Geschichte des Spiels schrieb am Dienstagnachmittag Ortszeit vor 70.556 Zuschauern im MetLife Stadium bei New York in der sendenden Sonne João Pedro. In der 18. Minute traf der brillant spielende Brasilianer traumhaft mit einem feinen Schlenzer aus rund 20 Metern. Der 44 Jahre alte Fluminense-Keeper Fabio war machtlos. In der 56. Minute legte Chelseas neuer Stürmerstar nach einer feinen Aktion mit einem wuchtigen Schuss unter die Latte nach. Der Schütze hob nach kurzem Jubel jeweils entschuldigend die Hände, schließlich trug er als Jugendlicher das Trikot des Clubs aus Rio de Janeiro. Im Alter von 18 Jahren wechselte er von Fluminense nach Europa. Es war auch erst sein zweiter Einsatz im Chelsea-Trikot nach der Verpflichtung von Brighton & Hove Albion. 70 Millionen Euro waren dem FC Chelsea seine Dienste wert.

Der Doppelpack von João Pedro war für Chelsea mindestens 30 Millionen US-Dollar wert. Denn so viel Preisgeld bringt die Final-Teilnahme. Bei einem WM-Triumph würde die FIFA-Prämie sogar 40 Millionen Dollar betragen. Der Conference-League-Sieger aus England mit dem ehemaligen Leipziger Christopher Nkunku, der eine gute Kopfbalchance hatte, war der verdiente Sieger. Chelsea brauchte einmal Glück, als Schiedsrichter François Letexier aus Frankreich einen Elfmeter nach VAR-Intervention zurücknahm. Abwehrspieler Trevoh Chebolah war der Ball nach einem Freistoß an die Hand geprellt. Aber es sei „keine unnatürliche Armhaltung“ gewesen, lautete die Durchsage von Letexier nach Ansicht der Videobilder. dpa

Messerangriff bei der Tour de France

Polizei stoppt 21-Jährigen am Etappenziel in Rouen

Im Zielort der vierten Tour-de-France-Etappe ist es bereits am Dienstag zu einem Messerangriff gekommen. Der Angreifer wurde nahe dem Zieleinlauf in Rouen von der Polizei mit Schüssen gestoppt. Das teilte die Staatsanwaltschaft in Rouen am Dienstagabend mit. Der Vorfall ereignete sich etwa zwei Stunden vor der Ankunft der Fahrer. „Le Parisien“ berichtet unter Berufung auf Polizeiquellen, dass die Attacke in der Nähe des Ankunftsortes am Cimetiere Monumental de Rouen, einem Friedhof, stattfand.

Der Täter bedrohte demnach Zuschauer mit einem Messer. Eine Passantin alarmierte die Polizei. Der Angreifer attackierte daraufhin auch einen Polizisten. Glücklicherweise trug dieser einen Brustpanzer – wodurch das schlimmste verhindert wurde. Er trug nur leichte Verletzungen davon. Staatsanwalt Sebastien Gallois sagte in einer Erklärung: „Die Polizisten verfolgten ihn und versuchten, den Angeklagten zu überwältigen, der daraufhin einem der CRS (Compagnies Républicaines de Sécurité, vergleichbar mit der Bereitschaftspolizei in Deutschland, d. Red.) einen Messerstich in den Oberkörper versetzte.“

Ein Beamter gab daraufhin einen Schuss mit seiner Dienstwaffe ab. Der Angreifer wurde dadurch leicht am Bein verwundet und anschließend festgenommen. Durch den Einsatz konnte verhindert werden, dass sich der Täter der Rennstrecke näherte. Gegen den Mann wurde ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Mordes an einem Polizeibeamten eingeleitet.

Über den Täter gibt es bereits erste Informationen: Der 21-Jährige soll am 24. Juni aus einem Krankenhaus geflohen sein und stand seitdem auf einer Liste gesuchter Personen. Niklas Niendorf

Ärger auf beiden Seiten nach deutschem Sieg gegen Dänemark

EM in der Schweiz: Beim 2:1 müssen die Frauenteams häufig lange warten, bis die Schiedsrichterin Entscheidungen fällt

Sjoeke Nüsken schnappte sich den Ball und musste warten. Und warten. Schiedsrichterin Catarina Ferreira Campos lauschte mit dem Finger am Knopf in ihrem Ohr den Worten von Videoschiedsrichter Alen Borosak. Zweieinhalb Minuten dauerte es bis zur Entscheidung.

Dann stand fest: Nüsken musste den Ball unter ihrem Arm wieder abgeben. Kein Elfmeter für die deutsche Damen-Nationalmannschaft, das Handspiel der Dänin Frederikke Thøgersen war außerhalb des Strafraums. Es gab Freistoß für die deutschen Frauen.

Die Entscheidung war richtig, keine Frage. Sie wurde nach dem 2:1-Erfolg im zweiten Gruppenspiel bei der EM auch gar nicht angezweifelt. Allerdings waren es die langen Wartezeiten bei Schiedsrichterentscheidungen, die beim DFB-Team für reichlich Ärger sorgten. „Ich weiß nicht, wie lange Sjoeke anschließend mit dem Ball da stand, bis entschieden wurde, dass es kein Elfmeter ist. Das ist ein fader Beigeschmack, dass es so lange

dauert“, sagte Bundestrainer Christian Wück auf Nachfrage der „Bild“.

Noch zwei weitere Male mussten sich die Spielerinnen wegen Campos langwieriger Kommunikation mit dem VAR (Video-Assistenten) gedulden. Der vermeintliche Führungstreffer von Klara Bühl in der 18. Minute wurde nach etwas mehr als drei Minuten aberkannt. Und auch den Elfmeter, den Nüsken dann wirklich zum zwischenzeitlichen Ausgleich in der 56. Minute verwandeln durfte, gab es erst nach VAR-Einsatz und fast zweieinhalb Minuten Wartezeit.

„Es ist natürlich nervig, wenn man da fünf Minuten für eine Entscheidung steht“, sagte die gefoulte Linda Dallmann nach dem Spiel. „Ich weiß nicht, wem man einen Vorwurf machen kann. Sowohl im Männer- als auch Frauenfußball müssen wir schauen, dass wir solche Entscheidungen schneller treffen“, ergänzte Bundestrainer Wück. Dass das Spiel gegen Dänemark gewonnen wurde, man damit vorzeitig ins Viertelfinale einzog und alle Entscheidungen der

Schiedsrichterin letztendlich korrekt waren, tat der Kritik keinen Abbruch.

Auch die unterlegenen Däninnen stiegen mit kritischen Tönen ein, allerdings aus ganz anderem Grund. Sie kritisieren Campos für die Szene, die zum entscheidenden 1:2 (66. Minute) aus ihrer Sicht führte. Dänemarks Verteidigerin Emma Faerge hatte ihrer Mitspielerin Emma Snerle beim Befreiungsschlag aus wenigen Metern den Ball ins Gesicht geschossen. Snerle ging zu Boden, der Ball landete bei Gegnerin Jule Brand. Deutschland spielte weiter, Brand bediente schließlich Torschützin Lea Schüller, die den Endstand markierte. Snerle musste im Anschluss behandelt und sichtlich benommen ausgewechselt werden.

„Wir brauchen klare Regeln. Wenn eine Spielerin eine Kopfverletzung hat, musst du aus meiner Sicht abpfeifen und die Möglichkeit haben, etwas als Schiedsrichterin zu tun. Ich verstehe nicht, wieso sie das Spiel nicht angehalten hat“, sagte Dänemarks Trainer Andree Jørgensen im Anschluss reichlich bedient. Noch deutlicher wurde seine Stürmerin Amalie

Vangsgaard. „Ich weiß nicht, ob sie fast ohnmächtig war. Es ist schade, dass wir Schiedsrichter haben, die keine Verantwortung für die Spielerinnen auf dem Feld übernehmen können“, sagte die Spielerin von Juventus Turin.

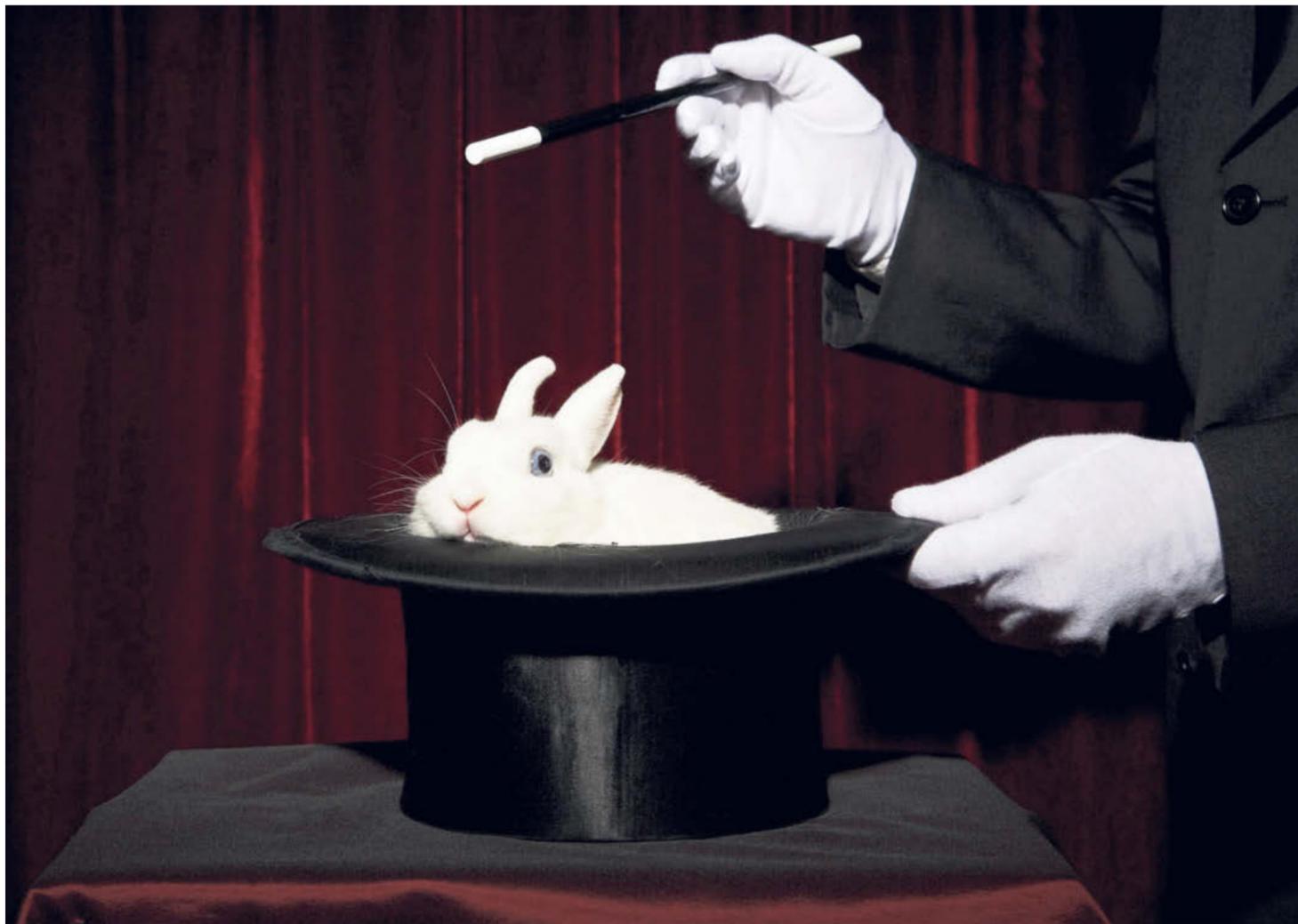


Elfmeter? Schiedsrichterin Catarina Ferreira Campos schaut sich das Foul an Linda Dallmann am Monitor an

EHRLICHER HÄNDLER

SERVICEVALUE.DE * EHRLICHER-HAENDLER.DE

Integrität ist und bleibt die maßgebliche Tugend in Wirtschaft und Handel. Und sie lässt sich heute präzise bestimmen, indem man systematisch die Kunden befragt. ServiceValue hat aus den Ergebnissen das Ranking der „Ehrlichen Händler“ für 2025 erstellt.



Nichts gegen Kaninchen aus Zylinderhüten – aber im Gegensatz zum Zauberer lenkt ein ehrlicher Händler nicht mit allerlei Hokuspokus von seinem Produkt ab. Sondern sagt klar und deutlich, was die Kunden bei ihm zu erwarten haben

SO WIRD INTEGRITÄT MESSBAR

KLUGE HÄNDLER VERZAUBERN IHRE KUNDEN MIT EHRlichkeit

Obwohl Zauberer in ihren Shows im Rampenlicht stehen und von ihrem Publikum aufmerksam beobachtet werden, geschieht das Wesentliche auf der Bühne im Verborgenen. Die Kunst des Zauberers ist es schließlich, die Aufmerksamkeit seines Publikums auf interessante Nebensächlichkeiten zu lenken, sodass niemand die wirklich verdächtigen Bewegungen und Vorgänge wahrnimmt.

Auf diese Art und Weise kann der Magier scheinbar Naturgesetze überwinden und beispielsweise seine Assistentin schweben lassen, sie vor den Augen der staunenden Zuschauer zersägen und unbeschadet wieder zusammensetzen oder ein Kaninchen aus seinem zuvor augenscheinlich leeren Zylinder hervorziehen. Die Zuschauer können zwar Vermutungen darüber anstellen, wie der Magier und seine Assistentin vorgegangen sind. Die genauen Abläufe jedoch bleiben für sie unsichtbar, und am Ende einer gelungenen Vorstellung sind sie auf angenehme Weise verwirrt, haben sich jedoch im Grunde nur zu gern hinter Licht führen lassen.

Wer verwirrt und mit dem Gefühl, hinter Licht geführt worden zu sein, nicht aus einer Zauber- vorstellung herausgeht, sondern aus dem Autohaus, dem Modegeschäft oder dem Supermarkt, ist im Nachhinein in der Regel weit weniger begeistert. Fragen wie: Warum hat der Kundenberater eigentlich so viel geredet und geschertzt, anstatt mir die technischen Besonderheiten des Autos zu zeigen? Hat mich die freundliche Verkäuferin vielleicht mit ihren vielen Komplimenten davon abgelenkt, dass mir die Hose bei genauerer Betrachtung nicht unbedingt schmeichelt? Und ist eine grüne Verpackung tatsäch-



Das von WELT in Kooperation mit ServiceValue vergebene Gütesiegel „Ehrlicher Händler“ ist zwölf Monate lang gültig

lich zwingend ein verlässlicher Indikator dafür, dass die Eier von glücklichen Hühnern stammen? So schön es ist, sich einen Abend lang von einem Illusionisten verzaubern zu lassen, so unschön ist es, von einem raffinierten Händler hereingelegt worden zu sein. Während schließlich die Flunkereien des Zauberers nicht nur selbstverständlich sind, sondern auch maßgeblich für ein aufregendes, aber letzten Endes folgenloses Erlebnis, führen vergleichbare Unwahrheiten von Seiten eines Händlers zum Vertrauensbruch und können zudem spürbar negative Konsequenzen für den Käufer haben. Wer einen Kauf tätigt, erwartet von seinem Händler deshalb nicht primär eine gute Show. Sondern Ehrlichkeit.

Inwieweit Händler von ihren Kundinnen und Kunden als insgesamt ehrlich wahrgenommen werden, hängt dann von verschiedenen Faktoren ab. Grundsätzlich aber gilt als Faustregel: Für einen ehrlichen Händler kann der Zauberer als Negativbeispiel dienen. Anders als dieser nämlich sollten Händler absolut alle wichtigen Eckdaten klar kommunizieren, anstatt sie hinter einer Fülle von mehr oder weniger irrelevanten Produktinformationen zu verstecken. Zudem sollten sie auch wahrheitsgemäß über mögliche Produktnachteile, Einschränkungen und die Grenzen des für sie Machbaren sprechen – so sollten etwa auch längere Lieferzeiten nicht beschönigt werden. Kundinnen und Kunden erwarten schließlich keine punktuell überzeugende Showeinlage, sondern Verlässlichkeit und verständliche, nachvollziehbare Erklärungen.

Dabei wirken auch unnötig komplizierte Formulierungen und schillernde Ausdrucksweisen eher verwirrend, als dass sie zur Aufklärung beitragen würden. Wer dann aufgrund von un- oder missverständlichen Aussagen seines Händlers den Eindruck erhält, womöglich sogar absichtlich falsch informiert worden zu sein, nimmt das als Unehrlichkeit wahr und legt es dem Anbieter zur Last. Transparenz hat demzufolge höchste Priorität im Verhältnis zwischen Kunden und Händlern, denn Käuferinnen und Käufer möchten nicht überrascht und verblüfft werden. Stattdessen wollen sie nachvollziehen können, wie ein Preis zustande kommt und welche Zusatzkosten entstehen können, welche Produkte oder Leistungen konkret enthalten sind und ob oder wann mit Preisänderungen, -steigerungen oder -nachsätzen zu rechnen ist. Über all das sollten Anbieter proaktiv informieren, wenn sie als ehrlich wahrgenommen werden möchten. Dass sie darüber hinaus auch ihre Versprechen einhalten und bei möglichen Fehlern die Verantwortung übernehmen sollten, dürfte sich von selbst verstehen.

Welche vornehmlich stationären Händler auf dem deutschen Markt ihre Kundinnen und Kunden aktuell besonders mit ihrer Ehrlichkeit überzeugen, hat die ServiceValue GmbH auch in diesem Jahr wieder in ihrer jährlichen Studie „Ehrlicher Händler“ in einer Verbraucherbefragung erhoben und ausgewertet. Alle ausgezeichneten Händler von der Apotheken-Kooperation bis hin zum Weinhändler finden Sie nebenstehend in der Tabelle.

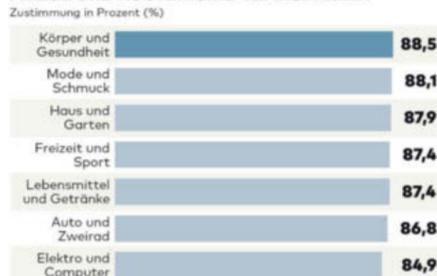
Mehr Informationen unter www.servicevalue.de



DIVERGIERENDE ZUSTIMMUNGSWERTE

SIEBEN HANDELSSEGMENTE IM MEINUNGSSPIEGEL IHRER KUNDEN

PREISE UND KOSTEN SIND TRANSPARENT



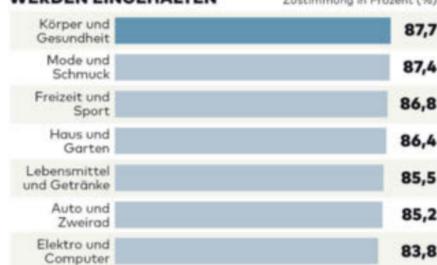
Der mittlere Grad der Zustimmung zur Transparenz von Preisen und Kosten liegt im Segment Körper und Gesundheit am höchsten (88,5 Prozent), bei Elektro und Computer am niedrigsten (84,9 Prozent)

GETROFFENE AUSSAGEN SIND VERLÄSSLICH



Der durchschnittliche Zustimmungswert zur Verlässlichkeit von Händleraussagen ist am höchsten im Segment Mode und Schmuck (87,6 Prozent), am niedrigsten bei Elektro und Computer (83,5 Prozent)

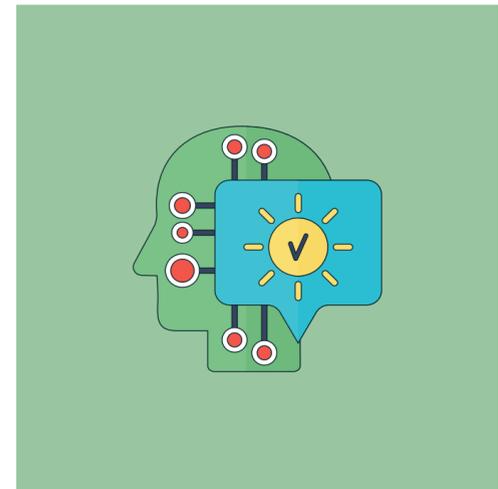
VERSPROCHENE LEISTUNGEN WERDEN EINGEHALTEN



Der mittlere Zustimmungswert bezüglich des Einhaltens versprochener Leistungen ist im Segment Körper und Gesundheit am höchsten (87,7 Prozent). Das Segment Elektro und Computer schneidet auch hier deutlich schlechter ab (83,8 Prozent) und belegt den letzten Platz

WIE MISST MAN VERTRAUENSWÜRDIGKEIT?

METHODE UND KRITERIEN DER EHRlichkeitSSTUDIE



Wer als „Ehrlicher Händler“ ausgewiesen wird, hat sich zum einen sein ehrliches Handeln von den Kunden bestätigen lassen und zum anderen hinsichtlich fünf „normativer“ Verhaltensregeln eine hinreichend hohe Kundenzustimmung vorzuweisen.

Lediglich den Kunden allein zu befragen, ob ein Händler „ehrllich“ ist, greift zu kurz. Deshalb fließen in die Untersuchung zusätzlich verhaltensbezogene Kriterien ein. Der Referenzrahmen des Kunden bildet sich dann aus seinen eigenen Erfahrungen und Erlebnissen. Aus inhaltsanalytischen Vorstudien wurden zehn Kriterien ausgewählt und hinsichtlich ihres empirischen Zusammenhangs mit der Frage überprüft:

Verhaltensregel 4: Versprochene Leistungen werden eingehalten. Wer nur Leistungen verspricht, die er auch einhalten kann, vermeidet enttäuschte Erwartungen. Er ist sich seiner Leistungsfähigkeit bewusst und relativiert zum Wohle der Kunden Anspruch und Wirklichkeit.

Verhaltensregel 5: Fehler und Irrtümer werden eingestanden. Niemand ist perfekt, eine Null-Fehler-Quote gibt es nirgendwo. Wer bereit ist, Fehler und Irrtümer zu gestehen, ist selbstkritisch und selbstbewusst. Zugleich signalisiert er, im Sinne des Kundennutzens stets dazu lernen zu wollen. Die Antwortmöglichkeit für die Kunden hinsichtlich dieser fünf Verhaltensregeln ist entweder „trifft zu“ oder „trifft nicht zu“.

„Ist [Name des Händlers] aus Ihrer rein persönlichen Sicht ein ehrlicher Händler?“

Die fünf Kriterien mit den höchsten Zusammenhangswerten sind Preistransparenz, Glaubwürdigkeit, Informationsumfang, Zuverlässigkeit und Kritikfähigkeit. Sie bilden zugleich als normative Verhaltensregeln die eingesezte „Kurzkala zum ehrlichen Verhalten“ (KEV).

Verhaltensregel 1: Preise und Kosten sind transparent. Wer Preise und Kosten transparent hält, lockt nicht mit vermeintlich günstigen Angeboten, die versteckte Kosten beinhalten, sondern schafft die Möglichkeit zu einem leichten Preisvergleich und vermeintlich oder verschweigt nicht den echten Geldwert seiner Ware.

Verhaltensregel 2: Getroffene Aussagen sind verlässlich. Wer Aussagen verlässlich trifft, hat sich im Vorfeld Gedanken gemacht, was er seinen Kunden auf welche Art mitteilt. Er hat seine Kommunikation auf ihre Konsequenzen hin überprüft und zugleich ihre Aussagekraft realistisch gehalten.

Verhaltensregel 3: Informationen sind vollständig. Wer seine Kunden vollständig informiert, mutet ihnen nicht mehr als nötig zu, bietet aber immer noch so viel wie nötig, um die Handelsware an sich verstehen zu können. Es herrscht weder eine Informationsüberflutung noch ein Informationsmangel.

DIE FÜNF REGELN DES EHRlichEN HÄNDLERS

1. Preise und Kosten sind transparent.
2. Getroffene Aussagen sind verlässlich.
3. Informationen sind vollständig.
4. Versprochene Leistungen werden eingehalten.
5. Fehler und Irrtümer werden eingestanden.

Der Kunde kann vor Beginn einer „Geschäftsbeziehung“ der Offenheit und Ehrlichkeit des Händlers lediglich trauen.

Im Laufe der Kundenbeziehung aber hat er hinreichend Möglichkeiten, um festzustellen, ob Aufrichtigkeit als Merkmal der unternehmerischen Integrität stets vorliegt. Die Bewertung, ob ein Händler ehrlich handelt und konkrete Verhaltensregeln einhält, kann der Kunde somit für sich selbst sehr wohl vornehmen. So relativieren sich Informationen und Meinungen über den Händler in sozialen Netzwerken oder der Presse, ohne ihren Wahrheitsgehalt in Frage zu stellen.

EHRLICHER HÄNDLER

SERVICEVALUE.DE * EHRLICHER-HAENDLER.DE

DER DIENSTLEISTER

DIE SERVICEVALUE GMBH

ServiceValue ist eine auf das Beziehungsmanagement zwischen Unternehmen und Anspruchsstellern (Stakeholder) spezialisierte Analyse- und Beratungsgesellschaft mit Sitz in Köln, gegründet 2009. Sie misst und erklärt mit wissenschaftlich fundierten Methoden den Zusammenhang zwischen Kunde, Mitarbeiter oder Partner und Unternehmen und deckt betriebswirtschaftliche Service-Effekte auf. Besondere Bedeutung kommt dabei der optimalen Gestaltung der Servicequalität in alle Richtungen zu.

ServiceValue bietet anwendungsbezogene Seminare und Inhouse-Schulungen zur Informations- und Wissensvermittlung an. Zudem führt die Gesellschaft in Kooperation mit renommierten Partnern aus Wissenschaft und Forschung sowie großen nationalen Medienpartnern verschiedene Wettbewerbe und Ratings zur Kunden-, Mitarbeiter- und Partnerorientierung von Unternehmen durch.



VORAUSSETZUNGEN

WERTUNG & AUSZEICHNUNG

Als „Ehrlicher Händler“ wird bewertet, wer aus Kundensicht zwei Mindestwerte erfüllt. 1. Um für die Bewertung den Einfluss der Stichprobengröße zu eliminieren, wird als Mindestwert bei der Frage „Ist [...] aus Ihrer Sicht ein ehrlicher Händler?“ eine Rechengröße herangezogen – das „statistische Vertrauensintervall“. Es bezeichnet eine Kenngröße, die den Zahlenraum angibt, in dem der „wahre“ Wert liegt. Dieser Zahlenraum ist umso größer, je kleiner die Stichprobe ausfällt. Voraussetzung einer positiven Bewertung ist ein Vertrauensintervall mit einer Untergrenze von mindestens 85 Prozent und einer Obergrenze von 100 Prozent Zustimmungswert. Dabei gilt eine Irrtumswahrscheinlichkeit von nur einem einzigen Prozent. Entscheidend ist also nicht das Ergebnis der

Stichprobe in Bezug auf die Zahl der Befragten, sondern das Vertrauensintervall in Bezug auf alle Kunden. Das bedeutet für Händler ohne positive Bewertung nicht, dass sie als „unehrlich“ gelten. Doch ist bei ihnen die Verhaltensregel ist somit ein Irrtum, zu Unrecht als „Ehrlicher Händler“ ausgezeichnet zu werden, höher als ein Prozent. 2. Die durchschnittliche Zustimmung auf der „Kurzskala zum ehrlichen Verhalten“, in Bezug auf die fünf normativen Verhaltensregeln, muss ebenfalls über 85 Prozent liegen. Jede Verhaltensregel ist somit ein K.o.-Kriterium: Ein Unternehmen, das als „ehrlich“ wahrgenommen wird, bei den Verhaltensregeln aber nicht in gleich hohem Maß die Zustimmung der Kunden findet, wird nicht als „Ehrlicher Händler“ ausgewiesen.

TRANSPARENZ IM HANDEL

WAS ABRAHAM LINCOLN ZUM INTERNET SAGTE

Schon Abraham Lincoln hat gemahnt: „Glauben Sie nicht alles, was Sie im Internet lesen.“ Das steht so jedenfalls im Internet, und zwar direkt neben einem Foto von ihm. Die meisten Erwachsenen werden diesen Scherz nach einem Moment der Irritation wohl durchschauen und den Widerspruch erkennen, dass der ehemalige Präsident der USA so deutlich vor der Erfindung des Internets gelebt hat, dass besagte Worte nicht von ihm stammen können.

Alle anderen, denen das nicht aufgefallen ist, sollten sich den Ratschlag, nicht alles unbedenken zu glauben, nur umso stärker zu Herzen nehmen. Wenn es um Erkenntnis geht und darum, was wahr ist und was nicht, ist es für Internetnutzer in der Tat heute selten das Problem, dass sie zu wenig Informationen erhalten würden. Schwierig ist häufig vielmehr das Gegenteil: Sie erhalten so viele Informationen, dass es mitunter aufwändig sein kann, aus der Flut an Wortmeldungen die richtigen herauszufiltern. Die Richtigen – das heißt: diejenigen, die erstens wahr und zweitens auch relevant sind. Dabei lassen sich handfeste Lügen oft noch relativ leicht aufdecken. Wenn sich aber die meisten Informationen inmitten einer Fülle von Floskeln und Behauptungen verstecken, fällt die Orientierung auch medienkompetenten Nutzerinnen und Nutzern mitunter schwer. Selbst sie verlieren dann den Überblick, und je öfter sie den Eindruck erhalten, womöglich sogar absichtlich in die Irre geführt zu werden, desto misstrauischer werden sie. Derart negative Erfahrungen und der Verdacht auf unredliches Verhalten fallen letzten

Endes auch auf die Urheber der Informationen zurück. Und wenn Nutzerinnen und Nutzer aufgrund schlechter Erfahrungen ihr Vertrauen verlieren, wenden sie sich früher oder später ab und suchen nach Alternativen, die ihnen glaubwürdiger erscheinen. Einen ähnlichen Mechanismus bekommen auch Händler zu spüren, wenn ihnen – aus welchen Gründen auch immer – nur wenig Vertrauen entgegengebracht wird. Fühlen sich Verbraucherinnen und Verbraucher nämlich dazu bemüßigt, Angebote zunächst auf ihren Wahrheitsgehalt prüfen zu müssen, sehen sie sich schnell nach einem anderen Anbieter um. Den Mehraufwand, den solche Überprüfungen darstellen, möchten schließlich nur die wenigsten auf sich nehmen, wenn stattdessen auch ein Anbieterwechsel das Problem lösen kann. Den Zuschlag erhalten dann solche Händler, bei denen die Verbraucher mit einer hinreichenden Sicherheit davon ausgehen, fair behandelt zu werden. Für Händler ist es deshalb mitnichten Selbstzweck, als offen und ehrlich wahrgenommen zu werden; vielmehr ist es für ihren nachhaltigen Erfolg geradezu überlebenswichtig. Um nun ein



Noch ein Zylinderhut, aber ohne Zauberer. Und wo versteckt sich bloß das Kaninchen?

solches ehrliches Image zu erhalten, ist es besonders zielführend, sich der Kundschaft gegenüber einfach tatsächlich ehrlich zu verhalten. Wer seine Angebote detailliert, verständlich und transparent darlegt, Preise klar kommuniziert und auch Vergleiche zwischen unterschiedlichen Optionen ermöglicht, schafft damit eine solide Informationsbasis, auf der Kundinnen und Kunden Entscheidungen treffen können, mit denen sie auch noch im Nachhinein und langfristig zufrieden sind. Die in der aktuellen Studie „Ehrlicher Händler 2025“ ausgezeichneten Unternehmen haben genau das geschafft: Sie wurden in Bezug auf die wichtigsten Kriterien, die einen ehrlichen Händler ausmachen, von ihren Kundinnen und Kunden positiv bewertet und punkten unter

anderem mit Transparenz und Verlässlichkeit sowie, falls angebracht, auch der Fähigkeit zur Selbstkritik. Bewertet wurden auch in diesem Jahr wieder vornehmlich stationäre Anbieter aus sieben Handelsssegmenten und einer Vielzahl unterschiedlicher Branchen (siehe Tabelle). Im Durchschnitt schneiden die Anbieter vor allem hinsichtlich der ersten der „fünf Regeln des ehrlichen Händlers“ gut ab: „Preise und Kosten sind transparent“. Die größten Unterschiede zwischen den Segmenten sehen die Kundinnen und Kunden hinsichtlich der Verlässlichkeit getroffener Aussagen. Die im Verhältnis höchste Zustimmung erhalten zumeist die Handelsssegmente „Körper und Gesundheit“ und „Mode und Schmuck“.

AUTONOM & ANONYM

BEWERBUNG UND AUSWAHL

Die ServiceValue GmbH holt als durchführendes Institut der Unternehmensbewertung „Ehrlicher Händler“ regelmäßig und auf eigene Initiative die Urteile von Kunden ein. Dabei obliegt ihr die Auswahl der zu untersuchenden Händler und Branchen. Auch eine aktive Bewerbung als „Ehrlicher Händler“ ist möglich. Interessierte Unternehmen, die teilnehmen und sich dem Urteil ihrer Kunden stellen wollen, wenden sich direkt an ServiceValue. Für die Erhebung gelten die fünf folgenden Regeln:

1. Die Kundenbefragung findet in jedem Fall immer ohne Einflussnahme des Händlers auf die Stichprobenziehung und stets ohne eine Übermittlung jedweder Kundendaten statt. Autonomie und Anonymität sind oberstes Gebot.
2. Der Marktanteil des Händlers im stationären Bereich muss hinreichend groß sein, sodass eine unabhängige Stichprobenziehung in der Bevölkerung möglich ist.
3. Die Befragung von Kunden der ausgewählten Handelsunternehmen wird anhand eines für alle standardisierten Fragebogens vorgenommen.
4. Eine Wiederholungsmessung von Firmen, die die Kriterien für eine Auszeichnung als „Ehrlicher Händler“ erfüllt haben, ist spätestens nach zwölf Monaten fällig.
5. Eine Wiederholungsmessung jener Bewerber, die diese Kriterien nicht erfüllen konnten, ist frühestens nach zwölf Monaten möglich.

MEHR ALS 700 HÄNDLER IM KUNDENURTEIL

AUSGEZEICHNETE "EHRLICHE HÄNDLER" IN DEUTSCHLAND

| Auto und Zweirad | |
|-----------------------------|-------------------------------|
| Carglass | Autoglasreparatur |
| joined AUTOGLAS | Autoglasreparatur |
| DELLO GRUPPE | Autohändler |
| Jacobs Gruppe | Autohändler |
| Procar Automobile | Autohändler |
| ATU | Autoservice |
| Bosch Car Service | Autoservice |
| DRIVER Center | Autoservice |
| Premio Reifen + Autoservice | Autoservice |
| Quick Reifendiscount | Autoservice |
| REIFF | Autoservice |
| Vergölst | Autoservice |
| B.O.C. | Fahrrad-Shops |
| BIKE&CO | Fahrrad-Shops |
| CUBE Store / Multicycle | Fahrrad-Shops |
| Fahrrad XXL | Fahrrad-Shops |
| Little John Bikes | Fahrrad-Shops |
| Lucky Bike | Fahrrad-Shops |
| MEGA Bike | Fahrrad-Shops |
| RAIBI Bike | Fahrrad-Shops |
| ZEG | Fahrrad-Shops |
| Zweirad-Center Stadler | Fahrrad-Shops |
| Louis | Motorrad-Shops |
| Pala Motorrad | Motorrad-Shops |
| XLMOTO | Motorrad-Shops |
| eni / Agip | Tankstellen |
| HEM / Tamoil | Tankstellen |
| Star (Orlen) | Tankstellen |
| Elektro und Computer | |
| ARLT Computer | Computer-Fachmärkte |
| compustore / FMS-Computer | Computer-Fachmärkte |
| K&M Computer | Computer-Fachmärkte |
| PC-Spezialist | Computer-Fachmärkte |
| EP: ElectronicPartner | Elektro-Fachmärkte |
| expert | Elektro-Fachmärkte |
| Freizeit und Sport (Forts.) | |
| LEGO | Spielwaren und Baby |
| ROFU | Spielwaren und Baby |
| SMYTHS | Spielwaren und Baby |
| Spiele Max | Spielwaren und Baby |
| Vedes / Spielzeug-Ring | Spielwaren und Baby |
| Decathlon | Sport- und Freizeitgeschäfte |
| INTERSPORT | Sport- und Freizeitgeschäfte |
| Sport 2000 | Sport- und Freizeitgeschäfte |
| SportScheck | Sport- und Freizeitgeschäfte |
| Haus und Garten | |
| badpunkt | Badausstatter |
| ELEMENTS | Badausstatter |
| ELMER | Badausstatter |
| Mosecker | Badausstatter |
| Peter Jensen | Badausstatter |
| Richter+Frenzel | Badausstatter |
| SANITÄR-HEINZE | Badausstatter |
| BI Discount Baumarkt | Baumärkte |
| Bauhäus | Baumärkte |
| BauSpezi | Baumärkte |
| Globus Baumarkt | Baumärkte |
| hagebau | Baumärkte |
| hellweg | Baumärkte |
| Hornbach | Baumärkte |
| LEITERMANN | Baumärkte |
| OBI | Baumärkte |
| Rauiffeisen-Markt | Baumärkte |
| toom Baumarkt | Baumärkte |
| Hammer zuhause | Fachmärkte für Wand und Boden |
| Kibek | Fachmärkte für Wand und Boden |
| tedox | Fachmärkte für Wand und Boden |
| TTL/TTM | Fachmärkte für Wand und Boden |
| fliesenmax | Fliesenmärkte |
| Harry's Fliesenwelt | Fliesenmärkte |
| Linnenbecker | Fliesenmärkte |
| OUTLET NEXTERIO | Fliesenmärkte |
| Bellandris Gartencenter | Gartencenter und Blumenmarkt |
| Dinger's Gartencenter | Gartencenter und Blumenmarkt |
| Fricks's Gartencenter | Gartencenter und Blumenmarkt |
| Pflanzen-Käffe | Gartencenter und Blumenmarkt |
| Somen-Schmitz | Gartencenter und Blumenmarkt |
| Wiesmoor Blumencenter | Gartencenter und Blumenmarkt |
| Fissler Stores | Haushalt und Geschenke |
| Villeroy & Boch | Haushalt und Geschenke |
| DAS FUTTERHAUS | Heimtierbedarf |
| fressnapf | Heimtierbedarf |
| KÖLLE ZOO | Heimtierbedarf |
| MEGAZOO | Heimtierbedarf |
| Zoo & Co. | Heimtierbedarf |
| alma Küchen | Küchenmärkte |
| Asmo Küchen | Küchenmärkte |
| Dassbach Küchen | Küchenmärkte |
| Küche 3000 | Küchenmärkte |
| Küche&Co | Küchenmärkte |
| Küchen Aktuell | Küchenmärkte |
| Küchen Meyer | Küchenmärkte |
| KüchenTreff | Küchenmärkte |
| Marquardt Küchen | Küchenmärkte |
| musterhaus Küchen | Küchenmärkte |
| REDDY Küchen | Küchenmärkte |
| BeCo Matratzen | Matratzenmärkte |
| Matratzen Concord | Matratzenmärkte |
| Flamme Küchen + Möbel | Möbelhändler |
| HARDECK | Möbelhändler |
| Höfner | Möbelhändler |
| Hofmeister | Möbelhändler |
| IKEA | Möbelhändler |
| knappstein | Möbelhändler |
| MÖBEL BORST | Möbelhändler |
| Möbel Brucker | Möbelhändler |
| Möbel Heinrich | Möbelhändler |

| Freizeit und Sport (Forts.) | |
|-----------------------------|-------------------------------|
| LEGO | Spielwaren und Baby |
| ROFU | Spielwaren und Baby |
| SMYTHS | Spielwaren und Baby |
| Spiele Max | Spielwaren und Baby |
| Vedes / Spielzeug-Ring | Spielwaren und Baby |
| Decathlon | Sport- und Freizeitgeschäfte |
| INTERSPORT | Sport- und Freizeitgeschäfte |
| Sport 2000 | Sport- und Freizeitgeschäfte |
| SportScheck | Sport- und Freizeitgeschäfte |
| Haus und Garten | |
| badpunkt | Badausstatter |
| ELEMENTS | Badausstatter |
| ELMER | Badausstatter |
| Mosecker | Badausstatter |
| Peter Jensen | Badausstatter |
| Richter+Frenzel | Badausstatter |
| SANITÄR-HEINZE | Badausstatter |
| BI Discount Baumarkt | Baumärkte |
| Bauhäus | Baumärkte |
| BauSpezi | Baumärkte |
| Globus Baumarkt | Baumärkte |
| hagebau | Baumärkte |
| hellweg | Baumärkte |
| Hornbach | Baumärkte |
| LEITERMANN | Baumärkte |
| OBI | Baumärkte |
| Rauiffeisen-Markt | Baumärkte |
| toom Baumarkt | Baumärkte |
| Hammer zuhause | Fachmärkte für Wand und Boden |
| Kibek | Fachmärkte für Wand und Boden |
| tedox | Fachmärkte für Wand und Boden |
| TTL/TTM | Fachmärkte für Wand und Boden |
| fliesenmax | Fliesenmärkte |
| Harry's Fliesenwelt | Fliesenmärkte |
| Linnenbecker | Fliesenmärkte |
| OUTLET NEXTERIO | Fliesenmärkte |
| Bellandris Gartencenter | Gartencenter und Blumenmarkt |
| Dinger's Gartencenter | Gartencenter und Blumenmarkt |
| Fricks's Gartencenter | Gartencenter und Blumenmarkt |
| Pflanzen-Käffe | Gartencenter und Blumenmarkt |
| Somen-Schmitz | Gartencenter und Blumenmarkt |
| Wiesmoor Blumencenter | Gartencenter und Blumenmarkt |
| Fissler Stores | Haushalt und Geschenke |
| Villeroy & Boch | Haushalt und Geschenke |
| DAS FUTTERHAUS | Heimtierbedarf |
| fressnapf | Heimtierbedarf |
| KÖLLE ZOO | Heimtierbedarf |
| MEGAZOO | Heimtierbedarf |
| Zoo & Co. | Heimtierbedarf |
| alma Küchen | Küchenmärkte |
| Asmo Küchen | Küchenmärkte |
| Dassbach Küchen | Küchenmärkte |
| Küche 3000 | Küchenmärkte |
| Küche&Co | Küchenmärkte |
| Küchen Aktuell | Küchenmärkte |
| Küchen Meyer | Küchenmärkte |
| KüchenTreff | Küchenmärkte |
| Marquardt Küchen | Küchenmärkte |
| musterhaus Küchen | Küchenmärkte |
| REDDY Küchen | Küchenmärkte |
| BeCo Matratzen | Matratzenmärkte |
| Matratzen Concord | Matratzenmärkte |
| Flamme Küchen + Möbel | Möbelhändler |
| HARDECK | Möbelhändler |
| Höfner | Möbelhändler |
| Hofmeister | Möbelhändler |
| IKEA | Möbelhändler |
| knappstein | Möbelhändler |
| MÖBEL BORST | Möbelhändler |
| Möbel Brucker | Möbelhändler |
| Möbel Heinrich | Möbelhändler |

| Haus und Garten (Forts.) | |
|-----------------------------------------|---------------------------|
| Möbel Kommann | Möbelhändler |
| Möbel Kraft | Möbelhändler |
| Möbel Mahler | Möbelhändler |
| Möbel Wanninger | Möbelhändler |
| Möbelcenter biller | Möbelhändler |
| Opti-Wohnwelt | Möbelhändler |
| OSTERMANN | Möbelhändler |
| PILIPP MEIN MÖBELHAUS | Möbelhändler |
| porta | Möbelhändler |
| SEGMÜLLER | Möbelhändler |
| WEKO | Möbelhändler |
| WHO'S PERFECT | Möbelhändler |
| XXXLutz | Möbelhändler |
| Zurbrüggen | Möbelhändler |
| Opti-MegaStore | Möbelhändler - Discounter |
| POCO Einrichtungsmärkte | Möbelhändler - Discounter |
| ROLLER | Möbelhändler - Discounter |
| SB-MÖBEL BOSS | Möbelhändler - Discounter |
| SCONTO | Möbelhändler - Discounter |
| Action | Non-Food-Discounter |
| KODI | Non-Food-Discounter |
| Komma10 | Non-Food-Discounter |
| MÄC GEIZ | Non-Food-Discounter |
| TEDI | Non-Food-Discounter |
| Thomas Phipps | Non-Food-Discounter |
| Kabs | Polstermöbelspezialisten |
| MULTIPOLSTER | Polstermöbelspezialisten |
| Polster Aktuell | Polstermöbelspezialisten |
| Polsterwelt Engelhardt | Polstermöbelspezialisten |
| Körper und Gesundheit | |
| AVIE Apotheke | Apotheken-Kooperationen |
| CURA-SAN | Apotheken-Kooperationen |
| easyApotheke | Apotheken-Kooperationen |
| LINDA Apotheke | Apotheken-Kooperationen |
| mea - meine apotheke | Apotheken-Kooperationen |
| WAVE (A-plus Apotheke) | Apotheken-Kooperationen |
| LUSH | Beautyshops |
| Rituals | Beautyshops |
| BUDNI | Drogerien |
| dm-drogerie markt | Drogerien |
| Douglas | Drogerien |
| Rossmann | Drogerien |
| Amplifon | Hörgeräteakustiker |
| AudialMee | Hörgeräteakustiker |
| GEERS | Hörgeräteakustiker |
| Hörgeräte Bonsel | Hörgeräteakustiker |
| riffand.hören. | Hörgeräteakustiker |
| KIND | Hörgeräteakustiker |
| Köttgen Hörakustik | Hörgeräteakustiker |
| Abele Optik | Optikerketten |
| Apollo-Optik | Optikerketten |
| becker + Risse | Optikerketten |
| Brillen RÖTTLER | Optikerketten |
| eyes + more | Optikerketten |
| Fielmann | Optikerketten |
| Mister Spex | Optikerketten |
| Neuschland | Optikerketten |
| Optiker Bode | Optikerketten |
| pro optik | Optikerketten |
| Douglas | Parfümerien |
| Heinemann | Parfümerien |
| Parfümerie Pieper | Parfümerien |
| MEDITECH Sachsen | Sanitätshäuser |
| Orthopädie- und Rehatechnik Dresden | Sanitätshäuser |
| OTB | Sanitätshäuser |
| rahm | Sanitätshäuser |
| Reha-activ | Sanitätshäuser |
| rehaform | Sanitätshäuser |
| STOLLE Sanitätshaus | Sanitätshäuser |
| Storch + Beller | Sanitätshäuser |
| Zimmermann Sanitäts- und Orthopädiehaus | Sanitätshäuser |

| Lebensmittel und Getränke | |
|---------------------------|------------------------------------|
| Bäcker Görtz | Bäckereiketten |
| Bratmeisterei Steinecke | Bäckereiketten |
| BÜSCH | Bäckereiketten |
| Junge Die Bäckerei | Bäckereiketten |
| Landbäckerei Ihle | Bäckereiketten |
| MALZERS | Bäckereiketten |
| sehne Ihr Familienbäcker | Bäckereiketten |
| Sternenbäck | Bäckereiketten |
| von Allwörden | Bäckereiketten |
| Segafredo | Coffee-Shops |
| Tchibo | Coffee-Shops |
| NORDSEE | Fast-Food Restaurants |
| Subway | Fast-Food Restaurants |
| BLACK HOUSE | Full-Service-Gastronomie |
| L'Osteria | Full-Service-Gastronomie |
| Eilles | Genusshändler |
| Hussel | Genusshändler |
| Lindt-Shops | Genusshändler |
| Tee-Handels-Kontor Bremen | Genusshändler |
| Vom Fass | Genusshändler |
| Getränke Hoffmann | Getränkemärkte |
| Getränkewelt | Getränkemärkte |
| Logo Getränke-Fachmarkt | Getränkemärkte |
| Markgrafen Getränkemarkt | Getränkemärkte |
| Orterer Getränkemarkt | Getränkemärkte |
| trinkgut | Getränkemärkte |
| ALDI Nord | Lebensmittel-Discounter |
| ALDI SÜD | Lebensmittel-Discounter |
| Lidl | Lebensmittel-Discounter |
| Netto Marken-Discount | Lebensmittel-Discounter |
| Netto Supermarkt | Lebensmittel-Discounter |
| Norma | Lebensmittel-Discounter |
| PENNY | Lebensmittel-Discounter |
| EDEKA | Lebensmittel-Einzelhändler |
| HIT | Lebensmittel-Einzelhändler |
| K-K Kloos & Kock | Lebensmittel-Einzelhändler |
| REWE | Lebensmittel-Einzelhändler |
| tegut | Lebensmittel-Einzelhändler |
| WASGAU | Lebensmittel-Einzelhändler |
| bofrost | Lebensmittelheimservice |
| esismann | Lebensmittelheimservice |
| HEIMFROST | Lebensmittelheimservice |
| Domsseifer | Metzgereien |
| Erich Zeiss | Metzgereien |
| Kunzler Fleischwaren | Metzgereien |
| Thüringer Landstolz | Metzgereien |
| vinzenzmuur | Metzgereien |
| Werner's Metzgerei | Metzgereien |
| Alnatura | Natur- und Biomärkte |
| basic | Natur- und Biomärkte |
| Bio Company | Natur- und Biomärkte |
| Dennis BioMarkt | Natur- und Biomärkte |
| ebl Naturkost | Natur- und Biomärkte |
| TEMMA | Natur- und Biomärkte |
| VITALIA | Natur- und Biomärkte |
| VollCorner | Natur- und Biomärkte |
| familia Nordost | Verbrauchermärkte / SB-Warenhäuser |
| familia Nordwest | Verbrauchermärkte / SB-Warenhäuser |
| Barrique | Weinhändler |
| Galler Weinhäuser | Weinhändler |
| Jacques' Wein-Depot | Weinhändler |
| Rindcher's Weinkontar | Weinhändler |
| Vino Ihr Weinmarkt | Weinhändler |
| Mode und Schmuck | |
| WITT WEIDEN | Fashion: Damen- und Herrenmode |
| BONITA | Fashion: Damenmode |
| CECIL | Fashion: Damenmode |
| VERO MODA | Fashion: Damenmode |
| KIK | Fashion: Discounter |
| NKD | Fashion: Discounter |
| Takko Fashion | Fashion: Discounter |
| Zeeman | Fashion: Discounter |

| Mode und Schmuck (Forts.) | |
|------------------------------|---------------------------------|
| C&A | Fashion: Familienmode |
| Ernsting's family | Fashion: Familienmode |
| GANT | Fashion: Familienmode |
| H&M | Fashion: Familienmode |
| Mango | Fashion: Familienmode |
| TK Maxx | Fashion: Familienmode |
| Tom Tailor | Fashion: Familienmode |
| Tommy Hilfiger | Fashion: Familienmode |
| WE Fashion | Fashion: Familienmode |
| ETERNA | Fashion: Hemden/Blusen |
| Seidensticker | Fashion: Hemden/Blusen |
| von Laack | Fashion: Hemden/Blusen |
| ANSON'S | Fashion: Herrenmode |
| Camp David | Fashion: Herrenmode |
| Jack & Jones | Fashion: Herrenmode |
| Wormland | Fashion: Herrenmode |
| Diesel | Fashion: Jeans Stores |
| Next Lady | Fashion: Jeans Stores |
| Replay | Fashion: Jeans Stores |
| Wrangler | Fashion: Jeans Stores |
| Apparath/Cipper | Fashion: Modehäuser |
| Brenninger | Fashion: Modehäuser |
| Peek & Cloppenburg (Hamburg) | Fashion: Modehäuser |
| SINN | Fashion: Modehäuser |
| Weingarten | Fashion: Modehäuser |
| WÖHLR | Fashion: Modehäuser |
| CALIDA | Fashion: Wäsche und Strümpfe |
| FALKE | Fashion: Wäsche und Strümpfe |
| Hunkemöller | Fashion: Wäsche und Strümpfe |
| LASCANA | Fashion: Wäsche und Strümpfe |
| Mey | Fashion: Wäsche und Strümpfe |
| Palmer's | Fashion: Wäsche und Strümpfe |
| Passionata | Fashion: Wäsche und Strümpfe |
| SCHLESSER | Fashion: Wäsche und Strümpfe |
| Triumph | Fashion: Wäsche und Strümpfe |
| Walford | Fashion: Wäsche und Strümpfe |
| GALERIA | Kaufhaus / Warenhaus |
| LUDWIG BECK | Kaufhaus / Warenhaus |
| Woolworth | Kaufhaus / Warenhaus |
| 123GOLD | Schmuckgeschäfte |
| Biju Brigitte | Schmuckgeschäfte |
| Bucherer | Schmuckgeschäfte |
| Fossil | Schmuckgeschäfte |
| Juwelier Kraemer | Schmuckgeschäfte |
| Mahlberg & Meyer | Schmuckgeschäfte |
| Wiempe | Schmuckgeschäfte |
| ABC Schuh-Center | Schuhhandel - div. Markenlinien |
| Aktiv Schuh | Schuhhandel - div. Markenlinien |
| Deichmann | Schuhhandel - div. Markenlinien |
| Foot Locker | Schuhhandel - div. Markenlinien |
| Görtz | Schuhhandel - div. Markenlinien |
| HUMANIC | Schuhhandel - div. Markenlinien |
| Leiser | Schuhhandel - div. Markenlinien |
| Mayer's Markenschuhe | Schuhhandel - div. Markenlinien |
| RENO | Schuhhandel - div. Markenlinien |
| Schuhkay | Schuhhandel - div. Markenlinien |
| SCHUH PARK | Schuhhandel - div. Markenlinien |
| Siemens Schuhcenter | Schuhhandel - div. Markenlinien |
| TRETTNER | Schuhhandel - div. Markenlinien |
| BÄR | Schuhhandel - Eigenmarke |
| BIRKENSTOCK | Schuhhandel - Eigenmarke |
| Clarks | Schuhhandel - Eigenmarke |
| crocs | Schuhhandel - Eigenmarke |
| ECCO | Schuhhandel - Eigenmarke |
| Gea | Schuhhandel - Eigenmarke |
| SALAMANDER | Schuhhandel - Eigenmarke |
| Sioux | Schuhhandel - Eigenmarke |
| Tamaris | Schuhhandel - Eigenmarke |

Die Liste der 348 ausgezeichneten Händler ist

Wenn ich krank bin, reise ich in Gedanken an Orte der Kindheit. Mir ist nicht klar, ob diese Orte im Fieber zu mir kommen oder ich sie aufsuche. Aber mir ist klar, welche Orte es sind: die Orte, wo wir im Spiel ganz frei waren. Die Freiheit ist in der Erinnerung an diese Orte gebunden, sie ist darin als Erinnerung konserviert. Es gab in der Altstadt von Osnabrück, in der wir lebten, zum Beispiel einen großen, betongepflasterten Innenhof.

VON JAN GROSSARTH

Er war von einer Seite vom „Haus der Jugend“ umschlossen, einem Bau der Nachkriegsjahre, von der anderen von einem schwarzweißen Fachwerkhof. Ein drittes Haus, das den Hof umgab, war aus dem alten Sandstein der dahinter liegenden Stadtmauern. Im Hof stand ein hoher Baum, der seltene gelbe Kirschen trug. Aber das war nur der Vorhof. Unser Hof, viel kleiner, versteckte sich in einem Winkel, den nur wir kannten. Drei oder vier Treppen führten hinunter, sie lagen im Sommer hinter einem Vorhang aus Zweigen. Unten suchten wir Gold, ließen Autos crashen und zerteilten Regenwürmer mit Malsteinen, um das Leben zu verdoppeln.

Die Digitalisierung – unter anderem – lädt dazu ein, melancholisch auf die Kindheit zu blicken. Kann es so eine Kindheit heute noch geben? Tja. Natürlich hat auch schon Sokrates so gefragt, und auch die Erwachsenen meiner Kindheit: 1986, als Giftwolken aus Tschernobyl kamen und das Privatfernsehen mit den Hufen scharfte. Heute, im Sommer 2025, bietet sich eine Wiederlektüre Walter Benjamins an. Genau vor 75 Jahren erschien sein melancholischer Rückblick auf die Kindheit. Benjamins Erinnerungen „Berliner Kindheit um Neunzehnhundert“ kam erst einige Jahre nach seinem Tod heraus, 1950. Es blickt darin auf die Zeit um 1900 zurück. Dabei wird deutlich, dass er in seiner Kindheitswelt Anzeichen für das Ende einer Epoche sieht; nicht eigentlich das Ende von Kindheit an sich.

Die Ruine wird zu Metapher für die Epoche. Die Orte, die Benjamin beschreibt, sind allegorisch; es geht an vielen Stellen um Häuser, Gegenstände und gebaute Orte. „In unserem Garten gab es einen verlassenen, morschen Pavillon“, erinnert sich Benjamin zum Beispiel. „Ich liebte ihn der bunten Fenster wegen. Wenn ich in seinem Innern von Scheibe zu Scheibe strich, verwandelte ich mich; ich färbte mich wie die Landschaft, die bald lohend und bald verstaubt, bald schwelend und bald üppig im Fenster lag. Es ging mir wie beim Tuschen, wo die Dinge mir ihren Schoß aufboten, sobald ich sie in einer feuchten Wolke überkam.“

Das Morsche und Entlegene des Ortes, das Zaubhafte der bunten Fenster, dieser schönen Materialverschwendung. Hier wird man Zeuge einer Ekstase der kindlichen Fantasie. Das ist eine innerliche Verschmelzung mit Orten, Aufladung mit Bedeutung, Spiel. Im wörtlichen und im metaphorischen Sinn handelt Benjamins Erzählung von den Ruinen der Kindheit. Seine Kindheit ist verloren, und die liberale, bürgerliche Welt der Vorkriegszeit mit ihr. Benjamin schrieb diese Erinnerungen schon im Jahr 1930 auf, also 20 Jahre vor dem Erscheinen. Es war das Jahr nach der Weltwirtschaftskrise, und der Faschismus klopfte an die Tür der Geschichte.



Hier wohnen Gespenster im Regal

Es kann sein, dass melancholische Kindheits Erinnerungen gerade in Umbruchzeiten Konjunktur haben. Als Erwachsener sieht man die Zeichen dann umso klarer. Die Kindheits Erinnerung ist teils eine literarische Konstruktion. Aber ich frage hier nach etwas anderem, ganz einfach und materiell: Danach, ob die „guten gebauten“ Orte – Glasfenster, Pavillons, Sandsteinmauern – nicht wichtig sind, um Welt so zu erleben, wie der kleine Walter Benjamin wohl auch tatsächlich: „Ich färbte mich wie die Landschaft.“ Wenn man sich wie eine industrialisierte Windpark-Landschaft, oder wie eine Mais-Monokultur färben würde, wie fühlte man sich dann?

Einige Neubaugebiete unserer Zeit – nehmen Sie es mir nicht übel, wenn Sie anderer Meinung sind – versetzen mich mit Schrecken. Ihr Anblick bekümmert mich. Es fühlt sich verkehrt und kalt an, dass wir den Kindern nach uns solche Wohnorte hinterlassen werden. Sie sind nicht attraktiv. Von den Häusern, die allerhand sinnvolle Anforderungen erfüllen müssen, muss man Charme vielleicht nicht erwarten. Aber wo sind die

anziehenden Verstecke? Die Wege zum Abenteuer? Die Rätsel? Oder sind die grauen KfW-4-Kästen bereits das Symbol unserer Epoche? Wohin wird man später in Gedanken reisen, wenn man dort aufgewachsen ist?

Viele Neubaugebiete erinnern mich an die Welt aus Michael Endes „Momo“. Die Welt der „grauen Männer“, die gegen die Welt der Kinder arbeiten. In „Momo“ heißt es: „Man sparte sich die Mühe, die Häuser so zu bauen, dass sie zu den Menschen passten, die in ihnen wohnten; denn dann hätte man ja lauter verschiedene Häuser bauen müssen. Es war viel billiger und vor allem zeitsparender, die Häuser alle gleich zu bauen.“

„Die Kindheit ist eine Unterabteilung der Kartografie“, hat der amerikanische Romancier Michael Chabon geschrieben. Kindheit ist ein selbst erarbeitete und erlebte Karte, eine dreidimensionale Welt mit Zeitachse und Raumerfahrung, voller Eindrücke. Ein Leben „in Atmosphären“, von dem der Philosoph Gernot Böhme oft sprach. Die „Wildnis der Kindheit“, so Chabon, gerät unter die Räder der schulischen und außerschulischen Leistungs-

programme, elterlichen Überfürsorge mit Bring- und Abholdiensten – es fehlen die Wege dazwischen.

Zugleich brechen die Orte weg, die sich überhaupt für Abenteuer eignen. Walter Benjamin erinnert sich an die bürgerliche Wohnkultur seiner Kindheit als Zauber: „Ich kannte in der Wohnung schon alle Verstecke und kam in sie wie in ein Haus zurück, in dem man sicher ist, alles beim alten zu finden. Mir schlug das Herz, ich hielt den Atem an. ... Das Kind, das hinter der Portiere steht, wird selbst zu etwas Wehendem und Weißem, zum Gespenst.“ Aus dieser Poetik lerne ich: Es geht nicht „objektiv“ um den Ort, sondern dass beide, Kind und Ort, in einer wechselseitigen Verbindung miteinander sind. Die Orte werden öder, wenn es die Menschen werden.

Ich wollte immer in der Innenstadt leben – oder auf dem Dorf. Dazwischen kommt für mich nichts infrage. Die Innenstadt hat Kirchen und alte Bäume, sie hat Junkies, Nagelstudios, Shishabars, und sie hat auch Märkte und schwebenden Stahlbeton. Sie hat Orte und Unorte, Parks und Bahnhof. Das Dorf hat Fach-

werk und Hühner, es hat Bauwagen und die Holzbrücke über den Bach, es hat Scheunen. Aber es hat auch Brüche: Tiermastanlagen und Silos, Mährescher und das Gewerbegebiet. Zum Glück, denn sonst wäre es arm. Auch was Inneneinrichtung angeht, schwindet Reichtum. Ikea prägt den Stil. Ob man in Katalonien, Nebraska, Patagonien oder Südafrika die Gästeempfehlungen bei „Airbnb“ liest: Es sind immer gleich aussehende, frisch renovierte Wohnungen. Man sieht weißen Sitzschalen, cremefarbene Sofas, einen hellen Eichentisch und Holzparkett. Das ist hübsch, aber auch uniform: Die Einrichtung folgt den Fünf-Sterne-Bewertungen. In Thomas Manns „Buddenbrooks“ ist der Spaziergang durch ein Haus hingegen noch eine Reise in Untiefen: „Dort führten schlüpfrige Stufen in ein kelleriges Gewölbe mit Lehmbohlen hinab, das als Speicher benutzt wurde, und von dessen höchstem Boden ein Tau zum Hinaufwinden der Kornsäcke herabhängte. Aber man stieg zur Rechten die reinlich gehaltene Treppe ins erste Stockwerk hinauf, wo selbst der Konsul seinen Gästen die weiße Türe zum Billardsaal

öffnete. ... „Hole mich der Teufel, was ist das für eine Reise durch Euer Haus, Buddenbrook!“

Die Vielfalt von Materialien und Stilen hat als Kehrseite etwas Unheimliches. Die Atmosphäre grenzt an ein Geisterhaus. Unheimlich ist das Gegenteil von heimlich. Das „Heimelige“ kippt leicht ins Unheimliche. Dass „heimlich“ im Deutschen eine Doppelbedeutung hat, stellte Sigmund Freud 1919 in seinem Aufsatz „Das Unheimliche“ fest: Es kann sowohl „vertraut“ heißen (im Fall des Wohnens: „heimelig“) als auch „im Verborgenen“. Oft wirkt für uns das unheimlich, was früher einmal vertraut war. Der Besuch in der alten Schule, wo der frühere Lehrer plötzlich ein alter Mann geworden ist. Die Kolleginnen aus dem früheren Beruf, deren Attitüden auch einmal meine waren. Brüche mit der Vergangenheit sind auch Versuche, das Unheimliche abzuschütteln.

Diesen Gedanken erweiterte ein Skandinavist von der Universität Berkeley, Mark Sandberg. Er tat das am Beispiel der skandinavischen Idee des „hygge“, der Gemütlichkeit. In Sandbergs Studie „Ibsen's Houses“ über Hausmetaphern ist zu lesen, dass das Wort „heimlich“ (verboten / heimelig) ambivalent ist, das Wort „unheimlich“ aber eindeutig negativ konnotiert. Sandberg schreibt, all der Abriss und Neubau der Moderne sei geradezu als ein Wunsch zu entlarven, das „Unheimliche“ hinter uns zu lassen.

Dieser Wunsch jedoch, sagt Sandberg, werde durch das Fortbestehen des „Unheimlichen“ als Illusion entlarvt. Liegt es nicht mehr in Häusern, dann doch in unserer Imagination. Es verselbständigt sich von den Orten und wird etwa im Genre des Horrorfilms erinnert und paradox beruhigt. „Eines der zentralen Prinzipien der positivistischen Moderne war das Vertrauen in die Kraft des Neuen, die Überbleibsel der Vergangenheit ein für alle Mal zu überwinden“, sagt Sandberg. Uns Ikea-Ästhetik soll es also niemals mehr unheimlich sein. Aber „hygge“ ist ein Selbstbetrug: Indem das potenziell Unheimliche wegrenoviert ist, wird irgendwie alles unheimlich – der Nachbar, die Spinne, der Pfarrer, das Kopftuch. Alte Einrichtungsgegenstände können dazu zählen. Der Preissturz der Biedermeier-Möbel ist vielleicht auch mit der Unheimlichkeits-Manie zu erklären.

Abriss folgt auf Abriss. Wohnen im Neubau scheint als legitimer Anspruch der Mittelschichten. Das Haus ist zum Konsumgut mit begrenzter Lebenszeit herabgewürdigt, wie der Architekt Hans Kollhoff in seinem Essay „Architekten“ beklagt hat. Die Menschheit träumt nicht nur den Traum vom Eigenheim weiter. Sie glauben dabei neuerdings auch daran, man könne Baumeister des eigenen Lebens sein. Die gebaute Umwelt unserer Zeit hat eindrucksvolle Dämmwerte und einen vertrauenswürdigen Brandschutz. Selten brechen Häuser einfach so zusammen, wie in Indonesien, Malaysia oder Marokko. In Neubauten verliert Kindheit ihre Qualität nicht grundsätzlich, aber kontinuierlich.

Im Sog der digitalen Ökonomisierung verschwinden Zeichen, Symbole, Sinnbezüge. Wenn die Architektur heute von „lost spaces“ spricht, meint sie eigentlich Unorte: unwirkliche, verlassene Industrieruinen. Die verlorenen Orte der Kindheit meint dieser Begriff aber nicht. Kindheit spielt sich nicht nur im Kopf ab, sondern eben ganz materiell in Hinterhöfen, alten Schränken, knirschenden Treppenhäusern, die genau das sind: lost.

„Die Niederlage wäre es, uns zu beugen – aus Feigheit“

Der algerische Regimekritiker Boualem Sansal sitzt hinter Gittern. Der französische Philosoph Jean-François Colosimo erklärt, was das für sein Land bedeutet

Der französisch-algerische Schriftsteller Boualem Sansal, den man wegen Gefährdung der Staatssicherheit zu fünf Jahren Gefängnis verurteilte, wurde auch anlässlich der Feierlichkeiten am Unabhängigkeitstag Algeriens nicht freigelassen. Für den Theologen und Philosophen Jean-François Colosimo zeigt dies, dass das Regime in Algerien, um selbst weiterbestehen zu können, Frankreich als ewigen Feind definieren muss. Colosimo ist Spezialist für die orthodoxe Welt, Generaldirektor des Verlags „Éditions du Cerf“ und Autor des Buchs „Occident, ennemi mondial n° 1“ („Der Westen, Feind Nummer 1 der ganzen Welt“).

VON ALEXANDRE DEVECCHIO

WELT: Boualem Sansal gehörte nicht zu den Gefangenen, die anlässlich des Jahrestags der Unabhängigkeit begnadigt wurden. Ist die Tatsache, dass das algerische Regime einen Schriftsteller ins Visier nimmt, für Frankreich von besonderer Bedeutung?

JEAN-FRANÇOIS COLOSIMO: Es sind die autoritären Mächte, die Schriftstel-

ler zwingen, Gift zu trinken, wenn sie sich selbst beruhigen wollen. Warum sie so verbissen sind? Weil die Literatur die Lügen, die solche unrechtmäßigen Regimes ausmachen, viel besser aufdeckt als die Politik. Vor allem aber vermitteln sie den Unterdrückten Ideen und damit den Mut, sich zu erheben. Genauso war es auch bei Boualem Sansal. Aufgrund seiner Freiheitsliebe, seiner doppelten Nationalität und seiner Leidenschaft für die französische Sprache bedeutete er für die Oligarchie in Algerien eine Gefahr, die sie nicht tolerieren kann. Vor allem aber verkörperte er die Möglichkeit einer anderen Beziehung zwischen den beiden Ufern des Mittelmeers und beraubte das Regime seines Identitätsfundaments und seines Erbes an Erinnerungen.

WELT: War die französische Diplomatie dieser Situation gewachsen?

COLOSIMO: Kein einziger Präsident der 5. Republik ist in seinem Bemühen, für eine friedliche Zukunft zwischen Frankreich und Algerien zu sorgen, so weit gegangen wie Emmanuel Macron. Die Verhaftung und völlig absurde Verurteilung Boualem Sansals haben je-

doch klar gezeigt, dass Algerien an dieser Versöhnung nicht interessiert ist. In Paris dagegen hat die Regierungslösung die Neigung des französischen Außenministeriums noch intensiviert, die Fiktion eines auf Rechtsstaatlichkeit basierenden algerischen Regimes zu unterstützen, das über eine einheitliche Regierung verfügt und von unparteilichen Institutionen geregelt wird. Daher kommt auch dieser ständige Appell an eine illusorische Vernunft.

WELT: Viele Beobachter sind der Ansicht, dass das algerische Regime nur herrschende Machtverhältnisse respektiert. War man bislang zu nachsichtig mit Algerien?

COLOSIMO: Die unfassbare Ungerechtigkeit gegenüber Boualem Sansal beweist, dass das obskure, unterdrückende oligarchische System, das die algerische Jugend zur Verzweiflung bringt, weil es die Reichtümer des Landes ausbeutet und sämtliche demokratischen Bemühungen erstickt, alles tun wird, um zu überleben. Und eben dieses System muss Frankreich als seinen ewigen Feind darstellen, wenn es selbst überleben will. Und es wird, wenn es nicht

einen ständigen Tribut zahlen will, mit Repressalien reagieren müssen. Wobei wir jedoch immer eine Tür offenlassen sollten, denn genau darin besteht unsere wirkliche Pflicht gegenüber diesen Intellektuellen und Künstlern, die man aus Algerien verjagt hat, für die Paris eine natürliche Zuflucht ist und die morgen eine Nation wieder aufbauen müssen, die sich nicht der Vergangenheit, sondern der Zukunft zuwendet.

WELT: Sie vergleichen Boualem Sansal mit Alexander Solschenizyn. Warum gerade dieser Vergleich?

COLOSIMO: Beide sind prophetische Schriftsteller, mit einem epischen Stil, und beide wurden zu Chronisten ihres Volkes, weil sie es aufwachen wollten, aus einer Amnesie, die ihm von einer verlogenen, tyrannischen Macht auferlegt wurde. Beide preisen konkrete Menschlichkeit und schrecken auch nicht davor zurück, sie bis in die Hölle zu begleiten, um ihr dann verkünden zu können, dass eine Erlösung möglich ist. Keiner der beiden lässt sich vom radikalen Bösen beeindruckt und beide haben die Angst, die es bei allen anderen Sterblichen auslösen würde, in

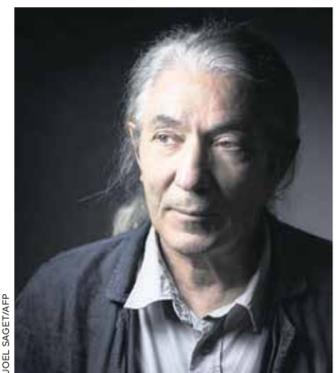
einem Maße überwunden, dass sie die Gefängniszelle als Preis für unsere Befreiung akzeptierten. Und letztendlich waren beide Autoren bei uns das Ziel von schamlosen Verleumdungskampagnen, in denen sie von den schlimmsten Nihilisten unter dem Deckmantel der moralischen Integrität verdammte und ausgeschlossen wurden, um sie für ihre Gleichgültigkeit gegenüber Parolen,

Schlagworten, Totems, Tabus und anderen selbst erfundenen Sittengesetzen zu bestrafen.

WELT: Solschenizyns Werk und sein Schicksal haben dazu beigetragen, der Welt die Augen zu öffnen, was die Schrecken des sowjetischen Regimes betrifft. Könnte das auch auf Boualem Sansal zutreffen?

COLOSIMO: Bücher wie „Le Village de L'Allemand“ („Das Dorf des Deutschen“) und andere großartige Werke von Boualem Sansal sind keine ideologischen Analysen oder politischen Programme. Sie sind eine Art spirituelles Gebetsbuch, das uns vor der Unmenschlichkeit warnt, die wir auf irgendeine Weise alle in uns tragen und die unseren einzigen und ultimativen Feind darstellen. Wir dürfen uns da nichts vormachen. Die einzige unverzeihliche Niederlage wäre es, uns zu beugen, aus Feigheit vor den tausend brüllenden Mäulern der Barbarei. Also, keine Kapitulation.

Dieser Artikel erschien zuerst bei „Le Figaro“, wie WELT Mitglied der Leading European Newspaper Alliance (Lena). Übersetzt von Bettina Schneider.



In Haft: Schriftsteller Boualem Sansal

Blind für Islamismus

Erst waren die Kinder der Bonner Republik auf dem linken Auge blind. Nach der Wende schien ihre Welt ohne Feinde. Heute verharmlosen drei Generationen Extremisten als verwirrte Einzelfälle. Und irren selbst dann, wenn sie auf die Straße gehen.

Die Meldung ließ mich aufhorchen. Die Berliner Jusos, so hieß es, wollten den Islamismus bekämpfen. Ich konnte es nicht fassen. Es geschahen noch Zeichen und Wunder. Unerwartet hatte Realitätsinn den verträumten Parteinauwuchs übermannt. Doch dann, bei näherer Lektüre, stellte sich heraus: Nicht der Islamismus sollte bekämpft werden, sondern das Wort „Islamismus“.

VON FRANK JÖRISCHE

Schlagartig war mein Weltbild wieder intakt. Auf die jugendlichen Irrlichter der deutschen Sozialdemokratie war Verlass. Wie in den Siebzigern und Achtzigern. Auch damals hatte die Feindesliebe der Jusos nicht vor Leuten Halt gemacht, von denen man lieber nicht regiert werden mochte. Mir war diese Blindheit gegenüber Antidemokraten fremd. Denn ich hatte schon als Kind – nach einem zweiwöchigen Besuch bei Verwandten in der „Ostzone“ – ein klares Feindbild: die DDR. Es war Speiseeis, das mich im Alter von elf Jahren zum Antikommunisten machte. Die schmucklose Verpackung versprach die Geschmacksrichtung „Schokolade“. Doch der kristalline Block, der sich im Innern auftrat, sah blässlich grau aus und weckte eher medizinische Assoziationen. Ich ahnte: Die Sache würde nicht gut ausgehen.

Der Schock trat dann auf der Zunge ein. Man spürte den grobkörnigen Kristallzucker, der kaschieren sollte, dass am Kakao geizt worden war. Nach einmaligem Lecken wusste ich: Die DDR hatte auf ganzer Linie versagt. Ein Staat, dem es nicht gelang, genussfähige Eiscreme herzustellen, war dem Untergang geweiht. All das begriff ich gut ein Jahrzehnt vor dem Mauerfall. Aber die Jusos kapierten es nicht. Und selbst die Union, die noch 1976 mit dem Slogan „Freiheit statt Sozialismus“ um ein Haar die Bundestagswahl gewonnen hätte, wollte es nicht mehr verstehen. Ausgerechnet Franz-Josef Strauß, Inbegriff des Kalten Kriegers, schanzte Erich Honeckers DDR 1983/84 einen Milliardenkredit zu.

Strauß wurde dennoch als Parteivorstand wiedergewählt. Auch CDU/CSU glaubten nicht länger an den Untergang ihrer Feinde, geschweige denn, dass sie ihn aktiv forciert hätten. Das musste ich als 15-Jähriger in der Jungen Union erleben. Ich hatte glühende Antikommunisten erwartet. Was ich vorfand, waren zielstrebige Hedonisten – Popper, die tagsüber ihre Karriere durchplanten und abends feierten. Was jenseits des Eisernen Vorhangs passierte, interessierte sie nicht. Am Ende waren die pragmatischen JU'ler wohl



Jene, die „gegen Rechts“ auf die Straße gehen, demonstrieren gegen ein Abstraktum – hier bei einer Demonstration in München

genauso perplex, als sich die Mauer öffnete, wie die dogmatischen Jusos, die ernsthaft geglaubt hatten, der bürokratische Realsozialismus würde der lockeren alten BRD guttun.

Und locker, das war die Bundesrepublik der Achtziger. Ausgerechnet jenes Land, das einst der Welt den Krieg erklärt hatte, verordnete sich selbst einen seelischen Entspannungstrip, der in den Kohl-Jahren Wirkung zeigte. Es gab mit einem Mal keine Feinde mehr. Der „böse Russe“ hatte ausgedient; eine ganze Nation verliebte sich in „Gorbi“. Als der Ostblock pünktlich zum Ende der Achtziger zusammenbrach, konnte die neue Zeit endlich offiziell beginnen. Es lebte sich gut ohne Feinde. Zu-

mindest, wenn man großzügig darüber hinwegsieht, dass in anderen Teilen der Welt – in Ex-Jugoslawien und Ruanda – kollektiver Hass weiterhin militärisch ausgelebt wurde. Dann zeigten Deutsche mit dem Finger auf Serben und Hutu, zu denen die Botschaft „Liebe eure Feinde!“ anscheinend noch nicht durchgedrungen war.

Da war wohl in der Erziehung einiges schiefgelaufen. Aber das ließ sich ändern. Als die Boomer und die Generation X Kinder bekamen, gaben sie den Glauben an ein Leben ohne Feinde an den Nachwuchs weiter. Was hervorragend funktionierte. Es ist immer leichter und bequemer, gedanklich einer heilen Welt anzuhängen, als sich

eingestehen zu müssen, dass jenseits von Reihenhaussiedlung oder saniertem Altbauviertel manches im Argen liegt. Natürlich lässt es sich nicht vollständig verhindern, dass „das Böse“ in das Idyll hineinplatzt. Seit dem 11. September 2001 häufen sich die verstörenden Nachrichten. Wenn Lastwagenfahrer in Menschenmengen rasen und Messerstecher Passanten attackieren, sind die feindfreien Generationen (von Boomer bis Z) in der Angst vereint – sie fürchten, die Attentate könnten von Rechten instrumentalisiert werden.

Eine befremdliche Reaktion. Psychologisch betrachtet ein Fall von kognitiver Dissonanz. Die Mörder machen keinen Hehl daraus, dass ihre Anschlä-

ge der verhassten westlichen Gesellschaft gelten. Doch jene, die diese Gesellschaft repräsentieren, weigern sich, diese offen kommunizierte Tatsache zu akzeptieren. Hartnäckig hält vor allem das städtische Bürgertum an der These der „verwirrten Einzeltäter“ fest und erspart sich damit konfliktreiche Diskussionen um mögliche Konsequenzen. Denn Sonderlinge, die im stillen Kämmerlein Böses ausbrüten, gab es schon immer – dagegen lässt sich halt nichts machen.

Das erklärt, warum in Deutschland der politische Islam weitgehend unbehelligt agieren und indoktrinieren darf und seinen Teil dazu beiträgt, dass Parallelgesellschaften entstehen. Ganz

abgesehen davon, dass so der Nährboden für künftige Attentäter permanent gedüngt wird. Es erklärt aber auch, warum der Kampf gegen Rechtsextremismus ebenso halbherzig geführt wird und – jetzt wird's verwirrend – im luftleeren Raum stattfindet. Jene, die „gegen Rechts“ auf die Straße gehen, demonstrieren gegen ein Abstraktum. Da „Rechts“ nicht präzise definiert wird, muss sich niemand angesprochen fühlen. Es wird gleichsam gegen ein Nichts angeschrien. Da kommt einem Ernst Jandl in den Sinn: „manche meinen lechts und rinks kann man nicht verwechseln. werch ein illtum!“

Wer die Demos „gegen Rechts“ seit Jahren mitverfolgt, dem fällt zudem auf: Nicht konkrete Forderungen stehen im Mittelpunkt, sondern die Selbstdarstellung der Demonstranten. In Slogans wie „Wir sind mehr“ drückt sich ein Narzissmus aus, der frei von politischer und historischer Erkenntnis ist. Als würde es genügen, „mehr“ zu sein! Zur Erinnerung: Hitler kam im Januar 1933 an die Macht, obwohl die NSDAP bei der Reichstagswahl im November 1932 lediglich 33,1 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Nein, so wird das nichts mit der „wehrhaften Demokratie“. Statt sich in den sozialen Netzwerken für die richtige Gesinnung zu feiern („Mein schönstes Menschenkettenerebnis“), stünde es den selbsternannten Verteidigern der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gut an, sich endlich auf die Angreifer einzustellen. Dies beginnt damit, dass man die Existenz von Gruppen, die diesen Staat zerstören wollen, nicht länger leugnet. Es gibt solche Fanatiker wirklich; man nennt sie Feinde. Danach beginnt die harte Arbeit: Wer sind die Feinde? Wo konzentrieren sie sich? Wie sind sie organisiert? Wer hilft ihnen? Wie gehen sie vor? Und am wichtigsten: Auf welche Weise kann man sie bekämpfen?

Das wird kein Zuckerschlecken. Denn wer nicht nur radikalisierte Einzeltäter ins Visier nimmt, sondern das gesellschaftliche Milieu, in dem sie Unterstützung finden, muss mit Widerstand rechnen. Jene, die über Jahre hinweg ungehindert ihr Ding machen konnten, werden es nicht hinnehmen, dass man ihnen plötzlich auf die Finger schaut und haut. Dies zeigt das Beispiel der RAF-Sympathisantenszene in den Siebzigerjahren. Damals ging der Staat nicht nur rigoros gegen Terroristen vor, sondern auch gegen jene, die sich mit ihnen solidarisierten. Die Maßnahmen reichten vom Berufsverbot bis zur Beugehaft. In der Folge kam es zu Auseinandersetzungen, die erbittert und bisweilen auch blutig geführt wurden. Doch am Ende machte sich die harte Linie des Staates bezahlt. Die Zahl der RAF-Unterstützer nahm stetig ab; der Nährboden des Terrorismus trocknete aus. Die Demokratie hatte den Kampf gegen ihre Feinde gewonnen. Höchste Zeit, dieses Erfolgsmodell zu wiederholen. Fangen wir mal ganz von vorn an: Erkenne den Feind!

Frank Jörische ist Autor des antinostalgischen Nostalgiebuchs „Früher war alles anders: Von Dr. Sommer bis Sonntagsbraten – eine Reise zurück in eine wilde Zeit“.

Großbaustelle des hauptstädtischen Selbstbetrugs

Seit mehr als 30 Jahren wird am Berliner Molkenmarkt herumgeplant. Was einmal ein Musterquartier werden soll, zeigt vor, was im deutschen Städtebau schief läuft

In dem vielleicht wunderlichsten Stadtporträt, das jemals geschrieben worden ist – einer Stadtbeschreibung aus Glockentönen –, taumelt ein Brandtweinräucher durch die Berliner Altstadt. Vom vielfältigen Klang der Glocken wird er verführt, seiner feierlich gelobten Abstinenz abzuzugewandeln und wieder zu trinken. Wer heute in die deutsche Hauptstadt kommt, sucht die in der Anekdote von Heinrich von Kleist beschriebenen Örtlichkeiten vergebens.

VON DANKWART GURATZSCH

Ihre baulichen Reste sind zu DDR-Zeiten rigoros abgebrochen worden, um einer mehrspurigen autobahnähnlichen Verkehrs-Trasse Platz zu machen. Es war die Abrechnung mit einer Geschichte, von der man überall in Deutschland nichts mehr wissen wollte, die ausgelöscht werden sollte, um sie durch die autogerechte Stadt zu ersetzen.

Die Stadt des Glockenläutens, des privaten Hausbesitzes, der Tante-Emma-Läden wurde zur Stadt des Hupens, der Anonymität und Funktionalität, der Bürokraten und Einkaufszentren. Am Molkenmarkt in Berlin soll nun demonstrativ die Umkehr geprobt werden. Erste Versuche dazu wurden ebenfalls schon vom Honeckerstaat mit dem Nikolaiviertel unternommen. Es war die Zeit, in der man in ganz Europa erkannte, dass man mit der

„verkehrsgerichten Stadt“ auf einen Irrweg geraten war. Seit 1992 bastelt auch das vereinte Berlin an Plänen, die Verkehrserschneise, die den ältesten Teil Berlins durchschneidet und ein ganzes Stadtquartier am einstigen Molkenmarkt unter sich begraben hat, für eine Neubebauung zurückzugewinnen.

Direkt dem Nikolaiviertel gegenüber soll ein neuer Molkenmarkt entstehen. Über die einst trennende Grunerstraße und den Mühlendamm hinweg sollen beide Stadtviertel zu einer „Berliner Altstadt“ verschmelzen und dem Nachkriegsberlin wieder so etwas wie eine Mitte geben. Mit der „Veröffentlichung der Bebauungsleitlinien“ durch die Senatsbaudirektorin Petra Kahlfeldt nimmt das Projekt endlich Gestalt an. Auch, wenn man nach drei Jahrzehnten noch nicht weiter als bis zum „ersten Teil der Bebauungsleitlinien für den nördlichen Bereich von Block B“ gekommen ist, zeichnen sich zumindest Grundlinien der Planung ab. Es fehlen dann allerdings immer noch der „südliche Bereich“ sowie die Blöcke A, C, D und E.

Zwar wird es keine Rekonstruktionen wie in Potsdam, Frankfurt/Main oder Dresden geben, doch der Leitgedanke des vom Frankfurter Büro Mäckler Architekten ausgearbeiteten „Steckbriefs“ ist die „Nutzungsmischung“. Ausgestattet soll sie mit so gut wie allem werden, was heute zur urba-

nen Lebenskultur gehört: mit (bezahlbaren) Wohnungen, mit Restaurants, Kultur- und Gewerberäumen, mit Kinderspielplatz und grünem Innenhof, mit Regenwassermanagement und „archaischen Fenstern“. Und wie soll das aussehen? Die Gestaltungsrichtlinien des Architekturbüros orientieren sich an der „typisch berlinerischen“ Umgebungsbebauung. Sie sehen vor: individuelle Natursteinfassaden mit 30 Prozent Lochanteil, unterschiedliche Gebäudehöhen mit rotgetöntem „Berliner Dächern“ von maximal 68 Prozent Dachneigung, Sockelgeschosse mit höheren lichten Raumhöhen, damit sich hier Gewerbe aller Art ansiedeln kann. Es ist der konsequente Bruch mit dem hundert Jahre alten seriellen Gestaltungskanon der architektonischen Moderne.

Während viele Planer derartige Vorgaben heute noch immer als „disfunktional“ und „zu arbeitsaufwändig“ ansehen, setzt das Büro von Christoph Mäckler darauf, dass sich gerade mit ihnen die heute allseits geforderte „Stadt der kurzen Wege“ verwirklichen lässt. Die dichte Gemengelage soll auch wieder Kontakte über die Straße, über den Hof, über den Spielplatz hinweg ermöglichen und das städtische „Quartier“ als Baustein für gesellschaftlichen Zusammenhalt, für Demokratie, bürgerliche Selbstverantwortung und Gemeinwohlorientierung neu in Wert setzen.

Das gegenüberliegende Nikolaiviertel ist als „sozialistische“ Gründung und „Volkseigentum“, das vermeintlich „allen“ (also niemand) gehörte, deshalb immer ein wenig steril geblieben. Im Kontrast und in Konkurrenz dazu soll hier am neuen Molkenmarkt ein Musterquartier gesellschaftlicher Vielfalt, Eigeninitiative und Lebendigkeit entstehen. So wie es für das alte Berlin einst typisch war.

Ein „Modell“ ist der Molkenmarkt allerdings noch aus einem ganz ande-

ren Grund. An den Planungen, die noch keineswegs abgeschlossen und (vorläufig) bis 2029 terminiert sind, wird exemplarischer Weise deutlich, was in Architektur und Städtebau in Deutschland schief läuft. In den 32 Jahren, in denen am Molkenmarkt herumgeplant wird, sind in anderen deutschen Städten ganze Stadtteile neu entstanden – zum Beispiel in Dresden, wo die Frauenkirche und der altstädtische Neumarkt neu errichtet wurden, noch dazu in historischer Bauweise, die für die Berliner

Denkmalpfleger und Stadtplaner seit je ein rotes Tuch ist.

In Berlins Innenstadt hat man es vorgezogen, stattdessen 19 über drei Jahrzehnte gestreckte Verfahrensschritte mit Senatsbeschlüssen, Werkstätten, Beteiligungsverfahren, Gutachten, Sondierungsphasen, Wettbewerben, Planwerken, Masterplänen, Qualifizierungsverfahren, Rahmenplänen und Machbarkeitsstudien auf sich zu nehmen, um eine vermeintlich „zeitgemäße“ Alternative zu entwickeln: ohne dass bis heute ein einziges Haus entstanden oder auch nur eine Baugrube ausgehoben ist. Es ist das Dilemma aller „Bürgerbeteiligungs“-Modelle. Man redet den Leuten ein, dass bei so viel „demokratischer Mitsprache“ und Gremienbefassung umso bessere Qualität herauskomme – ein Selbstbetrug, der die Staatskassen (und den Steuerzahler) Millionen kostet und bei dem in der Regel nichts als der kleinste gemeinsame Nenner herauskommt. Das sei nun einmal der Preis der Demokratie? Wie peinlich!

In demselben Zeitraum, in dem Berlin den Wiederaufbau eines einzigen innerstädtischen Quartiers plant (ohne damit fertig zu werden), hat ein Karl Friedrich Schinkel vor 200 Jahren sein gesamtes Lebenswerk geschaffen. Es ist der Gremienwindel und die basisdemokratische Wichtigtuerei, die das Bauen über jedes Maß hinaus verteuern und den Souverän der Demokratie, den Bürger, zum Hanswurst machen.



Für den Platz in Berlins Mitte gibt es jetzt immerhin eine Gestaltungssatzung